

Uwe Lauterbach

Internationales Handbuch der Berufsbildung

Band 9 in der von der Carl Duisberg Gesellschaft herausgegebenen Reihe
Internationale Weiterbildung, Austausch, Entwicklung

Wolfgang Hellwig
Meike Spreen

Weißrussland/Belarus



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Impressum

Autoren

Wolfgang Hellwig M.Sc.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für
Internationale Pädagogische Forschung

Meike Spreen M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle für
vergleichende Bildungsforschung, Ruhr-Universität Bochum

Wir danken für die Unterstützung bei der Realisierung der Länderstudie Weißrussland:

Doz. Dr. päd. Vladimir Andreev
Nationales Institut für Pädagogische Forschung, Minsk

Prof. Dr. phil. Nikolai Latysch
Nationales Institut für Pädagogische Forschung, Minsk

Redaktion

Wolfgang Hellwig M.Sc.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für
Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main

Uwe Lauterbach M.A.
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für
Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main

Dr. Ulrich Arnswald
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für
Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main

Abschluß/Stand: Juni 1999/ April 1999

Mit männlichen Substantiven wie Teilnehmer, Schüler usw. werden im Text – wenn der Zusammenhang keine anderen Bezüge herstellt – auch weibliche Personen angesprochen.

Inhalt

Anmerkungen zu Übersetzungen und zur Begrifflichkeit	7
Grunddaten [1997]	8
Abkürzungen	9
Einleitung	11
1 Einführung in die geographischen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen	13
1.1 Geographie und Umwelt	13
1.2 Bevölkerung	14
1.3 Politische und Verwaltungsstruktur	16
1.4 Wirtschaftsstruktur	21
1.5 Arbeitsmarkt	24
1.6 Berechtigungswesen und Tarifierung	29
1.7 Soziales Sicherungssystem	33
2 Zuständigkeiten und Träger im Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesen	34
2.1 Gesetzliche Grundlagen	34
2.1.1 Verfassung	34
2.1.2 Schul- und Hochschulwesen	36
2.2 Nationale, regionale und lokale Kompetenzen	38
2.3 Finanzierung	41
2.3.1 Bildungswesen	41
2.3.2 Berufliche Bildung	42
3 Übersicht über das Bildungswesen	44
Grafik	44
Grunddaten	45
3.1 Historische Entwicklung und Struktur	47
3.1.1 Historische Entwicklung	47
3.1.2 Struktur	48
3.2 Schulpflicht	51
3.3 Vorschulerziehung/Elementarbereich	51
3.4 Primarbereich	52
3.4.1 Struktur	52
3.4.2 Lehrplan und Curriculum	52
3.5 Sekundarbereich I	53
3.5.1 Übertritt, Verteilung, Kritik	53
3.5.2 Struktur	53

3.6	Sekundarbereich II	54
3.6.1	Übertritt, Verteilung, Kritik	54
3.6.2	Zweige	55
3.7	Tertiärbereich	57
3.7.1	Struktur/Übersicht	57
3.7.2	Universitärer Tertiärbereich	58
3.8	Weiterbildung	60
3.9	Reformen	60
4	Berufliches Bildungswesen	62
4.1	Übertritt, Verteilung, Kritik/Bedeutung und Bereiche der Berufsbildung	62
4.1.1	Historische Entwicklung, Schwerpunkte, Bedeutung und Bereiche	62
4.1.2	Struktur und Lehrplangestaltung	65
4.1.3	Dominante Formen und Stellenwert der Berufsausbildung	67
4.2	Berufliche Bildung an der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS]	68
4.3	Beruflich-technische Schule [PTU]	69
4.3.1	Struktur	69
4.3.2	Lehrpläne	71
4.3.3	Zusammenarbeit mit den Unternehmen	72
4.3.4	Übergang von den PTU auf den Arbeitsmarkt und auf weiterführende Schulen	73
4.4	Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]	74
4.4.1	Struktur	74
4.4.2	Lehrpläne	76
4.4.3	Aufnahme an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]	83
4.4.4	Übergang zum Arbeitsmarkt	83
4.5	Anlernen im Betrieb [Obučenie na proizvodstve]	84
4.5.1	Struktur	84
4.5.2	Anlernen von qualifizierten Arbeitern	84
4.6	Berufsbildung im Hochschulbereich	85
4.7	Reformen	89
4.7.1	Modell der kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung	90
4.7.2	Integration von Lehrplänen	91
4.8	Berufsbildungsforschung	91
5	Weiterbildung und berufliche Weiterbildung	93
5.1	Grundlagen	93
5.2	Erwachsenenbildung	94
5.3	Berufliche Weiterbildung	94
5.3.1	Arten der beruflichen Weiterbildung	94
5.3.2	Lernorte und Dauer der Weiterbildung	95
5.4	Umschulung	95

6	Personal im beruflichen Bildungswesen	96
6.1	Ausbildung der Lehrer aller Stufen	96
6.2	Lehrpersonal in der beruflichen Bildung	97
6.3	Ausbildung der Lehrkräfte im Betrieb	99
7	Länderübergreifende Mobilität, Internationale Berufsbildungszusammenarbeit	100
7.1	Anerkennung von Abschlüssen	100
7.1.1	Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen, z.B. in Deutschland	100
7.2	Internationale Bildungszusammenarbeit	101
7.3	Internationale Berufsbildungszusammenarbeit	103
7.4	Bildungs- und Berufsbildungszusammenarbeit mit Deutschland	103
8	Zusammenfassung	106
9	Literatur	108
9.1	Weiterführende Literatur	108
9.2	Benutzte Literatur	109
10	Dokumente, Rechtsgrundlagen	113
10.1	Gesetze, Verordnungen Auszug aus dem Gesetz Nr. 598 der Republik Belarus: Über die Bildung in der Republik Belarus	113
10.2	Ausbildungsordnungen, sonstige Unterlagen:	115
10.2.1	Berufsbild des Nähers	115
10.2.2	Qualifikationscharakteristik eines Nähers, Schneiders und Ingenieurs der Bekleidungsindustrie	115
10.3	Anschriften	119
	Register	121
	Organigramm Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesen	126

Verzeichnis der Tabellen und Übersichten

Tab. 1:	Nationalitäten und ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung	14
Tab. 2:	Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 - 1997 [Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %]	22
Tab. 3:	Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen 1995-1997	24
Tab. 4:	Anteil der Beschäftigten im produzierenden und nichtproduzierenden Gewerbe an der Beschäftigungsstruktur [in %]	26
Tab. 5:	Einkommensniveau	28
Tab. 6:	Preise Januar 1999 in Minsk notiert (1 DM = 146 000 BRB)	29
Tab. 7:	Bildungsstufen und Qualifizierungsstruktur der Berufsspezialisten	31
Tab. 8:	Schulbesuchsquote nach Bildungsbereichen [in % aller auf der jeweiligen Bildungsstufe eingeschulten Personen]	45

Tab. 9: Vorschuleinrichtungen	45
Tab. 10: Allgemeinbildende Schulen [Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut]	45
Tab. 11: Beruflich-technische Schulen [PTU] [Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut]	46
Tab. 12: Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] [Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut]	46
Tab. 13: Hochschuleinrichtungen [Anzahl der Schüler in 1 000, Hochschulen absolut]	46
Tab. 14: Bevölkerung nach Bildungsabschlüssen [in %]	46
Tab. 15: Bildungsstufen und Qualifikationsniveau	66
Tab. 16: Modell eines Lehrplans für berufsbildende Schulen	67
Tab. 17: Schüler und Verweildauer 1995/96 [absolut und in %]	70
Tab. 18: Alter der Schüler bei Eintritt in die PTU Vollzeitschulen 1996/97 [in %]	71
Tab. 19: Grundlehrplan einer PTU für die Berufe Näherin und Schneider auf der Basis der Grundbildung mit Erhalt des mittleren Bildungsabschlusses	71
Tab. 20: Zuständige Ministerien und Ämter für die mittlere Fachausbildung [SSUZ]	75
Tab. 21: Lehrplan der mittleren Fachausbildung	77
Tab. 22: Lehrplan Mittlere Fachausbildung (für Verbund PTU-SSUZ)	79
Tab. 23: Staatliche Technologische Universität Vitebsk Lehrplan (Arbeitsplan) zu Berufsbildung im Hochschulbereich	85
Tab. 24: Qualifikation des Spezialisten: Ingenieur	85
Tab. 25: Studienplan Textilingenieurwesen	86

Anmerkungen zu Übersetzungen und zur Begrifflichkeit

In der vorliegenden Länderstudie *Republik Belarus* werden die Länderbezeichnungen Republik Belarus [RB], Belarus und Weißrussland synonym verwendet. Die Transkription der russischen – oder bei Quellen in weißrussischer Sprache – der weißrussischen Schrift richtet sich nach der wissenschaftlichen Transliteration. Ausgenommen von dieser Vorgehensweise sind die Begriffe, die im deutschen Sprachgebrauch bereits ihre originale Bedeutung unzweifelhaft erhalten haben, zum Beispiel der Name des Präsidenten oder bekannter Städte.

Bei der Bezeichnung der Schulformen wird nur zum Teil auf die sowjetische Terminologie zurückgegriffen. Besonders auf der mittleren Ebene wird die Bezeichnung mittlere Fachschule der Vielfalt des Angebots nicht mehr gerecht, so daß die unterschiedlichen Lehrangebote unter dem Begriff *Einrichtungen der mittleren Fachausbildung* [Srednee special'noe učebnoe zavedenie, SSUZ] zusammengefaßt sind.

Auf der Ebene der *Allgemeinbildenden Mittelschule* [Obščeeobrazovatel'naja srednaja škola, OSS] hat es zwar auch eine Entwicklung zu alternativen Schulformen gegeben, die jedoch weitaus weniger einschneidend war als im Sekundarbereich II. Unter einer *Allgemeinbildenden Mittelschule* [Obščeeobrazovatel'naja srednaja škola] wird weiterhin die Einheitsschule nach dem sozialistischen Muster verstanden. Sie ist in drei Stufen unterteilt: Grundstufe (1.-4. Schuljahr), Hauptstufe (5.-9. Schuljahr) und Oberstufe (10.-11. Schuljahr). Der Abschluß der Hauptstufe wird als *unvollständige mittlere Bildung* bezeichnet, ein Abschluß des 11. Schuljahrs führt zur *vollständigen mittleren Bildung*.

Behandelt der Text Inhalte, die sich mit der Leistungsbewertung auseinandersetzen, ist zu beachten, daß sich das weißrussische Notensystem fundamental vom deutschen System unterscheidet. Es ist in fünf Stufen unterteilt, wobei eine fünf die beste und eine eins die schlechteste Note darstellen. Eine zwei wird im Allgemeinen schon als Versagen empfunden.

Weißrussische Schüler an *Einrichtungen der Mittleren Fachausbildung* [SSUZ], die im Sekundarbereich II angesiedelt ist, werden bereits als Studenten bezeichnet, obwohl sie in der Regel vergleichsweise jung sind. Im deutschen Sprachraum würde man in dieser Bildungsphase noch von Schülern sprechen. Das „Studium“ an einer *Einrichtung der Mittleren Fachausbildung* [SSUZ] ist, wie auch das Studium an einer Hochschuleinrichtung, in Kurse eingeteilt. Ein Kurs bezeichnet dabei die Dauer von einem Jahr und zwar vom 01. September bis zum 31. August.

Grunddaten [1997]¹*Republik Weißrussland/Belarus/BY*

Fläche [km ²]	207 600
Bevölkerungsdichte [Einw./km ²]	49,6
Einwohner [Mio.]	10,2
Davon Ausländer [in %]	22,1
Alter [Anteil an der Gesamtbevölkerung] [in %]	
bis 14 Jahre	21
15 bis 19 Jahre	7,4
über 64 Jahre	12,8
15 bis 64 Jahre	66,1
Im erwerbsfähigen Alter [in %]	56,2
Insgesamt [in % der Erwerbstätigen]	
Männer	46,5
Frauen	53,5
Erwerbslose [in % der erwerbstätigen Bevölkerung]	2,8
davon Frauen [in %]	66,6

Wirtschaftsschwerpunkte [1996] [in %]

Sektor	Erwerbstätige	Anteil am Bruttoinlandsprodukt
Primär/Landwirtschaft	21 [1995]	16
Sekundär/Industrie	40 [1995]	39
Tertiär/Dienstleistung	39 [1995]	45

Wirtschaftsleistungen [1996]²

Bruttosozialprodukt [in Mio. \$]	22 452
Bruttosozialprodukt je Einwohner	2 070

Außenhandelsumsatz [in US-\$, 1997]	15 791
Export	7 147
Import	8 644
<i>Saldo</i>	<i>-1 497</i>

1 Zusammenge stellt aus:
 Respublika Belarus' v cifrach (Republic of Belarus in figures), Minsk 1998, S. 3, 13, 14, 17, 46.

Fischer Weltalmanach 1999, Frankfurt am Main 1998.

2 Börsenkurs 1996: 1 US-\$ = 41 800,00 BRB.

Abkürzungen

BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung (Deutschland, Sitz Bonn)
BIOst	Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung (Deutschland, Bonn)
BNF	Belaruski Narodny Front Belarussische Volksfront
BRB	Belorusskij Rubl' Belarussischer Rubel
BSSR	Belaruskaja Saveckaja Socyjalističnaja Respublika Belarussische Sozialistische Sowjetrepublik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
ETF	European Training Foundation Europäische Stiftung für Berufsbildung
EU	Europäische Union
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten [Sojuz Nezavisimych Gosudarstv]
h	Hora (Stunde), Stunden
ILO	International Labour Organisation Internationale Arbeitsorganisation
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
MARB	Ministerstva adukacyi Respubliki Belarus' Bildungsministerium der Republik Belarus
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OSS	Obščeobrazovatel'naja srednaja škola Allgemeinbildende Mittelschule
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PTO	Professional'no-techničeskoe obrazovanie Beruflich-technische Bildung
PTU	Professional'no-techničeskoe učilišče Beruflich-technische Schule
RB	Respublika Belarus' Republik Belarus
RF	Rossijskaja Federacija Russische Föderation
RIPO	Respublikan'skij institut professional'nogo obrazovanija Republik-Institut für Berufsbildung
SNG	Sojuz Nezavisimych Gosudarstv Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
Tacis	Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States Hilfsprogramm der EU für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion

SSUZ	Srednee special'noe učebnoe zavedenie Einrichtung der mittleren Fachausbildung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken [Sojuz Sovetskich Socialističeskich Respublik]
UN	United Nations Vereinte Nationen
UPK	Učebno-proizvodstvenny kombinat Lehrproduktionskombinat
VPU	Vysšee professional'noe učilišče Höhere Beruflich-technische Schule
WS	Wochenstunden
♂	männlich (Symbol in Tabellen)
♀	weiblich (Symbol in Tabellen)
♂+♀	= Addition von ♂+♀ [absolut], oder Durchschnitt von ♂+♀ [in %]

Einleitung

Im August 1991 hat die Republik Belarus ihre staatliche Unabhängigkeit erlangt. Bis zu diesem Zeitpunkt war das Gebiet der damaligen Belorussischen Sozialistischen Sowjetrepublik nur wenigen Kennern Osteuropas bekannt. Einzig die Metropole und heutige Hauptstadt des Landes, Minsk, war vielen Menschen geläufig, stellt sie doch eine wichtige Station auf dem Weg von Berlin nach Moskau dar.

Weniger die Popularität, als vielmehr die menschlichen Kontakte zwischen der Bevölkerung Weißrusslands und Westeuropas stiegen Mitte der Achtziger Jahre aus einem traurigen Anlaß erheblich an. Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hinterließ ihre Spuren nicht nur, wie vielerorts angenommen, in der Ukraine, sondern in weitaus größerem Umfang in der Republik Belarus. 70% des nuklearen Fallouts gingen über dem Gebiet Weißrusslands nieder. Die humanitäre Hilfe, die in den Jahren nach der Katastrophe einsetzte, erzeugte in der Folge eine Nachfrage nach Informationen über dieses Land, welches in nicht allzu ferner Zukunft eine Landesgrenze zum Machtbereich der NATO und zur Europäischen Union haben wird.

Nach der Auflösung der Sowjetunion am 31.12.1991 wurde Weißrussland zunächst mit massiven wirtschaftlichen Problemen als Folge des Niedergangs des Waren- und Dienstleistungsaustausches innerhalb der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und dem damit verbundenen Verlust der Absatzmärkte konfrontiert. Verstärkt wurde dieser Prozeß noch durch die Abhängigkeit von mittlerweile teuer gewordenen russischen Energielieferungen. In dieser schwierigen Situation verzögerten sich die Umstrukturierungs- und Privatisierungsprozesse der Wirtschaft und andere sozialökonomische Reformen. Der Lebensstandard der Bevölkerung wurde immer niedriger.

Ausländische Investoren und internationale Organisationen verlagerten zunächst voller Hoffnung auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung einige ihrer Aktivitäten nach Weißrussland, um sich dann im Verlauf der neunziger Jahre enttäuscht wieder zurückzuziehen. Die rückwärtsgerichtete Politik und die schleppend verlaufende Privatisierung waren die Hauptgründe für dieses Scheitern. Zum Ende dieses Jahrhunderts blickt das Land auf eine ungewisse Zukunft. Die seit einiger Zeit positiven offiziell vermeldeten Wirtschaftsdaten können von ausländischen Beobachtern nicht bestätigt werden. Ganz im Gegenteil. Westliche Institute prophezeien dem Land ein wirtschaftliches und soziales Desaster.

Die Entwicklung des Bildungswesens in den letzten Jahren spiegelt die Schwierigkeiten, die bei der Transformation zu einer marktwirtschaftlich und demokratisch orientierten Gesellschaft entstanden sind, wider. Eine gesetzliche Grundlage wurde mit dem Bildungsgesetz aus dem Jahr 1991 relativ schnell verabschiedet, womit auch die Basis für umfassende Reformprojekte geschaffen war. 1993 wurde ein neues Konzept der Bildung und Erziehung erarbeitet. Enthalten ist darin unter anderem auch ein Plan zur Entwicklung des Bildungswesens und seiner Umsetzung bis zum Jahre 2010.

Die dann eingeführte Struktur sollte den in den entwickelten Ländern vorhandenen Systemen allgemeiner und beruflicher Bildung auch in bezug auf die Leistungsfähigkeit entsprechen.

In der Folge ging jedoch mit der Verlangsamung des Transformationstempos auch ein Einfrieren vieler Reformprojekte einher. Nur wenige grundlegende Programme wurden umgesetzt: Die Erweiterung des Sekundarschulbereichs auf zwölf Schuljahre bis zum Erhalt der Hochschulreife, die Möglichkeit des Erwerbs von Bakkalaureat und Masterabschluss an den Hochschuleinrichtungen und das den gesamten Bildungsweg erfassende Modell der „kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung“.

Keines der Projekte ist bisher abgeschlossen, einige befinden sich in der Probephase und wiederum andere sind, meist aufgrund ökonomischer Schwierigkeiten, noch nicht begonnen worden. Nicht nur aus diesem Grund kommt es zu einer auffälligen Diskrepanz zwischen Theoriebildung, Gesetzgebung und dem Bildungsalltag an den entsprechenden Bildungseinrichtungen. Die Bildungstradition der Sowjetunion ist in der Republik Belarus stärker und homogener präsent, als in weiten Teilen Russlands, was zur Folge hat, das sich kleinere Reformschritte nur sehr schwierig in das System implementieren lassen.

Im Bereich der Berufsbildung sind bislang nur wenig Veränderungen eingetreten, sieht man einmal davon ab, daß fast alle Anbieter berufsbildenden Unterrichts in enormen finanziellen Schwierigkeiten stecken und kaum noch eine adäquate Ausbildung gewährleisten können. Dies trifft vor allem auf den an marode Betriebsstrukturen geknüpften praktischen Teil der Ausbildung zu. Es klafft eine große Lücke zwischen der Nachfrage nach spezifischen Qualifikationen sowie beruflichen Kenntnissen und Fertigkeiten und den Möglichkeiten des Bildungssystems, diese zur Verfügung zu stellen.³

Gerade in der schwierigen politischen und ökonomischen Situation, in der sich die Republik Belarus heute befindet, scheint es unabdingbar zu sein, die wissenschaftlichen Kontakte in der Berufsbildungszusammenarbeit zu halten, um einen Know-how-Transfer zu gewährleisten. Dies betrifft in erster Linie die mittel- und osteuropäischen Staaten untereinander, die sich unabhängig von einer Förderung 1995 zu einem Club für Berufsbildung in Mittel- und Osteuropa zusammenschlossen. Die Europäische Gemeinschaft ist mit diesem Club über die Europäische Stiftung der Berufsbildung [ETF] insofern verbunden, als das sie in Belarus eine nationale Beobachtungsstelle unterhält und somit über aktuelle Entwicklungen in der Berufsbildung informiert ist.

3 UN-Report, Belarus, 1998, S. 65.

1 Einführung in die geographischen, gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen

1.1 Geographie und Umwelt

Die Republik Belarus liegt im mittleren Osteuropa. Sie grenzt im Westen an Polen (399 km), im Nordwesten an Litauen (462 km), im Norden an Lettland (143 km), im Norden, Nordosten, Osten an die Russische Föderation (990 km) und im Süden an die Ukraine (975 km). Ihre Fläche umfaßt 207 600 km² und bildet den westlichen Teil der osteuropäischen Tiefebene. Das entspricht 0,9% der Fläche der ehemaligen Sowjetunion. Weißrussland besteht vorwiegend aus Flachland mit umfangreichen Mooren und Sümpfen und verfügt über keinen direkten Zugang zum Meer. 36% der Staatsfläche sind bewaldet und 45% in landwirtschaftlicher Nutzung. Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt 560 km, die West-Ost-Ausdehnung 650 km. Das Land wird von größeren Flüssen wie dem Neman (Memel), dem Berezina, dem Dnepr, dem Pripjat und dem Sosch durchzogen. Die höchste Erhebung ist mit 345 m der Dzerschinskaja Berg in der Minsker Region. Es herrscht ein gemäßigt kontinentales Klima. Im Sommer ist es mäßig warm und im Winter nicht sehr kalt. Winde vom Atlantik und die geographische Nähe zur Ostsee bewirken ein feuchtes Klima mit häufigen Niederschlägen (jährliche durchschnittliche Niederschlagsmenge: 644 mm).⁴

Umweltprobleme und Umweltschutz

Als schwerwiegendstes Umweltproblem muß die Folgewirkung der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl angesehen werden. 70% des nuklearen Fallouts sind nach der Explosion über dem Territorium Weißrusslands niedergegangen. Im Durchschnitt wurden in den letzten Jahren 10% des Staatshaushalts aufgewendet, um die durch die Katastrophe verursachten Kosten zu decken, d.h. für Umsiedlungen aus den belasteten Gebieten, Krankheitsbekämpfung, Vorsorge (besonders bei Kindern), Renaturierung landwirtschaftlicher Nutzfläche, Versorgung der in verstrahlten Gebieten lebenden Bevölkerung mit sauberen Nahrungsmitteln, finanzielle Unterstützung der Arbeiter in den verstrahlten Gebieten und Rentenzahlungen an die *Liquidatoren* (Helfer der ersten Stunden nach dem Unglück). Heute werden vom Staat keine ausreichenden Geldmittel für Meßstellen zur Verfügung gestellt. Ihre Zahl sank in den letzten Jahren von 370 auf 100. Somit sind den Selbstversorgern und Kleinproduzenten in den verstrahlten Regionen weniger Möglichkeiten zur Kontrolle der radioaktiven Belastung ihrer Lebensmittel gegeben.⁵

Überschattet von der Tschernobyl-Problematik spielt die Luft- und Gewässerverschmutzung zwar eine untergeordnete Rolle, sollte aber in keiner Weise unterschätzt werden. Genaue Aussagen über die Luftverunreinigung können momentan kaum gemacht werden, weil sich die ökonomische Lage des Landes noch nicht stabilisiert hat, d.h. viele

4 Respublika Belarus⁶ v cifrach (Republic of Belarus in figures), Minsk 1998, S. 3 f.

5 Nach Informationen des *Jugendumweltnetzwerks Niedersachsen*, 1998, S. 5.

Werke stehen still, die Versorgung mit Kraftstoff für den Straßenverkehr ist nicht vollständig gewährleistet. Emissionsschwerpunkte gibt es nicht, da Industriezweige wie z.B. Eisen- und Stahlindustrie fehlen. Die Hauptverursacher der Luftverschmutzung sind die Kraftwerke. Seit 1993 werden regelmäßig Messungen der Schadstoffkonzentrationen in der Luft durchgeführt. Demnach wurden die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Grenzwerte streckenweise um ein vielfaches überschritten.

Bezüglich der Reinhaltung von Gewässern hat Belarus im großen und ganzen, vergleicht man dies mit den anderen Folgestaaten der Sowjetunion, durchaus Erfolge zu verzeichnen. Der weitaus größte Teil der belasteten Abwasseremenge (90%) konnte 1992 entsprechend der Grenzwerte gereinigt werden. Das größte Problem stellen in diesem Bereich die Salzeinleitungen der Kaliindustrie dar. Insgesamt wird die Wasserqualität der belarussischen Flüsse und Seen mit Güteklasse III (= mäßig verunreinigt) eingestuft.

Schwerwiegender und direkter als im Gewässer oder in der Luft wirken sich Grundwasser- und Bodenverunreinigungen aus; sie stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Nahrungskette. Über die Kontamination der Böden durch den Tschernobylunfall verursacht, kam es häufig zu Grundwasserbelastungen durch unsachgemäße Lagerung von Industrieabfällen und Klärschlamm und die unverhältnismäßige Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden in der Landwirtschaft. Ein erhöhter Schwermetallgehalt in den Böden, sowie teilweise Rückstände von DDT, waren außerdem nachzuweisen.⁶

1.2 Bevölkerung

Tab. 1: Nationalitäten und ethnische Zugehörigkeit der Bevölkerung⁷

Nationalität bzw. ethnische Zugehörigkeit	Anteil an der Bevölkerung [in %]
Weißrussen	77,9
Russen	13,2
Polen	4,1
Ukrainer	2,9
Juden	1,1
Tataren, Moldauer, sonstige	0,8

Die Einwohnerzahl Weißrusslands beträgt 10 203 800. Sie setzt sich aus der städtischen (7 122 600) und der ländlichen Bevölkerung (3 081 200) zusammen. Außerhalb der Grenzen der Republik wohnen über zwei Mio. Weißrussen. Seit einigen Jahren ist in der Republik Belarus ein drastischer Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der nicht nur von dem Reaktorunfall in Tschernobyl herrührt, sondern auch auf die schwierigen ökonomischen Bedingungen im Land zurückzuführen ist. 1997 waren 89 600 Geburten und 136 700 Sterbefälle zu verzeichnen, was sich mit einem Minussaldo der Bevölkerung von 47 100 ausdrückt. Die Scheidungsrate stieg stetig; auf 70 Eheschließungen fielen im

6 Vgl. Weißenburger U.: Umweltprobleme und Umweltschutz in Weißrußland in: Osteuropawirtschaft, 40(1995)1, S. 13 ff.

7 Respublika Belarus' v cifrach (Republic of Belarus in figures), Minsk 1998, S. 9.

selben Jahr 47 Scheidungen. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt bei Männern 64 Jahre und bei Frauen 72 Jahre.⁸

Die Amtssprachen sind Weißrussisch und Russisch. Das Weißrussische gehört zusammen mit der russischen und ukrainischen Sprache zur östlichen Gruppe der slawischen Sprachen in der indogermanischen Sprachfamilie. 1989 nannten 66% der Bevölkerung weißrussisch ihre Muttersprache, während 32% russisch als ihre Muttersprache betrachteten. Im Gegensatz dazu konnten sich 83% frei auf russisch und 78% auf weißrussisch verständlich machen.

Die belarussische Mentalität unterscheidet sich in einigen Punkten von der russischen. Die Neigung zu Extremen, das bedeutet auch zu Rebellion auf der einen oder slawischen Untertänigkeit auf der anderen Seite, ist bei den Belarussen weitaus weniger ausgeprägt als bei den Russen. Des weiteren wurde ein Aufgehen des Individuums in der Gesellschaft nicht so stark erlebt, wie in Russland. Seine Unzufriedenheit weiß das belarussische Volk in der Regel durch teilweise überzogene Offenheit und Freundlichkeit zu verbergen. Der Bevölkerung wird Toleranz, aber in diesem Zusammenhang auch Biegsamkeit oder Formbarkeit nachgesagt.⁹

Religion

Das Leben in der Republik Belarus beschert seinen Bürgern jeweils zwei Weihnachts- und Osterfeste mit den dazugehörigen Feiertagen. Dies ist durch die traditionelle Präsenz zweier wichtiger Konfessionen erklärbar: der orthodoxen und der katholischen Kirche. Weil sich die orthodoxe Kirche noch nach dem julianischen Kalender richtet, finden Weihnachten und Ostern jeweils zwei Wochen später als bei den Katholiken statt. Zu Beginn des Jahres 1998 war die orthodoxe Kirche mit 1031 Gemeinden ca. dreimal so stark wie die katholische Kirche (392 Gemeinden). Folgerichtig ist auch eine hohe Person der orthodoxen Kirche, der Metropolit Filaret, religiöses Oberhaupt des Landes. In den letzten Jahren haben sich eine Vielzahl von evangelischen (357) und baptistischen (209) Glaubensgemeinschaften neu registrieren lassen, die oft jedoch nur aus wenigen Mitgliedern bestehen. Weiterhin gibt es 35 altgläubige, 11 griechisch-orthodoxe, 22 moslemische, 18 jüdische Gemeinden u.a..¹⁰ Der Anteil der Religionslosen ist mit 40% angegeben. Vertreter der einzelnen Kirchen warnen davor, den statistischen Angaben zu viel Glauben zu schenken. Eine verlässliche Erfassung der Religionszugehörigkeit ist bis heute nicht durchgeführt worden. Ein Rückgang der Beachtung der religiösen Feiertage war im März 1998 eingetreten, als ein Erlaß von Präsident Lukaschenka mehrere Feiertage, darunter auch die orthodoxen und katholischen Osterfeiertage, als arbeitsfreie Tage abschaffte.

8 Respublika Belarus' v cifrach (Republic of Belarus in figures), Minsk 1998, S. 10.

9 Bugrova, Irina: Politische Kultur in Belarus. Mannheim, 1998. S. 16 f.

10 Kalitskij Ė. M.: The VET System in the Republic of Belarus. 1998, S. 3 f.

1.3 Politische und Verwaltungsstruktur

Historische Entwicklung

Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war Belarus im eigentlichen Sinne nie ein unabhängiger Staat. Seit dem neunten Jahrhundert n.Chr. war das Land ein Teil der Kiever Rus', später ein Teil des Großfürstentums Litauen und nach 1569 ein Teil des polnisch-litauischen Staates. Als Folge der jeweiligen staatlichen Zuordnung wechselte auch die Unterrichtssprache zwischen Russisch und Polnisch, soweit überhaupt Schulen bestanden. Infolge der Teilung Polens gelangte in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts Belarus' wieder unter russische Herrschaft. In den Schulen wurde – insbesondere nach der Reform des russischen Schulwesens von 1786 – in allen Teilen von Belarus überwiegend in russischer Sprache unterrichtet. Das führte bis zum Beginn der neunziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts zu einer durchgängigen Russifizierung des Bildungswesens in Weißrussland. Der erste Weltkrieg brachte zunächst deutsche Soldaten nach Weißrussland, die das Land größtenteils besetzten. Eine neue Nationalbewegung berief 1917 im Gegensatz zur russischen Oktoberrevolution eine Nationalversammlung ein, die 1918 Weißrussland für ein kurze Zeit zum unabhängigen Land erklärte.

Im Januar 1919 proklamierten die Bolschewiki in Weißrussland eine sozialistische Sowjetrepublik. Damit begann zunächst eine Blütezeit für die weißrussische Kultur. Dieser Zeitraum dauerte nicht lange und war bereits 1922 wieder beendet. Er hatte jedoch erstmalig das Entstehen vieler Schulen mit sich gebracht, in denen der Unterricht in weißrussischer Sprache erteilt wurde. Seit Ende der zwanziger Jahre wurde die weißrussische Sprache aus dem Bildungswesen Weißrusslands weitgehend verdrängt.

Während des Zweiten Weltkrieges war Weißrussland von 1941 bis 1945 vollständig von deutschen Truppen besetzt. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung fiel diesem Krieg zum Opfer. Diese ungeheuren Verluste und der wirtschaftliche Wiederaufbau nach dem Krieg erleichterten die Russifizierung des Landes. Den Wendepunkt für einen politischen Kurs in Richtung auf die Selbständigkeit, Unabhängigkeit und Belarussifizierung brachte das Gesetz des Obersten Sowjets der Republik Belarus' vom 25. August 1991:

„Über die Erhebung der Deklaration des Obersten Sowjets der belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik in den Rang eines Verfassungsgesetzes“.

Seit dieser Zeit wurde damit begonnen, ein selbständiges weißrussisches Bildungswesen aufzubauen, das dem Konzept einer dem Wesen nach nationalen Schule und nationalen Zielsetzungen entsprach. Alle Schulen des Landes sollten den Status von Schulen mit weißrussischer Unterrichtssprache erwerben.

Politische Struktur

Offiziell bezeichnet der Ausdruck Präsidialrepublik das politische System der Republik Belarus. Staatsoberhaupt ist demnach der Präsident, die Staatsgewalt wird im Sinne der Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative gemeinsam ausgeübt. Das

Parlament, in seiner Funktion gesetzgebendes Organ, besteht aus zwei Kammern. Vollziehendes Organ ist der Ministerrat der Republik Belarus, der vom Premierminister geleitet wird. In Belarus wird nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, was es kleineren Parteien enorm schwierig macht, politisch in Erscheinung zu treten. Von den über 30 eingetragenen Parteien spielen praktisch nur fünf, zwei kommunistische Parteien, die Agrarier, die Volksfront und die Volkseintracht/Hramada, eine ernstzunehmende Rolle.

Die weitere Gliederung des Staatsapparats vollzieht sich über die Aufteilung in 26 Ministerien, 18 Staatskomitees und 21 Ministerialkomitees.¹¹

Im Jahre 1998 stellt sich die politische und ökonomische Situation als äußerst schwierig dar. Präsident Lukaschenka hat nach dem Referendum im November 1996 den Gipfel der Macht erreicht. Damals hatte ihm das Volk in einem höchst zweifelhaften Wahlgang mit 70,5% das Vertrauen ausgesprochen, indem es für einen vom Präsidenten vorgelegten Verfassungsentwurf stimmte, der ihm fast uneingeschränkte Befugnisse einräumte, z.B. Benennung eines Drittels der Parlamentarier, Recht, das Parlament aufzulösen, Ernennung der Hälfte der Richter des Verfassungsgerichts, u.a. Aufgrund der undemokratischen Vorgehensweise vor der Wahl – Lukaschenka begann sofort nach seiner Wahl zum Präsidenten am 10.07.1994 die Medien auf seine Seite zu ziehen und politische Gegner in ihrer Arbeit zu behindern – und der Einschätzung einiger Wahlbeobachter kamen die EU, der Europarat und große Teile der OSZE zu dem Schluß, das Referendum nicht anzuerkennen. Dies wiederum zog das Einfrieren verschiedenster Transformations-Unterstützungsprogramme, z.B. Transform (Deutschland), Tacis (EU), nach sich. Unterstützung daraus wird heute nur noch zur Förderung des Demokratisierungsprozesses, insbesondere für die Wahrung der Menschenrechte und die Freiheit der Medien gewährt. Einzig Russland erkannte die Situation in der Republik Belarus als politisch vollzogen an.

Die Folgen des Referendums waren schnell spürbar, primär für diejenigen, die sich gegen den Präsidenten stellten. Es gibt heute praktisch keine funktionierende Opposition mehr. Der mühsame, in Belarus besonders langsam verlaufende, Weg zu einer demokratischen Ordnung ist jäh unterbrochen, wenn nicht sogar abgebrochen worden.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Festzustehen scheint jedoch, daß bis zur Verabschiedung einer Verfassung am 16.03.1994, noch unter dem Premierminister Kebič, die „political correctness“ einigermaßen gewahrt wurde, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt noch keine freien Wahlen stattgefunden hatten. Die Regierung Kebič legitimierte sich noch aus der Wahl zum Obersten Sowjet der Republik Belarus vom März 1990. Innerhalb eines Jahres änderten sich die Verhältnisse dann dramatisch: Wirtschaftskrise (bereits seit 1993), Machtkonflikt Exekutive/Legislativ im Sommer 1994, Scheitern der Parlamentswahlen 1995, Zuspitzung des Streits zwischen Exekutive, Legislative und jetzt auch dem Verfassungsgericht im Mai 1995.

Zwar fanden Wahlen im Mai 1995 statt, aber es kam aufgrund des Mehrheitswahlsystems nicht zu einer Regierungsbildung (2 Drittel = 174 Abgeordnete müssen eine Mehr-

11 UN-Report, Belarus, 1998, S. 23.

heit in ihren Wahlkreisen bekommen; nur 119 wurden gewählt). Ein wichtiger Faktor für das erfolglose Unterfangen waren natürlich auch die wenig konstruktiven Manipulationen der Exekutive, z.B. Ablenkung durch ein zusätzliches Referendum, Anti-Parlamentarismus und die Kampagne des Präsidenten Lukaschenka gegen die Belarussische Volksfront [Belaruskі Narodny Front, BNF]. Im Dezember 1995 kam es zu Parlamentsnachwahlen, die als erste gelungene, freie Wahlen in die Geschichte Weißrusslands eingingen. Allerdings hatte sich die politische Auseinandersetzung zwischen gesetzgebender und gesetzausführender Gewalt dadurch noch verschärft.¹²

Um dem ökonomischen Niedergang etwas entgegenzusetzen, wurde von Präsident Lukaschenka seit seinem Wahlkampf zur Präsidentschaftswahl 1994 eine Annäherung an den „großen Bruder“ Russland propagiert. Betrachtet man den enormen Schuldenberg allein für die russischen Gaslieferungen (Anstieg von 100 Mio. US-Dollar im August 1993 auf 420 Mio. US-Dollar im November 1994, Schuldenstreichung zu Jahresbeginn 1996, jedoch Wiederanstieg bis zum Februar 1997 auf über 200 Mio. US-Dollar), scheint diese Richtung auch verständlich.¹³ Viele Unternehmungen in dieser Angelegenheit blieben jedoch Stückwerk. Die Währungsunion vom April 1994 wurde wieder aufgehoben, die Zollunion zu Beginn des Jahres 1995 wurde nicht konsequent durchgeführt. Die Zweiergemeinschaft Russland/Weißrussland vom April 1996 hatte hauptsächlich populistischen Charakter. Jüngstes Beispiel war die politische Union Russland-Weißrussland vom 02.04.1997, die in der Öffentlichkeit als baldige „Wiedervereinigung“ aufgefaßt wurde. Diesbezügliche Hoffnungen bzw. Befürchtungen sind zunächst in weite Ferne gerückt.¹⁴

Verwaltungsstruktur

Weißrussland ist administrativ in sechs Bezirke [Oblasti] gegliedert. Die Bezirksstädte sind: Minsk (1,717 Mio.), Gomel (513 000 Einw.), Mogilev (369 000), Witebsk (364 000), Grodno (306 000) und Brest (297 000). Hauptstadt ist Minsk.

Weitere wichtige Industriezentren sind Baranoviči, Bobrujsk, Mosyr, Soligorsk u.a. Die Zahl der verwalteten Kreise [Rayons] liegt bei 117, die der Gemeinden bei 1715. Als weitere Verwaltungseinheiten werden insgesamt 212 Ansiedlungen städtischen Charakters (102 Großstädte und 110 Kleinstädte), 1 449 ländliche Gemeinden und 24 583 Ansiedlungen genannt. Die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden ist noch wenig entwickelt, da ihre Stellung gegenüber dem Staat und der ihnen zugeordnete finanzielle Spielraum schwach ausgeprägt sind.¹⁵

12 Sahn A.: Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus; Untersuchungen des FKKS 9/1995 und Sahn A.: Schleichender Staatsstreich in Belarus in: Osteuropa 47(1997)5, S. 475 - 487.

13 Institut für Weltwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Kieler Diskussionsbeiträge 295, April 1997, S. 12.

14 Wostok, 3/1997, S. 10 f. u. BIOst Aktuelle Analysen, 15 u. 16/1997 u. 2/1998.

15 Dix D.: Kommunale Selbstverwaltung in der RB in: Belarus News 3/98, S. 6 ff.

Medien

Die weißrussische Medienlandschaft ist sehr vom Machtanspruch und Führungsstil von Präsident Lukaschenka geprägt. Stieg in den Jahren nach der Unabhängigkeit noch die Zahl der offiziell registrierten Druckmedien von ca. 200 auf 800 (1995), so nahm gleichzeitig die staatliche Kontrolle und Zensur auf diese Veröffentlichungen zu. Die Zeitungen mit den höchsten Auflagen erscheinen ausnahmslos auf russisch oder kombiniert russisch/weißrussisch und werden vom Staat subventioniert. Bis zum Jahr 1996 nahm die Zahl der Leser von unabhängigen Zeitungen kontinuierlich zu, was sich vor allem bei der bekanntesten unabhängigen Zeitung *Svaboda* in einem Anstieg der Auflage bemerkbar machte (von 20 000 im Jahr 1992 auf 70 000 im Jahr 1996). Seit Präsident Lukaschenka die Regierungsarbeit übernommen hat, wurde der Privatsektor im Medienbereich mit oftmals unbegründeten Anfeindungen konfrontiert, die in dem Verbot der Publikation der *Svaboda* am 24.11.1997 ihren bisherigen Höhepunkt fanden. Die Redaktion der *Svaboda* war bereits während der ersten Verbotsstufe 1995 – die Verbreitung mehrerer unabhängiger Tageszeitungen wurde untersagt – nach Litauen umgezogen. Zu den alltäglichen Beeinträchtigungen der privaten Printmedien gehört die Aufforderung von Inserenten sich aus dem Anzeigenteil der Privatmedien zurückzuziehen und die Aufforderung an Arbeitnehmer von staatlichen Betrieben, private Zeitungen nicht zu beziehen.¹⁶

Das Fernsehen strahlt in der Regel ein weißrussisches und drei bis vier russische Programme aus. Ein zweiter weißrussischer Kanal ist bereits seit Jahren geplant, um den Sendeplatz des vom Präsidenten ungeliebten russischen Senders ORT zu belegen.

Das Büro für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit des US-Ministeriums für Menschenrechte stufte zu Beginn des Jahres 1998 die Pressefreiheit in Belarus als „Nicht frei“ ein. Das Komitee zum Schutze von Journalisten identifizierte anlässlich des Tages der Pressefreiheit am 03.05.1998 Präsident Lukaschenka neben neun weiteren Staatsmännern, z.B. Indonesiens Präsident Suharto, Cubas Präsident Fidel Castro, Chinas Präsident Jiang Zemin und Nigerias General Sani Abacha, als „Feind der Presse“.¹⁷

Öffentliche Meinung

Eine Befragung der Bevölkerung wird mittels eines von Soziologen entwickelten Fragebogens jährlich durchgeführt. Die folgenden Ergebnisse beziehen sich, falls nicht anders angegeben, auf das Jahr 1996. Demnach denken mehr als 80% der Bevölkerung nicht, daß das Land die anstehenden Probleme allein lösen kann; etwas mehr als 50% glauben an den Verbund Russland/Weißrussland. Immer mehr sind der Meinung, daß sich die Machtelite vom Volk entfernt, die Beziehung zum Staat sei stark abgekühlt, an politische Parteien glaubt kaum jemand. Besorgnis hinsichtlich der Zukunftsaussichten drückten 65% aus, dies waren immerhin erheblich weniger Bürger als noch 1992 (damals waren es 81,6%). Die meisten Sorgen beziehen sich auf den Anstieg der Gewalttaten, die man-

16 Sahn A.: Rückkehr zur „Vendée der Perestrojka“? in: Osteuropa Archiv, September 1996.

17 <http://www.cpj.org/news/pr5398.html>.

gelnde soziale Sicherung und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Untersuchungen ergaben, daß bei einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um 10%, die Zahl der Gewalttaten im selben Zeitraum um 3,4 - 6,5% anwächst. Sehr hoch ist mit 57,9% der Anteil der Weißrussen, die sich als arm und auf einer niedrigen sozialen Stufe einschätzen, 6,6% sogar als „ganz unten“. Auf die Frage welcher Politikertyp die Republik am besten aus der Krise führen könne, antworteten 30,4% mit Jurij Andropow, 17,6% mit Josef Stalin und 12,7% mit Boris Jelzin. Wenn heute Wahlen wären, würden 37,4% für den derzeitigen Präsidenten Lukaschenka stimmen.

Für den freien Handel von Grund und Boden sprachen sich 1996 15,3% der Bevölkerung aus. Die meisten Befürworter dieser schwierigen Frage finden sich unter der Stadtbevölkerung, die dabei in erster Linie an den Übertritt des Grundstücks in ihren Privatbesitz denken, auf dem sich Wochenend-, Gartenhaus und Gemüsegarten befinden. Die Landbevölkerung ist fast ausnahmslos gegen eine Liberalisierung des Grund- und Bodenmarkts, weil sie erstens kein Geld besitzt, um die Grundstücke zu kaufen und zweitens in dem Zusammenhang den Ausverkauf an die kapitalkräftigeren Ausländer und die Stadtbevölkerung fürchtet.¹⁸

Stellung der Frauen

Frauen und Männer sind nach der belarussischen Verfassung [Konstitucija Réspubliki Belarus´] gleichberechtigt. Von der Gesamtzahl der Einwohner sind 4,8 Mio. (49,9%) Männer, 5,4 Mio. (50,1%) Frauen. Sie stellen drei Viertel aller Ärzte und Lehrer im Lande und ein Drittel der Volksrichter. 1994 betrug die Anzahl weiblicher Studierender 55 547 (48,6%).

Wie in den anderen GUS-Staaten ist die Doppelbelastung (Arbeit im Betrieb und Haushaltsführung) für weißrussische Frauen typisch. Viele Stellen in Kindergärten [detskie sady] und Krippen [jasli] sind reduziert worden, so daß der Zeitaufwand für die Kinderbetreuung noch gestiegen ist. Trotzdem werden 45,5% der Administrations- und Managementaufgaben von Frauen bearbeitet. Das Durchschnittsalter der Frauen bei der ersten Heirat lag 1997 mit 22,6 Jahren etwas höher als in den Vorjahren.¹⁹

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen stieg nach dem Beginn des Transformationsprozesses bis auf 66,3% im Jahr 1994 an. Besonders hoch ist dieser Anteil bei den jungen (unter 18 Jahren) und den besser gebildeten Frauen.²⁰

Der Wunsch, eine Ausbildung an einer Beruflich-technischen Schule [PTU] zu beginnen, war bei den jungen Frauen im Schuljahr 1996/97 weniger stark vorhanden als 1994. In

18 Belarus´ meždu prošlym i buduščim. In: Narodnaja gazeta 25.03.1997.

19 UN-Report, Belarus, 1998, S. 108.

20 Kiréenka, K.R.: Sacyjal'na-ékanamičnaja geagrafija Réspubliki Belarus´, 1997, S. 80.

diesem Zeitraum sank der Anteil der Mädchen an der Gesamtzahl der aufgenommenen Schüler an eine PTU der Vollzeitform von 42% auf 39%.²¹

1.4 Wirtschaftsstruktur

Im Vergleich zu anderen Republiken der ehemaligen Sowjetunion hatte Weißrussland vor der Perestroika eine gut entwickelte Industrie mit mehreren Branchen, intensive landwirtschaftliche Großproduktionen und einen großen Vorsprung in der wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung. Mit 31,6% trägt 1997 die Industrie immer noch so viel wie keine andere Branche zum Bruttoinlandsprodukt bei. Die Hauptzweige sind Maschinenbau (Kraftfahrzeuge, Traktoren, Werkzeuge, Kugellager), Elektrotechnik, Erdölverarbeitung, Bergbau, Textil- und Konfektionsindustrie (vor allem synthetische Fasern), Mineraldüngemittel, Baustoffe und Leicht- und Nahrungsgüterindustrie.

1997 werden in der weißrussischen Landwirtschaft noch von etwa fast 20% der Arbeitskräfte 11,5% des produzierten Nationaleinkommens erzeugt. Vorwiegend arbeiten diese Personen nach wie vor in landwirtschaftlichen Großbetrieben, den Kolchosen und Sovchosen. Es gibt nur eine vergleichsweise geringe Anzahl privater Bauernhöfe, die mehr Fläche als 10-20 ha bewirtschaften. Nicht vergessen werden dürfen die landwirtschaftlichen Nebenwirtschaften (kleine Hofstellen auf dem Land mit 1-2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche), die zu einem großen Anteil zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln beitragen. An pflanzlichen Produkten werden in erster Linie Kartoffeln und Flachs angebaut. In der Tierhaltung dominiert die Schweinezucht.

Durch die Kernreaktorkatastrophe von Tschernobyl 1986 wurden 23% der Landesfläche stark verstrahlt, so daß Landwirtschaft in einigen Regionen nicht mehr betrieben werden kann. Nachhaltige große Schäden haben durch den Reaktorunfall auch die Forstwirtschaft und die Holzverarbeitende Industrie zu verzeichnen.

Die Sektoren Transport und Fernmeldewesen (10,8%), Bauwesen (6,1%) und Handel und Gaststättengewerbe (8%) haben bei der prozentualen Beteiligung am Bruttoinlandsprodukt fast die Größenordnung der Landwirtschaft erreicht. Auf die anderen, bisher noch nicht genannten, Branchen entfallen zusammen 32%.

Weißrussland ist arm an natürlichen Ressourcen. Es gibt beachtliche Vorräte an Stein- und Kalisalzen von hoher Qualität sowie Erdöl und Torf. Die Vorkommen an Stein- und Braunkohle sind gering, sie lassen sich kaum wirtschaftlich abbauen bzw. fördern und sind vom Standpunkt der praktischen Verwendung aus unbedeutend. Von größerer Bedeutung sind die Vorräte an Torf, feuerfestem Ton und Sand für die Glasherstellung.²²

21 UN-Report, Children and women of Belarus, Minsk 1995; Ministerstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus', Vychal'na-Analityčny céntr: profesijna-techničnyja vučyliščy, Minsk 1996, S. 29.

22 Staatliches Komitee für Pressewesen der RB: Belarus Das Land im Herzen Europas, 1998.

Die Verbraucherpreise stiegen 1996 monatlich nicht so stark wie noch 1995. Zum Ende des Jahres 1996 (Dez.: 7,4%) und zu Beginn des Jahres 1997 (Jan.: 13,2%) verteuerten sich die Waren jedoch deutlich. Im weiteren Verlauf des Jahres stabilisierte sich die Lage wieder, und bis zum August 1998 lag die Steigerungsrate der Verbraucherpreise zwischen 1,8% und 5,0% und damit deutlich über der von Präsident Lukaschenka geforderten Grenze von 2%. Jüngste, durch die Rubelabwertung in Russland hervorgerufene Entwicklungen, sind an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Tab. 2: *Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990 - 1997 [Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in %]*²³

	1990	1994	1998*
Bruttoinlandsprodukt **	.	-13,0	12,0
Industrieproduktion **	2,1	-17,1	12,5
Agrarproduktion **	- 7,8	-15,8	6,2
Bruttoanlageinvestitionen **	9,0	-11,0	28,0
Gütertransportvolumen ***	- 3,0	-36,0	9,7
Beschäftigte	1,0	-3,0	1,3
Einzelhandelsumsatz **	15,0	-10,0	41,0
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18,0	2008,0	76,0
Nominallöhne	16,0	1504,0	96,0
<i>Verbraucherpreise</i>			
Jahresdurchschnitt	5,0	2221,0	44,4
Dezember zu Dezember		1960,0	25,3
<i>Industrielle Erzeugerpreise</i>			
Jahresdurchschnitt		1916,0	44,3
Dezember zu Dezember		1857,0	26,3
Arbeitslosenquote am Periodenende		2,1	2,3

* Januar - Juli; ** real, *** auf Tonnenbasis

Belarussische Statistiken sind nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft Kiel mit äußerster Vorsicht zu verwenden. So wurde z.B. auf der einen Seite ein Wirtschaftsaufschwung für 1996 angezeigt, auf der anderen Seite verringerte sich das Gütertransportvolumen im selben Jahr um 19,3%.²⁴

Im Jahre 1997 und im ersten Halbjahr 1998 setzte sich die positive wirtschaftliche Entwicklung nach den amtlichen Statistiken fort und wies sogar ein im Vergleich zum Vorjahr beschleunigtes Wachstum aus. Vor allem habe die Investitionstätigkeit auffällig zugenommen. Dieses „erfreuliche“ Ergebnis steht ebenfalls in Gegensatz zu den Prognosen

23 Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza nach: Institut für Weltwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Kieler Diskussionsbeiträge 327, 1998, S. 3.

24 Institut für Weltwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Kieler Diskussionsbeiträge 295, April 1997, S. 5.

des Weltwirtschaftsinstituts Kiel und wird von diesem angezweifelt. Fragwürdig sei vor allem die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts über die Verwendung der Einkommen.²⁵

Unternehmensstruktur

Fast alle Unternehmen sind staatliche Betriebe. Die Privatisierung der Staatsbetriebe wurde schon früher eher halbherzig durchgeführt. Heute scheint es, als sei sie vollkommen zum Erliegen gekommen. 1995 lag der Beitrag des Privatsektors am Bruttoinlandsprodukt bei 15%. Keine Rolle spielen private Betriebe in der zu 80% verschuldeten Landwirtschaft. Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Parlament bis 1993, und danach zwischen Parlament und Präsident, haben das Privatisierungsverfahren sehr gestört. Zum Ausgangspunkt der Privatisierung des staatlichen und kommunalen Eigentums wurden Gesetze vom Dezember 1990, z.B. Gesetz *Über das Eigentum in der Belarussischen SSR* [Zakon O Sobstvennosti Belarusskoj SSR]. Bis zum Frühjahr 1995 wurden *Staatliches Programm für die Privatisierung* [Gosudarstvennaja Programma po privatizacii] verabschiedet.

Bis zum 1.1.1995 wurden nur etwa 20% der Produktionskapazitäten – hauptsächlich in der Leichtindustrie und im Verkehrswesen – privatisiert. Der Energiebereich ist noch immer in staatlichem Eigentum. Dem Programm für die Privatisierung werden drei Phasen zugrunde gelegt: Privatisierung des staatlichen und kommunalen Eigentums, Investitionen und freie wirtschaftliche Zonen.

Finanzpolitische Reformen, Bankwesen

Im Juli 1995 waren 47 Banken bei der Nationalbank, die als Zentralbank fungiert, registriert. Die zentrale Funktion der Nationalbank drückt sich durch die Aufgaben aus, welche ihr nach dem Zentralbankgesetz vom 14.12.1990 zugewiesen worden sind: Ausgabe von Banknoten, Steuerung der Inflation, technische Abwicklung des Bank- und Zahlungsverkehrs, u.a. Im Herbst 1995 zeichnete sich eine Konzentrierung des Bankwesens ab, die vor allem durch den Zusammenschluß der Großbanken *Belarus* und *Sberbank* eingeleitet wurde. Durch diese Fusion erhöhte sich der Einfluß des Staates auf den sich entwickelnden Kapitalmarkt, da es sich bei der *Sberbank* um die einzige noch voll in Staatsbesitz befindliche Bank handelt im Gegensatz zu der *Belarus*, die zwar von großen Staatsunternehmen gegründet wurde, aber nicht direkt dem Zugriff des Staates ausgesetzt war. Heute stellt die direkte Mitsprache des Präsidenten bei wichtigen finanzpolitischen Entscheidungen ein zunehmendes Problem dar. Bereits 1995 trat der ehemalige Präsident der Nationalbank, der Reformler Bogdankewič, zurück, weil er in der Politik Lukaschenkas eine Gefährdung der freien, marktwirtschaftlichen Entwicklung des Bankensektors sah. Am 15.09.1995 übernahm Nikolaj Kuzmich die Aufgabe des Präsi-

25 Institut für Weltwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Kieler Diskussionsbeiträge 307, November 1997.

denten der Nationalbank. Leider ist in jüngster Zeit zu beobachten, daß die vom Gesetz vorgeschriebene Unabhängigkeit der Zentralbank in der Praxis nicht gewährleistet ist.

Auf dem Kapitalmarkt spielt die belarussische Wertpapierbörse in Minsk nur eine untergeordnete Rolle. Die Regierung besitzt 40% der Anteile, den Rest teilen sich die Geschäftsbanken. Ebenfalls schwach entwickelt sich der Handel an der Börse.

Um staatlicher Reglementierung zu entgehen, haben sich in den letzten Jahren vermehrt Leasing-Unternehmen und *Finance Companies* – 1995 waren ca. 90 solcher Unternehmen aktiv – konstituiert. Besonders letztere entziehen sich fast gänzlich der Kontrolle der Nationalbank, was ihnen einen größeren, aber auch riskanteren, Handlungsspielraum einräumt. Nicht selten kam es hierbei zu Zahlungsunfähigkeit bzw. Bankrott. Nach Ansicht der Weltbank sollten diese Unternehmen unbedingt einer Kontrolle unterzogen werden.²⁶

1.5 Arbeitsmarkt

Die Arbeitslosenquote ist im Juni 1997 mit 3,4% angegeben (vergl. Tab. 3). Es wird darauf hingewiesen, daß ein außerordentlich großer Teil der Erwerbstätigen von Kurzarbeit betroffen ist, sich die Situation insgesamt allerdings von Dezember 1996 bis zum Juni 1997 gebessert hat. Regional am stärksten betroffen war zum 01.02.1997 das Gebiet Gomel mit 4,2% Arbeitslosen; es folgen: Gebiet Grodno 4%, Gebiet Minsk 3,9%, Gebiet Mogiljov 3,7%, Gebiet Vitebsk 3,7%, Gebiet Brest 2,6% und Stadt Minsk 2%.²⁷

Tab. 3: *Beschäftigte, Arbeitslose und offene Stellen 1995-1997*²⁸

	1995	Dezember 1996	Juni 1997
Beschäftigte [in 1 000]	4 405,1	4 151,0	4 184,2
Arbeitslose [in 1 000]	131,0	182,5	157,4
Arbeitslosenquote [in %]	2,7	3,9	3,4
Offene Stellen [in 1 000]	11,3	15,8	32,0

Besorgniserregend hatte sich das Verhältnis von freien Arbeitsplätzen/Arbeitslosen zu Ungunsten der Arbeitsplatzsuchenden entwickelt. Kamen 1993 auf 66 300 Arbeitslose noch 12 500 freie Plätze, so waren es zu Beginn des Jahres 1997 nur 17 200 registrierte freie Plätze für 184 800 Arbeitslose. Eine Trendwende war zwischen Juli 1997 und Juli 1998 zu verzeichnen. Die Zahl der gemeldeten freien Arbeitsstellen erhöhte sich um 47% auf 48 900. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr) an der Arbeitslosenzahl ist angewachsen. Er stieg von 3,8% (1993) auf 24,5% (1997)²⁹. Bei genauerer Betrachtung des Stellenangebots fällt auf, daß es sich bei den meisten freien Plätzen

26 Bögenhold, J.: Das Bankenwesen der Republik Belarus, Berichte aus dem Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen, 1996.

27 Bundesanstalt für Arbeit 1997, S. 75.

28 Quelle: Ministerstvo Statistiki i Analiza nach Institut für Weltwirtschaft: Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus, Kieler Diskussionsbeiträge 307, November 1997, S. 6.

29 UN-Report, Belarus, 1998, S. 110.

(1997=76,5%) um Aushilfsarbeiten handelt, also um Tätigkeiten, die nur ein sehr niedriges Qualifikationsniveau erfordern.

Bei einer Erhebung 1994 fiel besonders der Anteil der von Arbeitslosigkeit betroffenen Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen ins Auge. Demnach ist dieser Anteil bei der Bevölkerungsgruppe bis 18 Jahre mit 70,2% am höchsten und bei der älteren Bevölkerung (über 50 Jahre) mit 48,4% am niedrigsten. Dazwischen beträgt er stabil 65-67%. Ebenfalls signifikant geschlechtsspezifisch steigt die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, nimmt man das Bildungsniveau als Kriterium hinzu, d.h. bei guter Ausbildung ist der Anteil der arbeitslosen Frauen höher als bei schlechter oder nur geringer Ausbildung. Nach jüngsten Veröffentlichungen ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen in den letzten Jahren jedoch von 78,3% (1991) auf 61,1% (1996) gesunken.

Besonders hervorzuheben ist die miserable Situation in der Landwirtschaft. Der Rückgang der Beschäftigung war hier besonders stark: 1970 = 36,9%, 1990 = 19,2% und 1996 = 17,4% der Beschäftigungszahl insgesamt. Des weiteren gingen in der Landwirtschaft die Investitionen dramatisch zurück: 1996 im Vergleich zum Vorjahr um 23%.

Rückständige Lohnzahlung, ein besonders häufig anzutreffendes Phänomen in Russland und der Ukraine, tritt in Weißrussland seltener, aber davon zu zwei Dritteln in der Landwirtschaft auf, wobei die Löhne ohnehin schon weit unter dem Durchschnitt liegen. Um das Dilemma etwas abzumildern, wurde damit begonnen, Kredite zu negativen Realzinsen an den Agrarbereich abzugeben, ein Vorgang, welcher der marktwirtschaftlichen Transformation nicht gerade dienlich ist.

Auch in der Industrie hatte sich die Situation verschlechtert. Von 1990 bis 1996 sind insgesamt 390 000 Arbeitsplätze verlorengegangen, das bedeutet einen Rückgang des Anteils an der Beschäftigungsstruktur von 30,9% auf 27,6%. Bei den Beschäftigungsfeldern Transport und Bauwesen waren ähnliche Tendenzen zu beobachten. Seit einem Jahr wurde diese Entwicklung nach offiziellen Angaben gestoppt, das heißt, in diesen Bereichen war ein Personalzuwachs zu verzeichnen.

Einige Industriebereiche waren von der regressiven Entwicklung ausgenommen und konnten in der Beschäftigtenzahl sogar noch zulegen. Hierzu gehören: Elektrotechnische-, Schwermetall-, Erdöl-, Erdölverarbeitungs- und Holzverarbeitungsindustrie. Ebenfalls relativ gut entwickelten sich die Bereiche Handel, Verwaltung, Kreditvergabe, Versicherung und Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen.

Erdrutschartig hat sich die Beschäftigung im Bereich der Wissenschaft verändert. Von 1990 (102 600) bis 1996 (47 800) ging die Anzahl der in diesem Bereich arbeitenden Bevölkerung um mehr als die Hälfte zurück. Dieser Trend hält noch an und kann in erster Linie auf die extrem schlechte Bezahlung zurückgeführt werden. Insgesamt findet eine Verlagerung vom produzierenden zum nichtproduzierenden Gewerbe statt.

Tab. 4: Anteil der Beschäftigten im produzierenden und nichtproduzierenden Gewerbe an der Beschäftigungsstruktur [in %]³⁰

	1990	1995
Produzierendes Gewerbe	75,3	70,7
Nichtproduzierendes Gewerbe	24,7	29,3

Nur 5,8% der am Erwerbsleben beteiligten Bevölkerung führten im Jahr 1996 ein eigenes Unternehmen, womit sie zu den 39,8% der im nichtstaatlichen Bereich Arbeitenden gezählt werden. Im Staatssektor waren 60,2% der Beschäftigten tätig.³¹

Die Republik Belarus steuerte seit Erlangung der Unabhängigkeit einen Kurs der gemäßigten Reformen, der im Vergleich zu Russland und der Ukraine ein nicht allzu katastrophales Zusammenbrechen der Produktionsstrukturen zur Folge hatte. Dies wiederum hielt auch die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Grenzen. Seit der Stabilisierung der Machtverhältnisse 1996 greift der Staat nun noch massiver in den sich entwickelnden Arbeitsmarkt ein. Durch folgende Maßnahmen werden die Arbeitslosenzahlen niedrig gehalten, was eine Erhöhung der verdeckten Arbeitslosigkeit, die nach Angaben ausländischer Experten bei ungefähr 10-15% liegt, provoziert, z.B. durch:

- kürzere Arbeitstage, kürzere Arbeitswochen;
- unbezahlten oder nur teilbezahlten Urlaub;
- teilweisen Produktionsstopp;
- Kreditvergabe an Unternehmen, die ihre Produktion umgestalten.

Im Übrigen ist der Anreiz, sich arbeitslos zu melden, aufgrund der niedrigen Unterstützungsleistungen, nicht besonders hoch.

Gewerkschaften

Als Basis für die Gewerkschaftsarbeit gilt die Verfassung der Republik Belarus (nach dem Referendum vom 24.11.1996), in der Artikel 41 den Bürgern Weißrusslands das Recht gibt: „[...] zur Verteidigung ihrer sozialen und ökonomischen Interessen Gewerkschaften zu gründen“. Weitere Details regelt das Gewerkschaftsgesetz vom Mai 1992. Die rechtliche Wirklichkeit sieht jedoch eine Komponente im Vordergrund, die für eine unabhängige Arbeit der Gewerkschaften entscheidend ist, und zwar das Recht des Präsidenten, „Ukase“ zu erlassen, welche die Gewerkschaftsarbeit beeinflussen. Der jetzige Präsident Lukaschenka scheut sich nicht, von diesem Recht nach Bedarf Gebrauch zu machen. Für Aufsehen sorgte in diesem Zusammenhang ein Erlaß vom 21.08.1995: „Über einige Maßnahmen zur Gewährleistung von Stabilität und Rechtsordnungen in der Republik Weißrussland“, mit dem die Arbeit der *Freien Gewerkschaft Belarus*, lokaler Gewerkschaften der Eisenbahner und der Arbeiter (Transport) der Minsker Metro praktisch unterbunden wurde. Besonders problematisch war die Umsetzung dieses Erlasses,

30 Kalitskij, 1998, S. 10.

31 Ebenda, S.11.

weil das Verfassungsgericht eine eindeutige Verfassungswidrigkeit attestierte. Heute, d.h. nach dem Referendum 1996, spielt die Stellungnahme des Verfassungsgerichts zur Erläuterung des Präsidenten kaum noch eine Rolle, da die Hälfte der Verfassungsrichter vom Präsidenten ernannt werden und sich somit in der Regel konform verhalten.³²

Den größten Unterschied zu den Gewerkschaften der ehemaligen Sowjetunion stellt die freiwillige anstelle der Zwangsmitgliedschaft dar. Die Gewerkschaften setzen sich daher nicht für alle Mitarbeiter, sondern nur für ihre Mitglieder ein. Nach dem Gesetz sind die Gewerkschaften zwar unabhängig, im Grad ihrer Autonomie jedoch nicht mit einer vergleichbaren deutschen Organisation gleichzusetzen. Die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern (ca. 4,5 Mio.) ist die *Föderation der Gewerkschaften* [Federacija Profsojusov v Belarusi], die 1990 aus den offiziellen Gewerkschaften der UdSSR hervorgegangen ist und in der Mehrheit der Fälle (nach Angaben aus dem Jahr 1992 waren dies 25 von 33 Einzelgewerkschaften) von ehemaligen KPdSU-Funktionären geleitet wird. An der Organisation und Struktur der Gewerkschaftsarbeit der Föderation hat sich im Vergleich zum Ende der achtziger Jahre wenig geändert. Eine Mitgliedschaft wird bei Eintritt in ein entsprechendes Arbeitsverhältnis erwartet und 1% des monatlichen Lohns zur Finanzierung der Gewerkschaftsleistungen automatisch abgebucht. Nach wie vor verwalten die Gewerkschaften die Vergabe der Sozialleistungen. Eine Sonderrolle in der Föderation der Gewerkschaften spielt die 600 000 Mitglieder starke, *Assoziation unabhängiger Gewerkschaften*, die unter anderen die Gewerkschaft für Auto- und Landmaschinenbau und die Gewerkschaft der Arbeiter der Radioelektronindustrie zusammenfaßt.

Seit dem Erlangen der staatlichen Souveränität gründeten sich neue Gewerkschaftsorganisationen, von denen der *Belarussische Kongreß demokratischer Gewerkschaften* [Belorusskij Kongress Demokratičeskich Profsojusov] mit den Mitgliedern: *Freie Gewerkschaften* (ca. 20 000 Mitglieder); *Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter, Chemiewerker, Transport und anderer Arbeiter*; *Freie Gewerkschaft der Metallarbeiter und Demokratische Gewerkschaft der Transportarbeiter* die größte Rolle spielt. Die noch jungen Gewerkschaften haben in Form von internationalen Seminaren sporadischen Erfahrungsaustausch mit unabhängigen Gewerkschaften in Deutschland, Polen, der Ukraine, Moldawien und Russland eingeleitet.³³

32 Scharf A.: Die rechtliche Regulierung der Gewerkschaftsarbeit in der Republik Weißrussland. In: WGO-Monatshefte für osteuropäisches Recht 39(1997)3, S. 197 - 205.

33 Schneider E.: Gewerkschaften in Russland, der Ukraine und in Belarus; Ergebnisse einer Fact-Finding Mission; Berichte des BiOst 45-1992.

Löhne und Einkommen, PrivatausgabenTab. 5: *Einkommensniveau*³⁴

Indikatoren des Einkommensniveaus	Durchschnitt je Monat im 1. Halbjahr 1998 [in 1 000 BRB]
Minimales Verbraucherbudget, pro Kopf	2 646,3
Existenzminimum	1 587,8
Mindestlohn	250,0
Grundlohn „Einheitliches Tarifsyst ^{em} “ (1. Tarifgruppe)	500,0
Monatlicher volkswirtschaftlicher Durchschnittslohn (einschl. Aufschläge)	3 638,9 (672,0)
Durchschnittsrente	1 435,8

Wie in allen Ländern der ehemaligen Sowjetunion zu beobachten war, kam es auch in Belarus nach der Erklärung der Unabhängigkeit und dem damit einhergehenden Wegfall von wichtigen Produktions- und Handelsstrukturen zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts bei gleichzeitig steigender Inflation, was zur Folge hatte, daß die Realeinkommen der Bevölkerung stetig sanken. Die politische Führung trat dieser Entwicklung mit regulativen Maßnahmen in Lohnbildung, Einkommensverteilung und Preisbildung entgegen. Ab 1994 wurde die Senkung des Realeinkommens auf maximal 75% begrenzt, und es wurden die Preise für Grundnahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife künstlich niedrig gehalten. Trotz dieser Schutzmaßnahmen vor einer Verarmung der Bevölkerung, kam es in der Vergangenheit zu besorgniserregenden Preiserhöhungen. Seit 1994 sind viele Preise im Einzelhandel liberalisiert worden. Nur Preise für z.B. Brot und Milcherzeugnisse wurden teilweise durch den Staat reguliert und subventioniert. 1995 waren die Wohnungsmieten im Vergleich zu 1991 um mehr als das Fünzfachste und die Preise für Warmwasser um mehr als das Fünffache gestiegen. Die kommunalen Kosten betragen im Herbst 1995 15% des Familienbudgets.

Nachdem bis 1997 die Realeinkommen der Bevölkerung gesunken waren, vermelden offizielle Statistiken 1998 einen positiven Trend bei der Einkommensentwicklung. Im ersten Halbjahr soll diese real mit plus 21% sogar die kühnsten Erwartungen übertroffen haben. Problembereiche blieben weiterhin die Renten und die Durchschnittslöhne im Sozialwesen, die nur unwesentlich über der Armutsgrenze lagen.

Löhne und Gehälter reichen in der Regel nicht aus, um den Lebensunterhalt zu decken, so daß sich die traditionell gewachsene Subsistenzwirtschaft weiterhin bewährt und entwickelt. Fast alle ländlichen Haushalte (98%), aber auch immerhin die Hälfte der städtischen Haushalte bewirtschaften eine kleine landwirtschaftliche Nutzfläche, deren Erträge zu 95% der Deckung des Eigenbedarfs dienen.³⁵

34 Quelle: Nationale Statistiken ausgewertet u. dokumentiert in: Belarus News, 3/1998, S. 10.

35 Belarus-News 3/98.

Tab. 6: Preise Januar 1999 in Minsk notiert (1 DM = 146 000 BRB)

	BRB	DM
1 Schwarzbrot	9 000-22 000	0,06-0,15
1 Weißbrot	15 000-40 000	0,10-0,27
1 kg Butter	245 000	1,68
1 kg Rindfleisch	220 000-250 000	1,51-1,71
1 kg Zucker*	81 000	0,55
1 kg Wurst	400 000-1 300 000	2,74-8,90
1 Liter Milch (1,5%)	15 000	0,10
1 Flasche Wodka	207 000	1,42
1 Flasche Bier (0,5 l, belorus.)	35 000	0,24
1 Kühlschrank	66 000 000	452
1 Fernseher	60 000 000	411
1 Paar Schuhe	5 000 000	34,25
Fahrkarten der Eisenbahn:		
Minsk-Brest	140 000	0,96
Minsk-Moskau	4 250 000	29,11

* Zucker gab es im Beobachtungszeitraum nicht in gewöhnlichen Lebensmittelgeschäften.

1.6 Berechtigungswesen und Tarifierung³⁶

Für den staatlichen Sektor kommt ein *Einheitliches Tarifsysteem*, bestehend aus 28 Tarifgruppen, die auf einen extrem niedrig gehaltenen Mindest- und Grundlohn (vgl. Tab. 5) aufbauen, zur Anwendung, sofern die Betriebe erwirtschaften oder Lohn- und Steuerschulden aufweisen. Ansonsten hat es nur empfehlenden Charakter und läßt den Einzelunternehmen freien Gestaltungsspielraum. In der Praxis dient es oft als Grundlage, individuelle Leistungen werden zusätzlich honoriert. Zusammen mit der 1997 eingeführten *Systematik der Berufe der Arbeiter und Angestellten* hat sich so ein volkswirtschaftliches Tarifsysteem etabliert. Der Zugang zu bestimmten beruflichen Positionen im nach wie vor den Arbeitsmarkt beherrschenden Staatssektor ist formal nur über das Erreichen der in der folgenden Tabelle dargestellten Bildungsstufen möglich.

Außerhalb dieser Ordnung einer qualifizierten Arbeit ohne den entsprechenden Bildungsabschluß nachzugehen, ist zunächst nur im privaten Sektor möglich. Allerdings bietet auch der Staat notgedrungen Positionen für Arbeiter an, deren Qualifikationen formal nicht den Arbeitsanforderungen entsprechen, und zwar, wenn der Arbeitskräftebedarf in bestimmten Bereichen das Arbeitskräfteangebot übersteigt.

Im Privatsektor hat sich eine Orientierung an formale Qualifikationskriterien bisher kaum etabliert. Meistens wird nur zwischen einfacher Berufsausbildung und Hochschulbildung unterschieden, wobei der Stellenwert der beruflichen Bildung dort noch geringer

36 Zu diesem Thema siehe auch Kapitel 4.1.3, S. 65.

ist als im staatlichen Bereich. Besonders gefragt sind neue Richtungen, die sich im Zuge der Transformation zu einer marktwirtschaftlicheren und demokratischeren Gesellschaft entwickelt oder reformiert haben. Dazu gehören der gesamte Wirtschaftssektor, incl. Ausbildung zum Jungunternehmer, Jura und Fremdsprachenkenntnisse, sofern sie hauptsächlich im Ausland erworben wurden.

Tab. 7: *Bildungsstufen und Qualifizierungsstruktur der Berufsspezialisten*

Bezeichnung der Bildungsstufe	Charakter der Arbeit	Schwierigkeitsstufe	Arbeitsanforderung	Charakteristik der Qualifikation			Verantwortung	Führungsaufgaben
				Grad der Selbständigkeit	Art der Arbeit	Grad der Arbeit		
Grundbild.	-	-	-	-	-	-	-	-
Basisbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
mittlere Bildung	operativ	leicht	einförmig	nach Anweisung	einfach	-	-	-
Lyzeum	operativ	leicht	einförmig	nach Anweisung	einfach	-	-	-
Berufsgrundbildung	operativ	mittel	unterschiedlich	selbständig oder nach Vorschrift	einfach	finden von Lösungsans.	normal	Teilnahme an Gruppenarbeit
Berufsgrundbildung mit höherer Qual.	Verknüpfung operativer Schritte	schwierig	verschiedenartig	hoch	veränderlich	erheblich	erheblich	Führen kleiner Gruppen
mittlere Berufsbildung	Arbeitseinsatz	mittel	gleichartig	selbständig oder nach Vorschrift	einfach	erheblich	normal	Führen kleiner Gruppen
mittlere Berufsbildung am College	Arbeitseinsatz	schwierig	gleichartig	selbständig oder nach Vorschrift	einfach	erheblich	normal	Teilnahme an Gruppenarbeit

Weißrussland

Bildungsstufen und Qualifizierungsstruktur der Berufsspezialisten (2)

Bezeichnung der Bildungsstufe	Charakteristik der Qualifikation				Verantwortung	Führungsaufgaben		
	Charakter der Arbeit	Arbeitsanforderung	Grad der Selbstständigkeit	Art der Arbeit			Grad der Arbeit	
Berufliche Hochschulbildung	Arbeitssatz	Schwierigkeitsstufe mittel	unterschiedlich	selbstständig oder nach Vorschrift	veränderlich	kreativ größere	Führung von kleinen Gruppen	Verteilung der Ressourcen
Bakkalaureat	Arbeitssatz	schwierig	unterschiedlich	selbstständig	veränderlich	kreativ größere	Führung von kleinen Gruppen	siehe oben
Spez. Hochschulbildung	Arbeitssatz	höchst schwierig	verschiedenartig	sehr hoch	ohne Standort	kreativ erheblich	siehe oben	siehe oben
Magistratur	Arbeitssatz	höchst schwierig	verschiedenartig	sehr hoch	ohne Standort	Teile wissenschaftlicher Kreativität erheblich	siehe oben	siehe oben
Aspirantur	wissenschaftlicher Arbeitseinsatz	schwierig	unterschiedlich	sehr hoch	ohne Standort	wissenschaftliche Kreativität erheblich	Führung von Gruppen	siehe oben
Promotion (Doktorantur)	siehe oben	Höchst schwierig	verschiedenartig	groß	nicht vorhersehbar	wissenschaftliche Kreativität erheblich	Führung von wissenschaftl. Kollektiven	Verteilung der Hauptressourcen

1.7 Soziales Sicherungssystem

In Belarus hat jeder dort lebende Bürger, unabhängig von der Nationalität, das Recht auf Absicherung im Falle von Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und Tod des Ernährers. Das soziale Sicherungssystem wird teilweise direkt vom Staat oder über subventionierte Fonds finanziert. Die Leistungen des Systems stellen sich vereinfacht wie folgt dar:

- Schwangerschafts- und Entbindungsurlaub 70 Wochentage vor und 56 Wochentage nach der Geburt;
- Kranken- und Genesungsgeld als volle Lohnersatzleistung;
- Sachleistungen bei Krankheiten sollten bei Inanspruchnahme von staatlichen Einrichtungen eigentlich kostenfrei sein. Es ist jedoch zu beobachten, daß die bis zu dem Zeitpunkt des Zerfalls der Sowjetunion noch kostenlos angebotenen Leistungen heute vielerorts bezahlt werden müssen.
- Einrichtung eines Fonds für Arbeitslose, der Sozial-, und Lohnersatzleistung gewährt;
- Zahlung von Invaliditätsrenten nach Grad der Arbeitsunfähigkeit und der Zahl der bei Eintritt der Invalidität geleisteten Arbeitsjahre;
- Kindergeld und Subventionierung der Vorschuleinrichtungen;
- ein in sich geschlossenes Rentensystem, welches über einen Fonds finanziert wird und direkt dem Ministerrat untersteht;
- Sozialleistungen für Geschädigte durch die Tschernobyl-Katastrophe.³⁷

Von der ehemaligen Sowjetunion ist die Rentenversicherung geblieben. Männer können mit 60 Jahren, Frauen mit 55 Jahren in Rente gehen. Bei schwerer körperlicher Arbeit dürfen sich die Männer bereits mit 55 Jahren und die Frauen mit 50 pensionieren lassen. Wenn es keine Arbeit in den Staatsbetrieben gibt oder die Planstellen reduziert werden, erhalten die Mitarbeiter das Recht, frühzeitig in den Ruhestand zu gehen. In allen Fällen hängt die Rentenhöhe von der Dauer der Berufstätigkeit im Unternehmen ab. Durchschnittlich betrug die Rente im Jahr 1996 565 600 BRB. Sie lag damit unter dem Existenzminimum von 659 200 BRB, was bedeutet, daß die meisten Rentner einer Nebenbeschäftigung nachgehen mußten.

In der Praxis fehlt es teilweise an Krankenversicherungen. Vor der *Perestroika* waren das Gesundheitswesen und die medizinische Betreuung der Einwohner kostenfrei. Heute ist der Staat nicht mehr in der Lage, Investitionen ins Gesundheitswesen hineinzutragen.

Arbeitslosenunterstützung wurde in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 nur von 42% der registrierten Arbeitslosen in Anspruch genommen. Die Höhe dieser Unterstützung belief sich nur auf ein Fünftel des Betrags, der die Armutsgrenze darstellt. 18% der Arbeitslosen nahmen in diesem Zeitraum an Weiterbildungsmaßnahmen teil.

37 Gesellschaft für Versicherungswissenschaft u. -gestaltung e.V.: Soziale Sicherung in West-, Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden: Nomos 1994, S. 200 ff.

2 Zuständigkeiten und Träger im Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

2.1.1 Verfassung

Erarbeitung und Verabschiedung einer neuen Verfassung erforderten in der seit August 1991 unabhängigen Republik Belarus eine dreijährige Frist, während der formal die Verfassung der UdSSR bzw. die davon abgeleitete Verfassung der BSSR gültig blieben. Am 30. März 1994 wurde die neue Verfassung verabschiedet, die mit den kommunistischen Grundsätzen ihrer Vorgänger brach und die gesetzlichen Grundlagen für die Transformation der früheren Sowjetrepublik in einen demokratischen Staat legen sollte. Diese Verfassung orientierte sich in ihren Grundsätzen an den Verfassungen der westlichen Demokratien, u.a. durch Festschreibung von Gewaltenteilung, Menschen- und Bürgerrechten.

Mit der Wahl Alexander Lukaschenkas zum Staatspräsidenten im Juli 1994 begann eine allmähliche Abkehr vom bisher eingeschlagenen Weg demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen. Tempo und Intensität dieser Abkehr steigerten sich mit zunehmender Amtsdauer des Präsidenten und erreichten 1996 in tiefgreifenden Veränderungen der Verfassung einen Höhepunkt. Die auf Initiative Lukaschenkas in die Verfassung eingebrachten Veränderungen wurden in einem Referendum am 24.11.1996 zur Abstimmung gebracht. Dem Referendum vorausgegangen war eine wochenlange Auseinandersetzung zwischen Präsident und Parlament um Inhalt der Verfassungsreformen und Modalitäten ihrer Verabschiedung. Der vom Parlament schließlich ebenfalls im Referendum zur Abstimmung gebrachte Gegenentwurf einer reformierten Verfassung, der eine deutliche Verlagerung der Exekutiv- und Legislativvollmachten vom Präsidenten auf das Parlament vorsah, konnte sich nicht durchsetzen. Nicht zuletzt wegen der ungebrochenen Popularität des Präsidenten in großen Teilen der Bevölkerung und durch gezielte Manipulationen der Medien wurde der Entwurf des Präsidenten mit einer deutlichen Mehrheit von über 70% der abgegebenen Stimmen angenommen. Die so „reformierte“ Verfassung stärkt die Position des Staatspräsidenten und gibt ihm weitreichende Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten bezüglich Legislative, Exekutive und Judikative. Der Präsident gewinnt wesentlichen Einfluß auf die Zusammensetzung beider Kammern des Parlaments, die Kammer der Volksvertreter [Palata Predstavitelej] und den Rat der Republik [Sovet Respubliki]. In die Kammer der Volksvertreter wurden jene Abgeordneten des vorherigen Parlaments übernommen, die sich nach der Niederlage ihres Alternativentwurfs zur Verfassung bereit erklärten, die neue Verfassung und das Verfahren, das zu deren Verabschiedung geführt hatte, anzuerkennen und mit dem Präsidenten zusammenzuarbeiten. Ein Teil der zum Präsidenten in Opposition stehenden Abgeordneten des früheren Parlaments war dazu nicht bereit und schied infolgedessen nach Lesart des Präsidenten vor Ende der Legislaturperiode aus bzw. bildete ein Restparlament, das sich als nach wie vor rechtmäßige Vertretung des Volkes verstand.

Der Rat der Republik setzt sich aus acht Vertretern territorialer Einheiten (Gebiete, Kommunen) zusammen sowie acht vom Präsidenten bestimmten Mitgliedern. Da der Präsident ferner die Leiter der Exekutiv- und Organisationsbehörden auf der Ebene „örtlicher“ Administrationen, d.h. der Gebiets- und Kommunalverwaltung ernannt, erhält er Zugriffsmöglichkeiten auch auf die Entscheidungen der unteren Verwaltungsebenen. Dezentralisierungsansätze und örtliche Selbstverwaltung können daher nur mit Einschränkungen unabhängig funktionieren.

Über die Ernennung des Premierministers und der Mitglieder der Regierung hat der Präsident entscheidenden Einfluß auf die Arbeit der Exekutive. Gleiches gilt für Zusammensetzung und Tätigkeit der höchsten Gerichte sowie der Staatsanwaltschaft des Landes.

Mit der Einführung dieser Verfassung, die international bisher nicht anerkannt wird, und der damit verbundenen weitgehenden Aufhebung der Gewaltenteilung beschreitet Belarus somit den Weg zu einer Präsidialdiktatur.

Für den Bildungsbereich haben die 1996 beschlossenen Verfassungsergänzungen vergleichsweise wenige Veränderungen gebracht. Wie bereits in der Verfassung von 1994, wird das Recht auf Bildung festgeschrieben (Art. 4). Im Gegensatz zu den Regelungen während der Sowjetzeit erstrecken sich freier Zugang und Unentgeltlichkeit der Bildung jedoch nur noch auf die Bereiche allgemeine mittlere und beruflich-technische Bildung. Die mittlere Fachausbildung und die Hochschulbildung sind zwar für jeden entsprechend seiner Fähigkeiten zugänglich, die Vergabe der tatsächlich vorhandenen Ausbildungs- und Studienplätze setzt jedoch die erfolgreiche Teilnahme an einem Wettbewerbsverfahren voraus, dessen Ergebnisse über die Vergabe staatlich finanzierter und somit unentgeltlicher Ausbildungs- und Studienplätze entscheiden.³⁸ Darüber hinaus besteht jedoch seit Inkrafttreten des Bildungsgesetzes die Möglichkeit, einen kostenpflichtigen Studienplatz gegen die Zahlung der entsprechenden Studiengebühren zu erhalten.

Von Bedeutung für den Bildungsbereich ist ferner das in Art. 50 festgelegte Recht auf Wahl der Erziehungs- und Unterrichtssprache, das die Voraussetzung für ein erweitertes Angebot von Sprachen nationaler Minderheiten in Bildungs- und Erziehungseinrichtungen schafft, ohne daß in der Verfassung weitergehende Regelungen für die Umsetzung und Durchsetzung dieses Rechts getroffen werden. Die Anerkennung des Russischen als zweite Staatssprache gleichberechtigt neben dem Belarussischen (Art. 17) verhindert eine landesweite Umsetzung der bisher nur in Ansätzen greifenden Belarussifizierung im Bildungswesen und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens. Unterstützt wird dies durch die auf verschiedenen Ebenen angesiedelten Bemühungen des Staatspräsidenten um eine Wiederannäherung Belarus an Russland. Die Sprachenpolitik ist einer der Bereiche, in denen diese Bemühungen offensichtlich Früchte tragen, indem u.a. der Anteil des Belarussischen als Unterrichtssprache zugunsten des Russischen rückläufig ist.

38 Vgl. dazu Kapitel 3.7.1, S. 57.

2.1.2 Schul- und Hochschulwesen

Die normative Grundlage für das gesamte Bildungswesen wurde mit der Verabschiedung des Gesetzes *Über die Bildung in der Republik Belarus* bereits am 29.10.1991 gelegt. Das Bildungswesen gehörte damit zu den ersten Bereichen, in denen der junge Staat unmittelbar nach seiner Unabhängigkeit die Gesetzgebung der UdSSR durch eigene Regelungen ablöste. Das Bildungsgesetz der UdSSR in der Fassung vom 27.11.1985 und die für die BSSR gültige Konkretisierung auf Republikenebene wurden durch das neue Gesetz außer Kraft gesetzt, das als Rahmengesetz für alle Bereiche des Bildungswesens von der Vorschulerziehung bis zur Hochschule konzipiert ist und auch Weiterbildung, postgraduale Bildung und außerschulische Bildung einschließt. Ausführungsgesetze für die einzelnen Ebenen und Bereiche des Bildungswesens sollen die Rahmenvorgaben des Bildungsgesetzes konkretisieren und ergänzen. Ende 1998 befanden sich diese Gesetze jedoch noch in der Erarbeitungsphase. Ein Entwurf zu einem Berufsbildungsgesetz wurde 1996 von Mitarbeitern des *Republik-Instituts für Berufsbildung* [Respublikan'skij Institut Professional'nogo obrazovanija, RIPO] erarbeitet, ist aber noch nicht verabschiedet worden.

Das Bildungsgesetz hat seinerseits einige Veränderungen erfahren, die am 22.03.1995 in Kraft traten. In dieser ergänzten Fassung regelt das Bildungsgesetz unter anderem:

- allgemeine Prinzipien und Ziele des Bildungswesens, einschließlich des in der Verfassung verbrieften Rechts auf Bildung;
- struktureller Aufbau und die institutionelle Gliederung des Bildungswesens sowie Status, Aufgaben und Funktionen der verschiedenen Einrichtungen und Teilbereiche;
- die Kompetenzverteilung in der Verwaltung des Bildungswesens, Zuständigkeiten und Fragen der Trägerschaft;
- materielle Grundlagen und Finanzierung des Bildungswesens sowie
- Rechte und Pflichten aller am Bildungs- und Erziehungsprozeß beteiligten Personen.

Wesentliche Veränderungen gegenüber dem sowjetischen Bildungswesen liegen in der Abkehr von den ideologischen Grundsätzen des Sozialismus und vom Einheitscharakter des Bildungswesens insgesamt. Wenngleich strukturelle Eingriffe in das bestehende System eher die Ausnahme bilden, stellt die Zulassung neuer Schultypen wie Gymnasien und Lyzeen sowie insbesondere nicht staatlicher Bildungseinrichtungen auf allen Stufen des Bildungswesens eine tiefgreifende Veränderung gegenüber dem sowjetischen Modell dar. Die quantitative Entwicklung privater Schulen ist jedoch, nach einer lebhaften Gründungsphase, seit etwa zwei Jahren wieder rückläufig.

Unterstützt wurde die Pluralisierung und Differenzierung des institutionellen Netzes durch Ansätze zur Demokratisierung und Dezentralisierung der Bildungsadministration, die den einzelnen Bildungseinrichtungen erstmals Möglichkeiten von Selbstverwaltung zugestehen. Gleichzeitig wird ihnen auch eine begrenzte Mitgestaltung in inhaltlich-curricularer Hinsicht eingeräumt, die zur Profilbildung der einzelnen Bildungseinrichtungen beitragen soll. Staatliche Mindestanforderungen, *Standards*, stellen den normativen Rahmen, innerhalb dessen sich diese Differenzierung und Profilbildung vollzieht,

und sollen ein Mindestniveau sowie die Vergleichbarkeit von Bildungsgängen und -abschlüssen gewährleisten.³⁹

Die allgemeinen Regelungen des Bildungsgesetzes zur beruflichen Bildung unterscheiden vier Stufen beruflicher Ausbildung, die berufliche Erstausbildung, mittlere und höhere Berufsbildung sowie die postgraduale Berufsbildung. Die beiden letzteren fallen in den Aufgabenbereich des Hochschulwesens. Ferner dienen in der Regel alle Einrichtungen der beruflichen Erstausbildung auch der Weiterbildung und Umschulung.

Der Entwurf des neuen *Berufsbildungsgesetzes* sieht darüber hinaus vor, die Rolle der Berufsorientierung und des berufsvorbereitenden Unterrichts in allgemeinbildenden Schulen wieder zu stärken. Auch wenn, insbesondere in der unteren Sekundarstufe, keine berufsspezifischen Kenntnisse vermittelt werden sollen, dienen theoretischer und praktischer Unterricht, z.B. die Vermittlung von „allgemeinen handwerklich-technischen Verfahren“, der Orientierung und Vorbereitung der späteren Berufswahl bzw. als Hilfe bei der Entscheidung über den weiteren (Aus-) Bildungsweg. Diese Mehrstufigkeit der beruflichen Bildung und ihre Integration in bzw. Verflechtung mit anderen Bereichen und Stufen des Bildungswesens ist eines der Hauptziele der Reform der beruflichen Bildung, die u.a. durch ein neues Gesetz eingeleitet werden soll.

Ein integriertes, mehrstufiges Bildungssystem, basierend auf national-kulturellen Traditionen, unter Einbeziehung regionaler Besonderheiten und bei gleichzeitiger Orientierung am „Weltniveau“, ist eines der Ziele zweier Konzeptionen, die mit Unterstützung des Bildungsministeriums am *Nationalen Institut für Bildung* [Nacional'nyj Institut Obrazovanija, NIO] entworfen wurden: der „Konzeption für Bildung und Berufsbildung in der Republik Belarus“ und der „Konzeption für Erziehung und Bildung in Nationalen Schulen in Belarus“. Beide Konzepte gehen dabei von der Annahme aus, daß ein Gleichgewicht zwischen staatlichen, gesellschaftlichen und individuellen Anforderungen an das Bildungswesen geschaffen werden muß, deren Verhältnis in der Sowjetunion eindeutig zugunsten der staatlichen und gesellschaftlichen Kräfte verschoben war. Für die schrittweise Umsetzung beider Konzeptionen ist ein Zeitraum bis zum Jahr 2005 vorgesehen. Einer der wichtigsten Schritte ist dabei die allmähliche Ausweitung der Schulpflicht von neun auf zehn Schuljahre. Gleichzeitig wird der Umfang des Sekundarbereichs I allgemeinbildender Schulen, deren Abschluß bisher schon das Ende der Schulpflicht markiert, um ebenfalls ein Jahr erhöht und endet nun nach dem 10. Schuljahr. Der Sekundarbereich II, der nach der im Bildungsgesetz vorgegebenen Struktur die Schuljahre zehn und elf umfaßt, entspricht nach den Reformkonzeptionen den Schuljahren elf und zwölf.⁴⁰

Eine Umstrukturierung erfährt auch der Bereich der beruflichen Schulen und Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] durch die Einführung neuer Schultypen, über deren Gestaltung die Konzeptionen jedoch keine Einzelheiten enthalten. Ferner soll das

39 Vgl. dazu Kapitel 3.4.2, S. 52.

40 Die Zählung der Schuljahre in den Konzeptionen geht dabei von Vorbereitungsklassen, sog. Null-Klassen, bis zur Klasse elf, die somit dem zölfte Schuljahr entspricht.

Hochschulwesen als eine mehrstufige Hierarchie von Institutionen, Studiengängen und Abschlüssen gestaltet werden, die aber ebenfalls nicht näher erläutert wird.

Die Diskrepanzen zwischen Bildungsplanung und Bildungsgesetzgebung einerseits und Alltagspraxis andererseits sind jedoch oftmals erheblich. So dienen die berufsbildenden Schulen im Sekundarbereich häufig als Sammelbecken für lernschwache Schüler, die im allgemeinbildenden Schulwesen gescheitert sind sowie für Jugendliche aus sozial schwachen und/oder unvollständigen Familien. Auch die angestrebten Übergangsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Institutionen und Stufen innerhalb des berufsbildenden Bereichs sowie insbesondere vom berufsbildenden in den Hochschulbereich stehen in der Praxis nur sehr wenigen Absolventen Beruflich-technischer Schulen [PTU] wirklich offen. Voraussetzung für eine Fortsetzung des Bildungsweges sind hervorragende schulische Leistungen auf der vorhergehenden Stufe. Von den 56 992 Absolventen Beruflich-technischer Schulen [PTU] in Trägerschaft des Bildungsministeriums, die diese Einrichtungen 1995 mit der Facharbeiterqualifikation beendeten, setzten lediglich 1 565 (2,7%) ihre Ausbildung an einer Höheren Beruflich-technischen Schule [VPU] fort, 1 845 (3,2%) wechselten auf eine Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ].

2.2 Nationale, regionale und lokale Kompetenzen

Die Kompetenzverteilung in Bildungspolitik und -verwaltung folgt der in der Verfassung vorgegebenen administrativen Gliederung der Republik insgesamt und unterscheidet drei Ebenen: die gesamtstaatliche oder Republiksebene, die Gebietsebene und die kommunale Ebene. Bildungspolitik und -gesetzgebung obliegen den gesamtstaatlichen Institutionen, d.h. der Regierung und dem Bildungsministerium. Neben der Gestaltung der staatlichen Bildungspolitik sind die nationalen Institutionen in höchster Instanz auch für die Kontrolle über Umsetzung und Einhaltung der Rahmenvorgaben zuständig.

Eine im Vergleich zur Sowjetzeit stärkere Beteiligung der unteren Ebenen wurde erst durch die im Bildungsgesetz von 1991 festgelegte Verlagerung von Kompetenzen und Entscheidungsräumen auf die „örtliche“ Ebene [mestnye organy upravlenija], die Gebiets- und Kommunalverwaltungen umfaßt, und das Zugeständnis von Autonomiebereichen für Einzelinstitutionen möglich.⁴¹ In der Praxis können insbesondere die Kommunen ihre Gestaltungsräume nur sehr begrenzt nutzen. Ihr Handlungsspielraum wird vor allem durch mangelnde Finanzmittel stark eingeschränkt.

Ein wesentliches Merkmal der neuen Bildungsgesetzgebung besteht neben der Dezentralisierung der Bildungsverwaltung vor allem in der Entideologisierung des Bildungswesens insgesamt und dem Verbot der Einflußnahme politischer Parteien und Organisationen. Durch die Zulassung verschiedener Formen der Trägerschaft für Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, darunter auch nicht staatliche öffentliche Träger sowie private Träger, setzte eine zunehmende Pluralisierung und Differenzierung der Bildungslandschaft ein, die von den gesamtstaatlichen Institutionen der Bildungsgesetzgebung und

41 Vgl. dazu Kapitel 3.1, S. 47.

Bildungsverwaltung zwar durch Rahmenvorgaben und Richtlinien gesteuert wird, die ehemalige sowjetische Einheitlichkeit des Bildungsbereichs aber zunehmend auflöste. Diese Rahmenvorgaben der nationalen bzw. gesamtstaatlichen Institutionen erstrecken sich auch auf Richtlinien zur institutionellen Strukturierung des Bildungswesens, u.a. durch Gründung, Reorganisation und Auflösung von Bildungseinrichtungen, aber auch zu deren Finanzierung und materiell-technischer sowie personeller Grundausstattung. Auf der Ebene der Bildungsinhalte legt die Regierung die staatlichen Mindestanforderungen, die *Standards*, für die jeweiligen Ausbildungsgänge, Ausbildungsstufen und Fächer fest und bestätigt die Musterlehrpläne für allgemeine und berufliche Bildung.⁴² Auf der gesamtstaatlichen Ebene werden ferner die Grundlagen für die Besoldung der Lehrkräfte und Regelungen zum sozialen Schutz aller am Bildungsprozeß Beteiligten geschaffen.

Während der Regierung bzw. dem Parlament die Entscheidung über Verabschiedung und das Inkraftsetzen der wesentlichen bildungsrechtlichen Dokumente obliegt, ist das Bildungsministerium für die Erarbeitung von Musterdokumenten und die inhaltliche Ausgestaltung der staatlichen Vorgaben zuständig. Bei diesen Aufgaben greift das Ministerium häufig auf das Expertenwissen von Mitarbeitern nationaler Forschungsinstitute zurück. In erster Linie sind hier das *Nationale Institut für Bildung* [Nacional'nyj Institut Obrazovanija, NIO] und das *Republik-Institut für Berufsbildung* [Respublikanskij Institut Professional'nogo Obrazovanija, RIPO] zu nennen, die beide formal dem Bildungsministerium unterstehen. Insbesondere das RIPO wirkt intensiv an der Gestaltung der beruflichen Bildung mit, nicht nur durch die bereits erwähnte Ausarbeitung des Gesetzentwurfs, sondern auch durch kontinuierliche Forschung und methodische Beratung sowie durch Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte an berufsbildenden Einrichtungen.

Unterhalb der Gesetzesebene gestaltet das Bildungsministerium durch Ausführungsbestimmungen und Kollegiumsentscheidungen die Bildungspolitik aktiv mit. Direkte Einflußmöglichkeiten hat es darüber hinaus auf den Hochschulbereich und die Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ], die ihm unmittelbar unterstehen, während berufliche Schulen durch Gebietsverwaltungen und allgemeinbildende Schulen, Vorschul- und außerschulische Einrichtungen durch Kommunalbehörden verwaltet werden.

Diese verwaltungsrechtliche Zuordnung der verschiedenen Bildungsbereiche zu unterschiedlichen Territorialbehörden, die für staatliche Bildungseinrichtungen mit der Trägerschaft der jeweiligen Bildungseinrichtung durch die betreffende Behörde einhergeht, verkompliziert sich durch die aus dem sowjetischen System übernommene Struktur, daß zahlreiche Fachministerien auf der gesamtstaatlichen Ebene als Träger von Bildungseinrichtungen der entsprechenden Fachrichtung auftreten, z.B. das Landwirtschaftsministerium als Träger landwirtschaftlicher Hochschulen und Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ], teilweise insbesondere im Vorschulbereich bzw. bei außerschulischen Einrichtungen sind sie staatlichen Betrieben angegliedert. Diese Betriebe unterstehen wiederum der Zuständigkeit des jeweiligen Fachministeriums, beispielsweise für

42 Vgl. Kapitel 3.4.2, S. 52.

Maschinenbau. Die betreffenden Behörden nehmen in Kooperation mit dem Bildungsministerium auch Einfluß auf die Ausbildungsinhalte und die curriculare Gestaltung der Ausbildungsgänge in den ihnen zugeordneten Bildungseinrichtungen und wirken bei der Erarbeitung der staatlichen Standards mit. Neben der hierarchisch-territorialen Gliederung der Bildungsadministration steht somit eine fachliche.

Die *örtlichen Deputiertenräte* und Exekutivorgane der Gebiets- und Kommunalverwaltungen haben im Zuge der neuen Bildungsgesetzgebung einen deutlichen Kompetenzzuwachs erfahren. Obwohl sie an die Einhaltung der staatlichen Rahmenvorgaben gebunden bleiben und als ausführende Behörden auch für die Umsetzung der staatlichen Verordnungen und Direktiven in ihrem Bereich zuständig sind, haben sie nach dem Gesetz eigene Entscheidungsspielräume für die Gestaltung des Bildungswesens in ihrem Zuständigkeitsbereich gewonnen. Den örtlichen Behörden obliegt die Bildungsplanung des jeweiligen Gebiets bzw. der Kommune. Dies schließt die Struktur des institutionellen Netzes ebenso ein wie die Bedingungen der Finanzierung des Bildungsbereichs auf ihrem Territorium und die Bedarfsplanung für Bildungs- und Berufsbildungskapazitäten. Gleichzeitig treten sie als Träger von Bildungseinrichtungen auf: die Gebiete im Bereich der beruflichen Schulen, die Kommunen im Vorschul- und außerschulischen Bereich sowie für allgemeinbildende Schulen. Da Gebiete und Kommunen andererseits aber kaum über eigene Einnahmen verfügen – die Steuern werden an den Zentralstaat weitergeleitet –, sind ihre Handlungsspielräume in der Praxis sehr begrenzt. Sie erhalten ihre Finanzmittel größtenteils aus dem Staatshaushalt. Die reichen in der Regel nur für die staatlich garantierten Mindestleistungen.

Von nicht geringer Bedeutung sind schließlich die Kompetenzen des *Arbeitsministeriums* und des *staatlichen Beschäftigungsdienstes*, die insbesondere Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und zum Abbau der Arbeitslosigkeit organisieren und in erster Linie in den Bereichen Weiterbildung greifen. Angesichts der sich seit der Unabhängigkeit vertiefenden ökonomischen Krise, die durch die Politik Lukaschenkas und die dadurch rückläufige Kooperations- und Investitionsbereitschaft ausländischer Politiker und Unternehmer noch verstärkt wird, sowie durch den deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit und verschiedener Formen von Kurzarbeit wie Reduzierung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit, Beurlaubungen ohne Lohnfortzahlung etc. hat der Staat ein Beschäftigungsprogramm beschlossen, das insbesondere Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen, die im Anschluß an ihre Ausbildung keinen Arbeitsplatz gefunden haben, helfen soll, durch Fortbildung oder Umschulung ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Darüber hinaus wirken das Arbeitsministerium und der Beschäftigungsdienst bei der Erstellung neuer Verzeichnisse der Ausbildungsberufe mit und organisieren die Berufsberatung für Jugendliche und Schüler des Abschlußjahrgangs allgemeinbildender Schulen.

Die Mitwirkung der Sozialpartner und der Kammern an Entscheidungen zur beruflichen Bildung entwickelt sich nur langsam. Ein *Nationaler Rat für Arbeit und soziale Fragen* mit beratenden Kommissionen funktioniert in Regionen und Städten gegliedert nach verschiedenen Branchen. Auf Ebene der Betriebe existieren Kommissionen für kollektive

Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Betriebsleitung. Die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften seit dem Zerfall der Sowjetunion kann als ein Schritt auf dem Weg zu einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmer an betrieblichen Entscheidungsprozessen sowie der Dezentralisierung und Entideologisierung des Wirtschafts- und Berufslebens gewertet werden, ebenso die Gründung nichtstaatlicher Unternehmerverbände. Beide Prozesse sind jedoch noch nicht abgeschlossen und können sich in der gegenwärtigen gesamtpolitischen Situation des Landes nur zögerlich weiterentwickeln. Soweit Kammern und Wirtschaftsverbände neueren Zuschnitts mit marktwirtschaftlichem Profil entstehen, haben sie bislang keine Mitwirkungsansprüche geltend gemacht. Dies ist allerdings auch einer noch nicht ausreichend gesetzlich geregelten Grundlage zuzuschreiben. Die bisher bestehenden Artikel, beispielsweise im Bildungsgesetz (Art. 26 zur staatlich-gesellschaftlichen Verwaltung des Bildungswesens) und im Entwurf des Berufsbildungsgesetzes sind so allgemein gehalten, daß kaum verbindliche Regelungen und Kriterien für die Praxis daraus abgeleitet werden können. Ausführungsgesetze müssen hier die notwendigen Präzisierungen schaffen.

2.3 Finanzierung

2.3.1 Bildungswesen

Die Finanzierung der Bildungseinrichtungen erfolgt grundsätzlich durch den jeweiligen Träger. Für die staatlichen Bildungseinrichtungen bedeutet das die Finanzierung aus den öffentlichen Haushalten der gesamtstaatlichen (für Hochschulen und Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ], Gebiets- (für berufliche Schulen) bzw. kommunalen Ebene (allgemeinbildende Schulen, Vorschulerziehung und außerschulische Bildung). Fachlich spezialisierte Einrichtungen erhalten ihre Finanzierung aus den Haushalten der betreffenden Fachministerien, in deren Trägerschaft sie stehen. Darüber hinaus erhalten *berufsbildende Einrichtungen*, die einem Basisbetrieb zugeordnet sind und für diesen Arbeitnehmer ausbilden, Räumlichkeiten, Maschinen, materielle Ausstattung und oft auch Energie (Heizmaterial, Strom) von diesem Betrieb. Gleiches gilt für Vorschuleinrichtungen und außerschulische Bildungseinrichtungen, sofern sie Betrieben angegliedert sind. In Folge der wirtschaftlichen Krise und des Zusammenbruchs der sozialistischen bzw. planwirtschaftlichen Strukturen sind viele Betriebe allerdings kaum noch in der Lage, diese Einrichtungen zu finanzieren oder in ausreichendem Maße zu unterstützen. Zahlreiche vorschulische und außerschulische Einrichtungen wurden daher in den vergangenen Jahren geschlossen. Insbesondere berufliche Schulen sind sogar dazu gezwungen, ihrerseits den Betrieben Miete für die Nutzung von Räumlichkeiten und/ oder Ausstattung zu zahlen bzw. Gebühren für die Durchführung von Praktika zu entrichten.⁴³

Mit Inkrafttreten des Bildungsgesetzes haben alle Bildungseinrichtungen vom Zeitpunkt ihrer Registrierung und Zulassung (Lizensierung) an den Status einer juristischen Person und damit verbunden das Recht, selbständig Finanzmittel einzuwerben, sei es durch den

43 Vgl. dazu Kapitel 4.1.2, S. 65.

Verkauf von Erzeugnissen aus eigener Produktion, durch Dienstleistungen außerhalb des regulären Unterrichtsangebots oder durch Vermietung ihrer Räumlichkeiten und Ausstattung, aber auch mit Hilfe von Kreditaufnahmen bei Banken sowie durch den Abschluß von Ausbildungsvereinbarungen mit Betrieben, gesellschaftlichen Organisationen oder Privatpersonen, auf deren Grundlage der jeweilige Vertragspartner die Erstattung der Ausbildungskosten übernimmt, die der Bildungseinrichtung durch die Qualifizierung von Mitarbeitern des betreffenden Betriebs/der Organisation usw. entstehen.

Private Bildungseinrichtungen finanzieren sich in der Regel über Gelder des Trägers und Schulgeld bzw. Studiengebühren in unterschiedlicher Höhe. 1996 sah die finanzielle Situation der Bildungseinrichtungen, die dem Bildungsministerium unterstehen, wie folgt aus: Die Ausgaben für das Bildungswesen betragen 6,1% des Staatsbudgets, was zwar nominal einen Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren bedeutete (1993: 5,3%; 1994 und 1995: 5,8%), real jedoch sanken die Zuwendungen, da dem Staat insgesamt weniger Geldmittel zur Verfügung standen. Die von den Bildungsanstalten geforderten, beziehungsweise benötigten Summen wurden nur zu 92,5% vom Staatsbudget gedeckt. In den ersten Monaten des Jahres 1997 kündigte sich eine weitere Reduzierung der Geldmittelzuwendungen des Staates an die Bildungseinrichtungen an. Das Lohnniveau des Lehrkörpers liegt nur bei 84,3% eines vergleichbaren Arbeiters in der belorussischen Volkswirtschaft.

1996 wurden an 46 Bildungseinrichtungen (28 Hochschuleinrichtungen und Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]; 18 Kinderheime, Internate und Allgemeinbildende Mittelschulen [OSS]) Baumaßnahmen durchgeführt. Nur vier dieser Maßnahmen wurden abgeschlossen.

Für dringend notwendige Renovierungsarbeiten an den Schulen wurden vom Staatsetat 1996 dem Bildungsministerium nur 39% der benötigten Summe zur Verfügung gestellt. 1997 hat sich die Lage noch verschärft. Im ersten Quartal waren für die angesprochenen Arbeiten nur 8,9% der angeforderten Summe verfügbar.⁴⁴

2.3.2 Berufliche Bildung

Grundlage für die Finanzierung des Berufsbildungssystems ist der entsprechend zugeordnete Teil des Staatsbudgets. Der Anteil der Ausgaben für den gesamten Bildungsbereich betrug in den letzten Jahren 16-20% und war damit durchaus vergleichbar mit den Bildungsausgaben der oberen Hälfte der entwickelten Länder. Die Ausgaben für die Anstalten der beruflich-technischen und mittleren und höheren Fachausbildung lagen 1995 bei 1,5% des Bruttosozialprodukts – 1991 lag dieser Wert noch bei 2% – beziehungsweise 4,6% der Ausgaben des Staatshaushalts.

Grundsätzlich werden zwei Finanzierungsmuster in der beruflichen Bildung unterschieden. Die PTU des Bildungsministeriums und die SSUZ des Bildungsministeriums, Ge-

44 V.I. Stražau: Na bjudžet spadzjavajsja, dy i sam starajsja. In: Hastaŭnickaja gazeta 05.04.1997.

sundheitsministeriums und anderer Ämter werden aus dem Haushalt der Regionen [Oblasti] finanziert. Auf der anderen Seite kommen die finanziellen Mittel für die SSUZ des Bildungsministeriums und 10 anderer Ministerien aus dem Republikhaushalt.⁴⁵

Neben den vom Bildungsministerium verwalteten Geldern dienen als staatliche Finanzierungsquellen der Berufsbildung: Der Tschernobyl-Folgeschädenfonds, ein Fonds Soziale Sicherheit, spezielle Zuwendungen für Vorschuleinrichtungen, Gelder von Berufsverbänden, Unternehmen, öffentlichen Organisationen und Internationalen Projekten und Programmen. Neben diesen öffentlichen Mitteln fließen noch finanzielle Mittel in die Töpfe der Bildungseinrichtungen, die aus den Einnahmen für Dienst- und Serviceleistungen (z.B. Sportmöglichkeiten), Produktion und Forschung, Zahlungen der Bürger für Zusatzausbildung u.a., Beiträge von Betrieben und Spendengeldern stammen. Die Erhebung von Gebühren für Schüler oder Studenten ist in den staatlichen Lehranstalten untersagt, es sei denn es handelt sich um Zusatzunterricht.

Insgesamt studieren heute an den staatlichen und nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen ungefähr 40% der Studenten an Hochschulen und ca. 12% der Schüler an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] unter Bedingungen, die einen finanziellen Eigenanteil der Lernenden fordern.

Die finanzielle Förderung der Unternehmen und Organisationen bei der Ausbildung ihrer leitenden Angestellten ist in den letzten Jahren zurückgegangen.⁴⁶

Die Umschulung der Arbeitslosen wird in speziellen Zentren und Lehranstalten durch einen Beschäftigungsfonds organisiert und finanziert. Der Fonds selbst wird aus Abzügen von 1% der Lohnzahlungen der Unternehmen und Behörden gespeist.

Nach Auskünften aus dem Bildungsministerium werden 5-15% der Einkünfte der Beruflich-technischen Schulen [PTU] durch den Verkauf der während des Lehr- und Lernprozesses erzeugten Produkte gedeckt. Weil in den letzten Jahren die Auslastung der Schulgebäude um 30% zurückgegangen ist, vermieten die PTU frei gewordene Räume nach einer 1995 verabschiedeten gesetzlichen Regelung an interessierte Firmen.

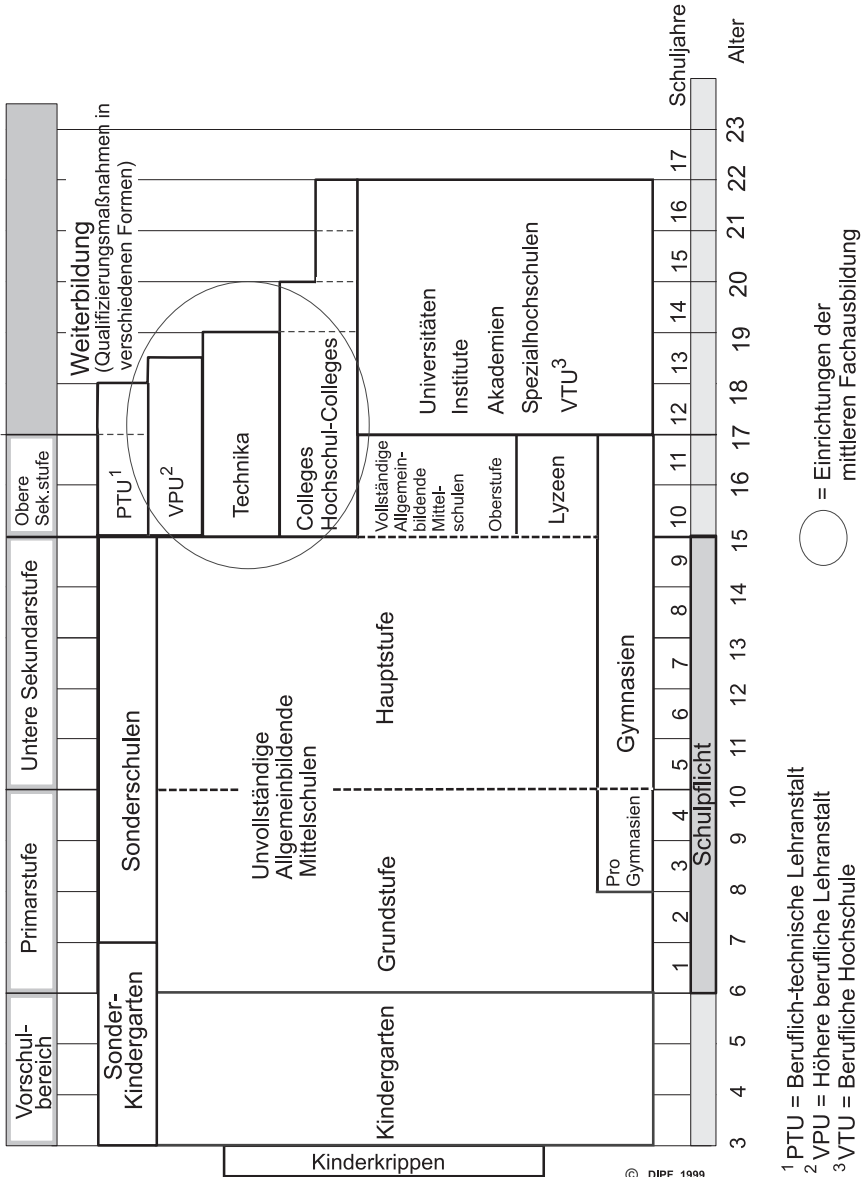
Das staatliche Budget für die PTU deckt seit Jahren gerade die Ausgaben für die Lehrerlöhne und kann in der Folge nicht mehr für Materialanschaffung oder Gebäuderestaurierung herangezogen werden.

45 Kalitskij, 1998, S. 41 f.

46 Ebenda.

3 Übersicht über das Bildungswesen

Grafik



GrunddatenTab. 8: *Schulbesuchsquote nach Bildungsbereichen [in % aller auf der jeweiligen Bildungsstufe eingeschulten Personen]*⁴⁷

	1985/86	1995/96
Primarbereich, insgesamt	108,0	97,0
Männlich (weiblich)		98 (95)
Sekundarbereich 2. Stufe	99,0	94,0
Tertiärbereich	44,8	42,6

Tab. 9: *Vorschuleinrichtungen*⁴⁸

	1985	1990	1996
Anzahl der Vorschuleinrichtungen	4 666,0	5 350,0	4 511,0
Anzahl der Kinder in Vorschuleinrichtungen (in 1 000)	594,6	608,0	444,3
Kinder, die eine Vorschuleinrichtung besuchen [in %]	68,8	67,6	62,2
in städtischen Gebieten	79,9	73,9	71,6
in ländlichen Gebieten	41,1	51,1	36,6

Tab. 10: *Allgemeinbildende Schulen*
*[Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut]*⁴⁹ (1)

	1985/86	1990/91	1996/97
<i>Anzahl der Schulen</i>	6 223,0	5 429,0	4 954,0
<i>Anzahl der Schüler, davon:</i>	1 468,0	1 507,7	1 593,0
<i>Grundschulen*</i>	1 720,0	1 130,0	803,0
Schüler	23,8	17,4	21,5
<i>Neun-Jahres-Schulen*</i>	1 781,0	1 427,0	1 111,0
Schüler	140,4	94,9	81,3
<i>Elf-Jahres-Schulen*</i>	2 447,0	2 647,0	2 767,0
Schüler	1 219,0	1 338,6	1 366,9
<i>Gymnasien</i>	-	12,0	68,0
Schüler	-	5,6	63,5
<i>Lyzeen</i>	-	5,0	26,0
Schüler	-	2,0	15,6
<i>Colleges</i>	-	-	2,0
Schüler	-	-	1,5
<i>Spezialschulen für geistig und körperlich behinderte Kinder</i>	96,0	104,0	96,0
Schüler	21,4	23,3	20,9

47 Statistisches Jahrbuch 1998 für das Ausland, Berlin 1998, S. 310.

48 Statistisches Jahrbuch Republik Belarus. Ministerium für Statistik und Analyse der RB. Minsk 1997, S.133.

49 Ebenda, S.137 - 138.

Allgemeinbildende Schulen [Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut] (2)

	1985/86	1990/91	1996/97
<i>Abendschulen</i>	179,0	104,0	81,0
Schüler	63,4	25,9	21,8
Lehrer	108,7	123,2	142,9

Daneben gab es zu Beginn des Akademischen Jahres 1996/97 noch 10 nichtstaatliche, allgemeinbildende Schulen mit 470 Schülern, davon 6 Gymnasien mit 342 Schülern.

* in der Regel handelt es sich bei allen drei Formen um die Allgemeinbildende Mittelschule [OSS]

*Tab. 11: Beruflich-technische Schulen [PTU]
[Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut] ⁵⁰*

	1992/93	1997/98
Schulen	253,0	249,0
Schüler	138,6	125,6

Tab. 12: Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ][Anzahl der Schüler in 1 000, Schulen absolut] ⁵¹

	1960/61	1985/86	1997/98
Schulen	102,0	139,0	149,0
Studenten	62,6	160,4	128,6

*Tab. 13: Hochschuleinrichtungen
[Anzahl der Schüler in 1 000, Hochschulen absolut] ⁵²*

	1960	1985	1997/98
Hochschulen (staatlich)	24,0	33,0	42,0
Studenten	59,3	181,9	190,0
Hochschulen (nichtstaatlich)	-	-	17,0
Studenten	-	-	34,5

Tab. 14: Bevölkerung nach Bildungsabschlüssen [in %] ⁵³

Bildungsstand	1979	1989
Hochschul- und Mittlere Bildung	62,5	77,0
davon:		
abgeschlossene Hochschulbildung	7,0	10,8
abgeschlossene Mittlere Bildung	35,7	49,4

50 Quelle: Kalitskij, 1998, S.83.

51 Ebenda, S. 71.

52 Ebenda, S. 75.

53 Statistisches Bundesamt, 1994, S. 41 (Ergebnisse der Volkszählungen).

3.1 Historische Entwicklung und Struktur

3.1.1 Historische Entwicklung

Bis ins 20. Jahrhundert hinein war das Gebiet der heutigen Republik Belarus überwiegend landwirtschaftlich geprägt. Eigenständige politische Strukturen konnten unter wechselnden Fremdherrschaften (litauisch, polnisch-litauisch, russisch) kaum entstehen. Auch ein eigenständiges Bildungswesen konnte sich unter diesen Umständen nicht entwickeln, vielmehr war seit dem Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts die Schulentwicklung des Russischen Reiches, zu dem das Territorium Weißrusslands seit der dritten polnischen Teilung gehörte, maßgeblich. Zudem war die belorussische Sprache im 19. Jahrhundert bis 1905 offiziell verboten, so daß die bestehenden Bildungseinrichtungen in russischer Sprache unterrichteten. Schulbildung blieb daher weitgehend auf eine kleine städtische Bürgerschicht und den Adel beschränkt. Die Entstehung eines landesweiten Netzes von Bildungseinrichtungen setzte erst nach der Oktoberrevolution mit der Alphabetisierungskampagne der Bolschewiki ein.

Als Unionsrepublik der UdSSR galten bis 1991 auch in der damaligen BSSR die einheitlichen ideologischen, bildungspolitischen und erzieherischen Prinzipien der UdSSR. Ebenso einheitlich war auch die institutionelle Struktur des Bildungswesens. In der BSSR bestand dementsprechend das allgemeinbildende Schulwesen aus dem einheitlichen sowjetischen Typ der Mittelschulen [OSS], der charakterisiert war durch eine weitgehende Vermeidung jeglicher Formen äußerer und innerer Differenzierung. Eine Ausnahme bildeten nur die *Spezialschulen*, die der Förderung begabter Kinder in bestimmten fachlichen Schwerpunkten dienten. Unterrichtet wurde nach einem unionsweit verbindlichen, einheitlichen Lehrplan mit nur geringen Modifikationsmöglichkeiten für nationale/ethnische Besonderheiten. Strukturen, Zweige und Inhalte der weiterführenden Bildungseinrichtungen waren gleichermaßen zentralistisch gesteuert und vereinheitlicht.

Eine gewisse Lockerung dieser starren, einheitlich-zentralistischen Vorgaben setzte zwar bereits in den achtziger Jahren durch Bildungsreformbestrebungen „von unten“ ein, die verbunden mit Konzeptionen wie der „Pädagogik der Erneuerung“ und „Pädagogik der Zusammenarbeit“ u.a. einen differenzierten und vor allem kindorientierten Unterricht forderten sowie Gestaltungsfreiraum für die Lehrkräfte. Eine grundlegende Reform der Strukturen und Inhalte des Bildungswesens wurde jedoch nicht erreicht, ebensowenig wie durch vorhergehende staatlich initiierte Reformbestrebungen.

Mit der Auflösung der UdSSR setzte in der heute unabhängigen Republik Belarus eine Reform der bildungspolitischen Leitlinien ein, die den sowjetischen Prinzipien von Zentralismus und Unifizierung von Strukturen und Inhalten eine Absage erteilen sollte. Obwohl der aus der Sowjetzeit übernommene strukturelle Aufbau des Bildungswesens weitgehend beibehalten wurde, erlaubte die neue Orientierung der Bildungspolitik und Bildungsgesetzgebung an Werten wie Demokratisierung, Differenzierung und Pluralisierung die Entstehung neuer Typen von Bildungseinrichtungen, die die bereits bestehenden Strukturen ergänzen und variieren. Im Bereich des allgemeinbildenden, zuvor ausschließlich horizontal gegliederten Schulwesens traten selektive Schultypen, insbesondere Gymnasien

und Lyzeen im Sekundarbereich, als Alternative zur vormals einheitlichen Mittelschule [OSS] auf. Diese reichte vom Primarbereich über den unteren Sekundarbereich bis zum Abschluß des oberen Sekundarbereichs. Die OSS kann je nach örtlichen Gegebenheiten aber auch durch selbständige Schulen dieser drei Stufen repräsentiert sein. .

Aufgrund der in den achtziger Jahren in der Sowjetunion begonnenen Bildungsreformen, vor allem den Ansätzen zur Reform der beruflichen Bildung und der angestrebten stärkeren Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, waren im oberen Sekundarbereich bzw. auf der postsekundären Ebene bereits neue Formen höherer beruflicher Schulen und anderer Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] entstanden, die in besonderen Ausbildungsgängen doppeltqualifizierende Abschlüsse vermitteln sollten und somit als ein Beitrag zur Entstehung eines mehrstufigen, kontinuierlichen, integrativen und durchlässigen Bildungssystems verstanden wurden und werden.⁵⁴ Absolventen einer Beruflich- technischen Schule [PTU] den Übergang an eine Hochschule zu ermöglichen, ist nach wie vor eines der wesentlichen bildungspolitischen Ziele. Wie bereits in der Sowjetunion ist die Zahl dieser Absolventen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung auf eine Hochschule wechseln, im Gegensatz zu den bildungspolitischen Zielen sehr gering.

Einen nicht unwesentlichen, bisher quantitativ noch nicht starken Beitrag zur Pluralisierung des Bildungsbereichs leisten die nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen, die ebenfalls seit dem Bildungsgesetz von 1991 auf allen Stufen des Bildungssystems möglich wurden. Beispielsweise existierten im Studienjahr 1995/96 20 Hochschulen in nichtstaatlicher Trägerschaft, u.a. die *Europäische Humanistische Universität* in Minsk.

Die Zulassung verschiedener natürlicher und juristischer Personen als Träger von Bildungseinrichtungen hat gemeinsam mit der Sprachengesetzgebung und den Regelungen zum Schutz ethnischer Minderheiten zur Entstehung verschiedener Minoritätenschulen mit den jeweiligen Muttersprachen als Unterrichtssprachen beigetragen. Die überwiegende Mehrheit dieser Einrichtungen befindet sich im außerschulischen und Vorschulbereich sowie im Bereich des allgemeinbildenden Schulwesens und konzentriert sich in Orten oder Regionen, in denen die jeweiligen Minoritäten in vergleichsweise großer Anzahl leben, z.B. polnische Schulen im Gebiet Grodno. Über die variablen Bestandteile der Curricula und Stundentafeln haben Schulen außerdem die Möglichkeit, Fächer und/oder Themenbereiche in ihr Unterrichtsangebot aufzunehmen, die sie für die kulturelle Entwicklung ihrer Schüler als wichtig erachten.

3.1.2 Struktur

Das Bildungswesen gliedert sich in den Vorschulbereich, in dem Kinder vom ersten bis zum sechsten Lebensjahr betreut werden, das allgemeinbildende Schulwesen mit neun bis elf Schuljahren, den Bereich der beruflichen Schulen sowie der mittleren Fachausbildung, den Hochschulbereich und die Weiterbildung. Ergänzt wird dieses System durch eine Vielzahl von außerschulischen Bildungseinrichtungen. Nach dem Verständnis der

54 Vgl. Kuebart, 1989, S. 94.

belarussischen Bildungspolitik gehört außerdem das Selbststudium in den Zuständigkeitsbereich der Bildungsgesetzgebung (Bildungsgesetz, Art. 23).

Das allgemeinbildende Schulwesen umfaßt den Primarbereich mit den Schuljahren eins bis drei bzw. eins bis vier, den Sekundarbereich I vom fünften bis neunten Schuljahr und den Sekundarbereich II mit den Schuljahren zehn und elf. Während der Primarbereich durch eine gemeinsame Schulform für alle Schüler, die *Basisschule* [načal'naja škola]⁵⁵, charakterisiert ist, setzt im Sekundarbereich I die äußere Differenzierung ein. Neben den aus dem sowjetischen Bildungswesen übernommenen unvollständigen Mittelschulen oder *Basisschulen* [osnovnaja škola] mit den Schuljahren fünf bis neun bzw. den vollständigen Mittelschulen [srednjaja škola], die zusätzlich auch die Schuljahre zehn und elf umfassen, existiert seit 1991 eine stetig wachsende Zahl von Gymnasien [gimnasija].

Im oberen Sekundarbereich stehen den Schülern, die die strengen Aufnahmeprüfungen bestehen, mit Lyzeen [licej] und allgemeinbildenden Colleges [kolledž] ebenfalls neue selektive Schulformen offen. Die häufigste Schulform der oberen Sekundarstufe ist jedoch nach wie vor die vollständige Allgemeinbildende Mittelschule [OSS]. Neben der Fortsetzung des Bildungsweges im Sekundarbereich II des allgemeinbildenden Schulwesens kann nach Abschluß des neunten Schuljahres auch ein Wechsel an eine beruflich-technische Schule [PTU] mit zwei bis dreijährigen Ausbildungsgängen sowie an eine Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] erfolgen. Die Ausbildung an einer der letztgenannten Einrichtungen schließt neben dem Erwerb einer beruflichen Qualifikation auf der mittleren Ebene (Technikerniveau) auch den Erwerb der vollständigen mittleren Bildung, d.h. des allgemeinbildenden Abschlusses im Sekundarbereich II mit ein. Grundsätzlich ist der Erwerb einer Doppelqualifikation auch an einer PTU möglich. In diesem Fall kann der allgemeinbildende Abschluß des Sekundarbereichs II parallel zu einem Berufsabschluß der unteren Ebene, etwa dem Facharbeiterniveau entsprechend, erworben werden. Die Ausbildungsdauer verlängert sich dadurch um ein Jahr. Für einige Berufe gelten auch kürzere Ausbildungszeiten von teilweise weniger als ein Jahr.

Eine Sonderstellung nehmen die *Colleges* ein, die als Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] bereits nach Abschluß des unteren Sekundarbereichs oder im postsekundären Bereich besucht werden können. Gleichzeitig bieten sie häufig auch Kurzzeitstudiengänge an, ohne jedoch offiziell als Hochschuleinrichtungen zu gelten. Unter den Colleges findet sich somit eine Vielzahl äußerst heterogener Bildungseinrichtungen.

Der tertiäre Bereich gliedert sich in die beruflich orientierten Kurzzeitstudiengänge an Colleges von drei- bis vierjähriger Dauer (Bakkalaureus-Abschluß) und die klassischen Studiengängen mit einer Dauer von fünf bis sechs Jahren, die zum Diplom- oder Magisterexamen führen und an Instituten, Akademien und Universitäten absolviert werden können. Das Diplom ist der traditionelle sowjetische Hochschulabschluß in Langzeitstudiengängen, beispielsweise in der Lehrerausbildung für Sekundarschulen, während es sich beim Magisterabschluß um eine Neueinführung im Zuge des Bildungsgesetzes von

55 Schulstufen in der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS].

1991 handelt. Durch ihn soll die internationale Vergleichbarkeit und Anerkennung der Hochschulabschlüsse gewährleistet werden. Aufgrund des nach wie vor unvollendeten Charakters der Bildungsreformen existieren teilweise beide Abschlüsse nebeneinander, z.T. schließen reformierte Studiengänge nur noch mit dem Magisterexamen ab.

Der Magisterabschluß ist seinerseits Voraussetzung für die Zulassung zur postgradualen Phase, der *Aspirantur*, die der Erstellung einer Dissertation dient und Bedingung für eine wissenschaftliche Laufbahn ist. Mit der Verteidigung der Dissertation erwirbt man den Titel *Kandidat der Wissenschaften*. Im Anschluß daran kann in der Doktorantur durch Abfassung einer umfangreicheren Forschungsarbeit der Titel eines *Doktors der Wissenschaften* erworben werden, der ungefähr der Habilitation entspricht.

Die Weiterbildung ist institutionell kaum von der Erstausbildung getrennt, vielmehr führen alle Einrichtungen des berufsbildenden Sektors, der mittleren Fachbildung und der Hochschulbildung in Ausbildungs- bzw. Studiengängen auch Maßnahmen zur Fortbildung oder Umschulung durch. Spezielle Einrichtungen sind im Zuge der Bildungsreformen und der sozioökonomischen Transformationsprozesse erst im Entstehen begriffen.

Das zu Sowjetzeiten besonders in den Städten gut ausgebaute Netz außerschulischer Bildungseinrichtungen, Klubs, Pionierpaläste, Kinder- und Jugendzentren usw. hat aufgrund der wirtschaftlichen Krise und auch infolge der Aufgabe der einheitlichen ideologischen Beeinflussung seitens des Staates und der Kommunistischen Partei starke Einbußen erfahren. Viele Einrichtungen wurden geschlossen oder anderen, häufig kommerziellen Nutzern übergeben. Unabhängige und informelle Jugendorganisationen begannen seit Anfang der neunziger Jahre, sich auf nationaler wie auf lokaler Ebene zu entwickeln, haben quantitativ jedoch noch lange nicht den Umfang der ehemaligen staatlichen Einrichtungen erreicht und sind regional sehr unterschiedlich verteilt. Darüber hinaus werden sie durch die gesamtpolitische und wirtschaftliche Entwicklung zunehmend eingeschränkt und durch bürokratische Verfahren, u.a. bei der Registrierung, in ihrer Funktion behindert. Insbesondere ihre ungenügende Finanzierung hindert zahlreiche Jugendorganisationen daran, eine kontinuierliche Arbeit zu leisten oder neue Projekte umzusetzen. Die Förderung durch das staatliche Komitee für Jugendangelegenheiten unterliegt willkürlichen Schwankungen. Eine verlässliche Finanzierung ist nicht gewährleistet.

1997 rief Präsident Lukaschenka die *Belarussische Patriotische Organisation der Jugendlichen* als neue ideologisch geprägte Jugendorganisation ins Leben.⁵⁶ Diese Organisation soll die Beziehungen zwischen dem Staat und den nichtstaatlichen Jugendorganisationen regeln und wurde mit bedeutenden Finanzmitteln aus dem Präsidentenhaushalt ausgestattet. Gegenwärtig ist jedoch noch nicht abzuschätzen, ob es ihr gelingt, eine ähnlich dominante Position wie die des Komsomol in der Sowjetunion einzunehmen.

56 Strukturen und Lage der Jugendorganisationen in Belarus. In: Belarus-News, Nr. 1, 1998, S. 12 - 13.

3.2 Schulpflicht

Die allgemeine Schulpflicht ist im Bildungsgesetz auf neun Schuljahre festgelegt. Sie beginnt mit dem Besuch des ersten Schuljahrs im Primarbereich. Das Einschulungsalter kann je nach den örtlichen Gegebenheiten bei sechs oder sieben Jahren liegen.

Die Schulpflicht endet nach dem Besuch des neunten Schuljahrs, d.h. in der Regel mit dem Abschluß des unteren Sekundarbereichs. Der Besuch von Einrichtungen des oberen Sekundarbereichs ist freiwillig, im Bildungsgesetz wird jedoch die Möglichkeit eines entgeltlichen Besuchs staatlicher Einrichtungen auf dieser Ebene für alle Bürger garantiert, sowohl hinsichtlich der allgemeinbildenden Schulen als auch im Bereich der beruflichen Erstausbildung. Besondere Prüfungen oder Leistungsselektionen gibt es in den Allgemeinbildenden Mittelschulen [OSS] und beruflichen Schulen beim Übergang in den oberen Sekundarbereich gewöhnlich nicht. Eine Ausnahme bildet der Wechsel auf eine allgemeinbildende Schule selektiven Typs, beispielsweise ein Lyzeum, der in der Regel mit Aufnahmeprüfungen verbunden ist.

Eine Verlängerung der Schulpflicht von neun auf zehn Schuljahre und damit die Ausdehnung des unteren Sekundarbereichs auf das zehnte Schuljahr soll bis spätestens zum Jahr 2005 umgesetzt sein. Der obere Sekundarbereich soll dann die Schuljahre elf und zwölf umfassen. Die von Mitarbeitern des NIO 1996 erarbeitete Reformkonzeption für die Allgemeinbildende Mittelschule [OSS] bezeichnet die Anfang der neunziger Jahre erfolgte Verkürzung der Schulpflicht von zehn auf neun Jahre als Fehler und fordert ihre schrittweise Revidierung. Zurückzuführen war diese Reduzierung der Schulpflicht vor allem auf die sozialen und wirtschaftlichen Umbrüche nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit, die auch zu einer höheren Quote von Schulabbrechern geführt hatten.

3.3 Vorschulerziehung/Elementarbereich

Die Vorschuleinrichtungen gliedern sich in Kinderkrippen [jasli] für Kinder im Alter von bis zu drei Jahren und Kindergärten [detskie sady] für die Drei- bis Sechs- bzw. Siebenjährigen. Häufig werden beide Formen in kombinierten Einrichtungen zusammengefaßt. Der Besuch ist freiwillig. In der Sowjetunion wurden Ende der achtziger Jahre ca. 70% der Kinder in den entsprechenden Altersjahrgängen in Vorschuleinrichtungen betreut. Trotzdem überstieg die Nachfrage nach Vorschulplätzen das Angebot insbesondere in ländlichen Gebieten in der Regel deutlich und konnte auch in einer Phase intensiven Ausbaus des institutionellen Netzes in den achtziger Jahren nicht gänzlich befriedigt werden. Seit Anfang der neunziger Jahre nimmt die Zahl der Vorschuleinrichtungen stetig ab, was insbesondere auf die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen zurückzuführen ist. Viele Betriebe, denen zuvor Vorschuleinrichtungen angegliedert waren, sehen sich nicht mehr in der Lage, Bildungseinrichtungen zu unterstützen bzw. als deren Träger zu fungieren. Obwohl aufgrund der steigenden Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten auch die Nachfrage nach Vorschulplätzen und die Zahl der betreuten Kinder insgesamt sinken, übersteigt die Nachfrage nach wie vor das Angebot an Plätzen.

3.4 Primarbereich

3.4.1 Struktur

Im Zuge der Bildungsreformen in den achtziger Jahren wurde in der Sowjetunion die Schuldauer um ein Jahr verlängert und das Einschulungsalter von sieben auf sechs Lebensjahre vorverlegt. Der bis dahin dreijährige Primarbereich sollte von drei auf vier Jahre erweitert werden. Aufgrund mangelnder materieller Ausstattung der Schulen vollzog sich die Umsetzung dieser Reform äußerst schleppend und ist auch 1998 noch nicht vollständig abgeschlossen. Vielmehr existieren in Abhängigkeit von den örtlichen Gegebenheiten nach wie vor drei- und vierjährige Primarschulen. Bei einer Einschulung mit sieben Jahren wird in der Regel in den Vorschuleinrichtungen ein schulvorbereitender Unterricht für die Sechs- bis Siebenjährigen durchgeführt, häufig in Kooperation mit Lehrkräften der Primarschulen und nach Lehrplänen des ersten Schuljahrs. Im Zuge der geplanten Verlängerung der Schulpflicht sollen diese Vorbereitungs- oder Null-Schuljahr obligatorisch werden, so daß die Einschulung grundsätzlich mit sechs Jahren erfolgt. Der Übergang vom Primar- in den Sekundarbereich I erfolgt ohne besondere Leistungs- oder Eignungsprüfungen nach Beendigung des vierten Schuljahrs, bzw. bisher bei dreijährigen Primarschulen vom dritten ins fünfte Schuljahr. Beide Formen des Primarbereichs sollen gleiche Voraussetzungen für den Übergang in den Sekundarbereich schaffen, weshalb in dreijährigen Schulen ein intensiveres Lerntempo vorausgesetzt wird.

3.4.2 Lehrplan und Curriculum

Ansätze zu einer inneren Differenzierung der ehemals zentralstaatlich festgelegten einheitlichen Curricula wurden bereits im Zuge der in den achtziger Jahren in der Sowjetunion begonnen Bildungsreform deutlich. In der 1989 vom damaligen Staatskomitee für Volksbildung erlassenen Rahmenstundentafel werden den nachgeordneten Bildungsverwaltungen auf Ebene der Unionsrepubliken Gestaltungsräume bei der Einbeziehung nationaler und/oder regionaler Besonderheiten in das Unterrichtsangebot zugestanden, während lediglich ein Kernbereich an Fächern und Lernbereichen weiterhin zentralstaatlich geregelt bleibt, um eine landesweite Vergleichbarkeit der Ausbildungsgänge und Abschlüsse zu garantieren. Zusätzlich erhielten auch die einzelnen Schulen die Möglichkeit in Wahlbereichen eigene Schwerpunkte zu setzen.

Diese Gliederung der Curricula in landesweit einheitliche und obligatorische Kernbereiche und variable Bestandteile wurde nach der Unabhängigkeit der Republik Belarus beibehalten. Der Staat legt gemäß dem Bildungsgesetz Standards, d.h. Mindestanforderungen für bestimmte allgemein verbindliche Unterrichtsinhalte und Fächer fest, die von allen Bildungseinrichtungen der betreffenden Stufe eingehalten werden müssen. Ein Entwurf für die Standards im Primarbereich und unteren Sekundarbereich wurde Anfang 1998 von Mitarbeitern des NIO und des Bildungsministeriums erarbeitet. Die Standards legen die staatlichen Mindestanforderungen für Umfang und Inhalte einzelner Fächer bzw. Unterrichtsbereiche fest. Sie bestehen aus einem obligatorischen Teil, der sogenannten staatlichen oder Basiskomponente, und einem variablen Teil, der schulischen

Komponente. Gemäß dem Entwurf, der auch eine Rahmenstundentafel für die Schuljahre null bis neun enthält, sind ein sprachlich-literarischer Bereich, Mathematik und Naturwissenschaften, gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht, Kunst, Musik, Sport und Technologie obligatorische Bestandteile. Technologie setzt allerdings erst im Sekundarbereich ein und bildet die Fortsetzung des früheren polytechnischen Arbeitsunterrichts.

Im Primarbereich bilden die festen Unterrichtsbestandteile mehr als 80% des Stundenvolumens. Der Anteil der Wahlfächer und wählbarer Unterrichtskomponenten steigt im Sekundarbereich kontinuierlich an. Er beträgt in der Oberstufe (zehnten und elftes Schuljahr) knapp 50%. Die variablen Unterrichtsanteile können zur Vertiefung (Profilbildung) des invarianten Teils ebenso genutzt werden, beispielsweise für Ergänzungs- oder Förderunterricht, aber auch zur Entfaltung nationaler oder regionaler Besonderheiten. Im Primar- und Sekundarbereich I ist diese schulische Komponente ausschließlich fakultativ, im Sekundarbereich II sind es dagegen Wahlpflichtkurse, die der Differenzierung und Profilbildung der Schüler im Hinblick auf ihren weiteren Bildungsweg dienen sollen.

3.5 Sekundarbereich I

3.5.1 Übertritt, Verteilung, Kritik

Der Übergang vom Primar- in den Sekundarbereich erfolgt an der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS] ohne besondere Prüfungen durch die Versetzung vom dritten bzw. vierten ins fünfte Schuljahr. Im Gegensatz dazu setzt der Wechsel auf ein Gymnasium nach dem Primarbereich das Bestehen einer Aufnahmeprüfung oder andere Formen der Leistungsauslese voraus. An allen Schulformen ist dieser Übergang jedoch mit spürbaren Veränderungen in der inhaltlichen und didaktischen Organisation des Unterrichts verbunden. Der Klassenlehrer des Primarbereichs wird durch den Fachlehrer abgelöst, der sich stärker als zuvor an den fachwissenschaftlichen Grundlagen der einzelnen Disziplinen orientiert.

Die überwiegende Mehrzahl der Schüler besucht trotz der im Zuge der Bildungsreformen entstandenen neuen Schulformen den Sekundarbereich I an einer OSS bzw. Schulen des unteren Sekundarbereichs (Basisschulen). Gymnasien stehen nur einer vergleichsweise kleinen Anzahl begabter Schüler offen. Sie sind nach wie vor quantitativ von geringerer Verbreitung. So standen im Schuljahr 1997/98 den 3 852 OSS des Sekundarbereichs I bzw. der Sekundarbereiche I und II mit zusammen 1 451 406 Schülern nur 71 Gymnasien mit insgesamt 67 090 Schülern gegenüber.⁵⁷

3.5.2 Struktur

Der Sekundarbereich I umfaßt die Schuljahre fünf bis neun der OSS und die entsprechenden Klassen der selektiven Schulformen, vor allem der Gymnasien, in Ausnahme-

57 Ministerstva adukacyi Respubliki Belarus' (1997,1), S. 6 - 7 u. 13.

fällen auch Vorstufen von Lyzeen und allgemeinbildenden Colleges, die in der überwiegenden Mehrzahl jedoch Schulen des Sekundarbereichs II sind. Während im Primarbereich der einheitliche Charakter der sowjetischen Schule erhalten geblieben ist, setzt somit im Sekundarbereich I eine vertikale Differenzierung nach Schulformen ein, im wesentlichen zwischen OSS und Gymnasium. Im achten und neunten Schuljahr tritt der Bereich Technologie mit berufsorientierenden und handwerklich-technischen Inhalten als Pflichtbereich hinzu. Im Gegensatz zum sowjetischen Bildungswesen haben diese Fächer jedoch kaum berufsbildenden oder berufsvorbereitenden Charakter. Der Entwurf des Berufsbildungsgesetzes sieht jedoch eine neuerliche Stärkung dieser Funktionen vor.

Im Rahmen der variablen Unterrichtskomponente haben Schulen und Schüler die Möglichkeit zur Profilbildung und individuellen Schwerpunktsetzung erhalten, z.B. durch Erhöhung der Stundenzahl für Fremdsprachen oder naturwissenschaftlichen Unterricht. Eine Wiederbelebung nationaler und/oder regionaler Traditionen kunsthandwerklicher, musischer u.a. Art über Wahlfächer und fakultative Angebote, teils im außerunterrichtlichen Bereich, findet sich ebenfalls an zahlreichen Schulen, ist jedoch häufig vom Engagement einzelner Lehrer und Eltern bzw. des Kollegiums abhängig, da die finanzielle wie personelle Ausstattung zahlreicher Schulen nicht den rechtlichen Voraussetzungen entspricht. Neben einem permanenten Mangel an Lehrmaterialien und Lehrkräften, insbesondere auf dem Land, sind auch die räumlichen Kapazitäten zahlreicher Schulen beschränkt, so daß vielfach, wie schon in der sowjetischen Zeit, in mehreren Schichten unterrichtet wird. Das Bildungsministerium gibt die Zahl der allgemeinbildenden Schulen, die in zwei Schichten unterrichten für das Schuljahr 1997/98 mit 1 409 (28,6%) von insgesamt 4 709 in seiner Trägerschaft an. 27 Schulen oder 0,6% unterrichten sogar in drei Schichten.⁵⁸

3.6 Sekundarbereich II

3.6.1 Übertritt, Verteilung, Kritik

Mit dem Abschluß des unteren Sekundarbereichs endet nach dem neunten Schuljahr die Schulpflicht. Der hier zu erwerbende Abschluß, die *unvollständige mittlere Bildung* oder Basisbildung, berechtigt sowohl zur Fortsetzung der allgemeinen Bildung im Sekundarbereich II als auch zum Besuch einer berufsbildenden Schule. In den OSS erfolgt der Übergang vom Sekundarbereich I in den Sekundarbereich II wiederum ohne zusätzliche Selektionsverfahren. Der Wechsel auf eine der selektiven Schulformen, Gymnasium, College oder Lyzeum setzt dagegen eine Aufnahmeprüfung oder andere Auswahlverfahren voraus. Allgemeinbildende Colleges und Lyzeen sind Schulen des Sekundarbereichs II, die gezielt auf ein Hochschulstudium vorbereiten. Ihr Anteil an Schulen des Sekundarbereichs II ist jedoch im Vergleich zu den OSS noch geringer als beispielsweise bei den Gymnasien. Im Schuljahr 1997/98 existierten 24 Lyzeen mit insgesamt 14 356 Schülern und zwei allgemeinbildende Colleges mit zusammen 1 626 Schülern.⁵⁹

58 Ministerstva adukacyi Rëspubliki Belarus' (1997,1), S. 26.

59 Ministerstva adukacyi Rëspubliki Belarus' (1997,1), S. 13.

1997 setzten von 140 563 Schülern, die nach dem neunten Schuljahr das Abschlußzeugnis der unvollständigen mittleren Bildung erhalten hatten, 90 975 (63,59%) ihren Bildungsweg im zehnten Schuljahr allgemeinbildender Schulen fort.⁶⁰ Der größte Teil der übrigen wechselte auf eine Beruflich-technische Schule [PTU]. Genaue Zahlen zu dieser Quote liegen nicht vor, daher läßt sich nur anhand der Angaben über Neueintritte in die PTU eine ungefähre Angabe über diese Schülergruppe machen. Das Bildungsministerium beziffert diese Neueintritte für das Schuljahre 1996/97 mit 57 300 Schülern. Zahlen für 1997/98 liegen noch nicht vor. Schätzungen können aufgrund der stark rückläufigen Entwicklung in den vorhergehenden Jahren von 45 000 bis 50 000 Übertritten ausgehen. In diesen Zahlen enthalten ist jedoch jeweils ein bestimmter Anteil an Schülern, die erst nach Abschluß des Sekundarbereichs II in eine PTU überwechseln, so daß ca. 25% für die Übertrittsquote vom Sekundarbereich I in eine PTU angenommen werden kann.

Ein deutlich geringerer Prozentsatz der Schüler tritt direkt nach Beendigung der Schulpflicht, z.T. sogar ohne formalen Abschluß, in eine Erwerbstätigkeit ein. Auch hierzu finden sich in den belarussischen Quellen keine detaillierten Angaben.

3.6.2 *Zweige*

Der obere Sekundarbereich ist charakterisiert durch ein deutlich höheres Maß an äußerer und innerer Differenzierung als der Primar- und untere Sekundarbereich. Neben allgemeinbildenden Schulen unterschiedlichen Typs und Profils sind verschiedene Formen berufsbildender Einrichtungen angesiedelt.

Allgemeinbildende Schulen

Die allgemeinbildenden Schulen, Gymnasien, Lyzeen und Colleges sowie in geringerem Maße der Sekundarbereich II der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS], haben hochschulpropädeutischen Charakter. Insbesondere in den OSS sind jedoch auch berufsorientierende Fächerschwerpunkte möglich. Mit der Einführung der staatlichen Standards wird die Profilbildung über Wahlpflichtfächer auch für die OSS obligatorisch, so daß sich auch hier hochschulpropädeutische Schwerpunkte herausbilden werden. Die selektiven Schulformen bereiten in der Regel durch entsprechende Profilbildungen gezielt auf bestimmte Hochschulstudiengänge vor. Diese Profile sind künstlerisch, mathematisch-naturwissenschaftlich, sprachlich-literarisch und/oder polytechnisch. Häufig wird diese Ausrichtung durch eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen Schule und Hochschule gefördert. Nicht selten bilden Schulen des oberen Sekundarbereichs Verbundeinrichtungen mit Hochschulen. Diese Kooperation kann so weit gehen, daß Hochschullehrer in den oberen Schuljahren an Schulen unterrichten und die Schulabschlußprüfungen direkt für die Aufnahme in die Hochschule qualifizieren, ohne daß zusätzlich das sonst obligatorische Wettbewerbsverfahren durchlaufen werden muß. Quantitativ haben die selektiven Schulen bisher noch keine große Bedeutung gewonnen. Im Schuljahr 1995/96 be-

60 Ministerstva adukacyi Respubliki Belarus' (1997,1), S. 7.

standen neben 4 921 OSS aller drei Stufen mit insgesamt 1 561 000 Schülern 59 Gymnasien, 23 Lyzeen und zwei allgemeinbildende Colleges mit zusammen 81 200 Schülern. Ihre Anzahl wächst jedoch stetig, 1997/98 werden bereits 71 Gymnasien, 24 Lyzeen und zwei allgemeinbildende Colleges in den amtlichen Statistiken geführt.⁶¹

Den Abschluß des Sekundarbereich II nach dem elften Schuljahr bildet die *vollständige allgemeine mittlere Bildung*, die zur Bewerbung um einen Studienplatz beliebiger Fachrichtung an einer Hochschule berechtigt. Die Auswahl der Studienbewerber, deren Zahl jedes Jahr die der tatsächlich vorhandenen staatlich finanzierten Studienplätze übersteigt, erfolgt durch ein Wettbewerbsverfahren an den einzelnen Hochschulen, mittels dessen die in den Aufnahmeprüfungen erfolgreichsten Bewerber nach einer vorher festgelegten Quote einen Studienplatz zugewiesen bekommen. Infolge der strengen Leistungsauslese, gezielter Förderung und der entsprechenden fachlichen Profilierung sind Absolventen selektiver Schulformen im Durchschnitt wesentlich erfolgreicher als Absolventen der OSS. Die bereits im unteren Sekundarbereich auf fakultativer Basis begonnene und in der Oberstufe intensiviertere innere Differenzierung führt zunehmend zu einer frühen Festlegung der Schüler hinsichtlich fachlicher Schwerpunkte, zumal eine solche intensive Profilierung die Chancen zur Bewerbung um einen Studienplatz der entsprechenden Fachrichtung gegenüber Bewerbern mit „Standardkenntnissen“ entscheidend verbessert.

Berufsbildende Schulen

Neben dem Sekundarbereich II allgemeinbildender Schulen können nach Abschluß des Sekundarbereichs I auch zwei berufliche Bildungswege eingeschlagen werden. Die quantitativ nach wie vor bedeutendste Form berufsbildender Einrichtungen sind die Beruflich-technischen Schulen [Professional’no-techničeskoe učilišče, PTU], deren Ausbildungsgänge in der Regel in zwei bis drei Jahren zu einer grundlegenden Berufsqualifikation mit dem Abschluß *qualifizierter Arbeiter* der jeweiligen Fachrichtung führen. Parallel zu dieser beruflichen Qualifikation kann auch der volle Sekundarschulabschluß und damit die Berechtigung zur Bewerbung um einen Hochschulstudienplatz erworben werden. Die Dauer der Ausbildung verlängert sich in diesem Fall um ein Jahr.

Diese Möglichkeit einer *Doppelqualifikation* gibt es daneben auch an Höheren Beruflich-technischen Schulen [Vysšee professional’noe učilišče, VPU] und den Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [Srednee Special’noe Učebnoe Zavedenie, SSUZ], an denen in drei- bis vierjährigen Ausbildungsgängen eine mittlere berufliche Qualifikation auf Technikerniveau erworben werden kann.

Alle berufsbildenden Schulformen können auch nach Abschluß des Sekundarbereichs II allgemeinbildender Schulen besucht werden. In diesem Fall verkürzt sich die Ausbildungszeit um in der Regel ein Jahr. Vergleichbare Regelungen gibt es für den Besuch einer Einrichtung der SSUZ nach dem Abschluß der grundlegenden Berufsbildung.

61 Kalitskij, 1998, S. 24.

Die Schaffung eines mehrstufigen, integrierten Berufsbildungssystems mit vielfältigen Übergangsmöglichkeiten aus dem allgemeinbildenden Bereich und in den Hochschulsektor ist eine wesentliche Intention der Bildungsreformen. Gefördert wird diese Entwicklung auch durch die Entstehung und Unterstützung von Verbundeinrichtungen zwischen Bildungseinrichtungen verschiedener Stufen und Bereiche, z.B. von allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, beruflichen Schulen und Hochschulen usw. sowie durch die Aufrechterhaltung und Förderung eines berufsbegleitenden Abend- und Fernunterrichtswesens für Personen, die ohne vollen Sekundarschulabschluß und/oder berufliche Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis eintreten. Gleichzeitig dienen diese Einrichtungen aber auch der Weiterbildung und Umschulung.

Im Schuljahr 1995/96 gab es 252 PTU mit rund 130 100 Schülern. Von den 59 200 Absolventen mit einer beruflichen Qualifikation wurden etwa 51% durch die Schule bzw. staatliche Beschäftigungsdienste in ein Arbeitsverhältnis vermittelt, ca. 6% setzten ihre Ausbildung an einer SSUZ oder Hochschule fort und mehr als 17% wurden zum Militärdienst eingezogen. Knapp 15% der Absolventen begaben sich selbständig auf die Suche nach einem Arbeitsplatz. Über den Verbleib der übrigen gut 10% gibt die Statistik keine Auskunft.⁶² Im gleichen Zeitraum wurden an 146 staatlichen (darunter 77 Technika, 18 berufsbildende Colleges, 51 berufliche Schulen = Schulen mit dem Status einer Berufsschule, die den Technikerabschluß vergeben können) und drei nichtstaatlichen SSUZ sowie 17 VPU 121 600 Schüler ausgebildet. Für das Schuljahr 1997/98 wird die Zahl der Einrichtungen der SSUZ (ohne VPU) mit 149 staatlichen und 8 nichtstaatlichen Einrichtungen angegeben.⁶³ Die staatlichen Schulen, darunter 74 Technika, 26 Colleges und 49 berufliche Schulen, wurden von 128 604 Schülern besucht, die nichtstaatlichen von 3 871.

3.7 Tertiärbereich

3.7.1 Struktur/Übersicht

Das Hochschulwesen stellt nach Auffassung der belarussischen Bildungspolitik und Bildungsgesetzgebung die höhere berufliche Bildung dar. Für die Zulassung zum Studium ist neben dem Abschluß des oberen Sekundarbereichs, der vollständigen allgemeinen mittleren Bildung, das erfolgreiche Bestehen einer Aufnahmeprüfung an der jeweiligen Hochschule erforderlich, anhand deren Ergebnissen und nach einer vorher festgelegten Quote die erfolgreichsten Studienbewerber auf die staatlich finanzierten und somit unentgeltlichen Studienplätze verteilt werden. Mit der Verabschiedung des Bildungsgesetzes haben die Hochschulen auch die Möglichkeit erhalten, außerhalb dieses Wettbewerbsverfahrens Studienbewerber aufzunehmen, die entweder auf eigene Kosten oder finanziert von dritter Seite, durch Betriebe, Organisationen usw., für die Studiengebühren aufkommen, die je nach Anforderungsniveau und Prestige der jeweiligen Hochschule sehr unterschiedlich hoch sind. 1995 kamen rund 167 Bewerber auf 100 Studienplätze.

62 Kalitskij, 1998, S. 26.

63 Ebenda und Ministerstva adukacyi Respubliki Belarus' (1997,2), S. 4.

Insgesamt lag der Anteil der Studenten pro 10 000 Einwohner des Landes bei 192 und damit so hoch wie nie zuvor. Von 197 400 Studierenden im Studienjahr 1995/96 waren 174 200 an staatlichen Hochschulen immatrikuliert. Die Zahl der Studienanfänger lag an diesen Hochschulen bei 38 500. 31 900 Studenten schlossen ihr Studium ab.

Die nichtstaatlichen Hochschulen wiesen im gleichen Jahr erst 600 Absolventen auf, gewinnen jedoch quantitativ langsam an Bedeutung. Während 1994 noch zehn nichtstaatliche Hochschulen 33 staatlichen gegenüberstanden, betrug das Verhältnis zu Beginn des Studienjahres 1995/96 bereits 20:39.

Unter den 39 staatlichen Hochschulen waren 15 Universitäten [Universität], acht Akademien [Akademija], 13 Institute [Institut] und zwei höhere Colleges [Vysšee kolledž] sowie eine nicht näher kategorisierte Hochschule. Im Bereich der nichtstaatlichen Hochschulen weisen die Zahlen für 1994 drei Universitäten, eine Akademie und sechs Institute nach. Die fachlichen Profile dieser Hochschulen liegen überwiegend auf den Gebieten Wirtschaft, Verwaltungswesen/Management und Jura.

Den unterschiedlichen Typen von Hochschulen entspricht ein mehrstufiges System der Studiengänge und Abschlüsse, so daß von einer horizontalen Strukturierung gesprochen werden kann, die im Grundsatz bereits im sowjetischen System angelegt war.

Die *höheren Colleges* bieten ausschließlich Kurzzeitstudiengänge, die in vier Jahren zum Bakkalaureat-Examen führen und sich durch eine berufspraktische Orientierung auszeichnen, ohne eine im strengen Sinne wissenschaftliche Ausbildung anzustreben. Ihr fachliches Profil ist gewöhnlich relativ eng gefaßt und konzentriert sich auf eine, ggfs. einige wenige verwandte Disziplinen, z.B. Industripädagogische Colleges zur Ausbildung von Berufsschullehrern, Colleges für Wirtschaft und Handel usw. Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden und berufsbildenden Colleges werden die höheren Colleges in den Statistiken des Bildungsministeriums als Einrichtungen des Hochschulsektors geführt. Auch an Colleges des postsekundären Bereichs werden zum Teil Ausbildungsgänge mit Bakkalaureusabschluß angeboten. Eine Charakterisierung, die allen Einrichtungen mit der Bezeichnung *College* gerecht wird, ist somit schwierig.

Die *Institute* sind ebenfalls fachlich spezialisierte Hochschulen, ihre in der Regel fünfjährigen Studiengänge führen über den Bakkalaureus hinaus bis zum Diplomabschluß.

3.7.2 *Universitärer Tertiärbereich*

Während in der Sowjetunion das Diplom [specialist] der reguläre volle Hochschulabschluß für fast alle Fachrichtungen war, wurde im Zuge der Bildungsreformen in Belarus, ebenso wie in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, der Magisterabschluß eingeführt. Er gilt jetzt als Voraussetzung für ein Promotionsstudium [Aspirantur]. Studiengänge mit Magisterabschluß sind Akademien und Universitäten vorbehalten und dauern fünf bis sechs Jahre. Durch die Statusaufwertung ehemaliger Institute sind mehr und mehr fachlich spezialisierte Universitäten entstanden, z.B. pädagogische und linguistische, so daß heute von einem breiten fachlichen Profil dieser Einrichtungen im Sinne ei-

ner klassischen Universität nur bedingt gesprochen werden kann. Wesentliches Charakteristikum bleibt jedoch ihr Promotions- und Habilitationsrecht. Nach wie vor sind Universitäten und Akademien in erster Linie Lehrinstitutionen und weniger Forschungseinrichtungen. Die Trennung von Forschung und Lehre nach sowjetischem Vorbild wurde weitgehend beibehalten. Die oben genannten Akademien dürfen daher nicht mit den *Akademien der Wissenschaft* als klassischen Forschungseinrichtungen verwechselt werden.

Die Institutionen des Hochschulsektors bieten sowohl Vollzeitstudien als auch Abend- und Fernstudiengänge an. Die Vollzeitstudenten stellen mit knapp 63% das größte Kontingent. Ihr Anteil stieg seit 1985 um 5,2%. Demgegenüber nahm der Anteil der Abendstudenten im gleichen Zeitraum um 68% ab und lag 1994 bei 2,9%. Der Anteil der Fernstudenten betrug 1994 34,4%. Gegenüber von 1985 ist das einen Zuwachs von fast 26%.

Auch Fächerangebot und Profile der staatlichen Hochschulen weisen gegenüber der sowjetischen Zeit deutliche Veränderungen auf. Das ehemals große Übergewicht ingenieurwissenschaftlicher, technischer und naturwissenschaftlicher Studiengänge ist rückläufig zugunsten geistes- und sozialwissenschaftlicher sowie insbesondere ökonomischer Fächer, bedingt durch die wirtschaftlichen Transformationsprozesse und Ansätze marktwirtschaftlicher Orientierung in einzelnen Produktions- und Dienstleistungsbereichen.

Weitgehend beibehalten wurde dagegen die inhaltliche Gesamtstruktur der Studienpläne, die vor allem in den unteren Studienjahren einen breiten Anteil allgemeinbildender Fächer und Kurse enthalten, die für alle Studenten, unabhängig von Hochschule und Studiengang obligatorisch sind. Darüber hinaus steht eine hohe Stundenzahl für allgemein-fachliche Inhalte zur Verfügung, die zwar je nach Studienfach andere Inhalte haben, aber gleichfalls obligatorisch sind. Eine dritte Komponente wird schließlich von den fachspezifischen Lehrveranstaltungen gebildet.

Ein fünfjähriges Studium der Biologie, mit dessen Abschluß die Lehrberechtigung an Sekundarschulen erworben wird, umfaßt beispielsweise 1 030 h geistes- und sozialwissenschaftliche sowie ökonomische Pflichtkurse, u.a. in Geschichte, Weißrusslandkunde [Belarusaznaŭstva], belarussischer Sprache, Fremdsprache, Ethik, Wirtschaftstheorie und Sport. Hinzu kommen 844 h allgemeinwissenschaftlicher und allgemeinberuflicher Kurse wie Pädagogik, Psychologie, schulische Hygiene, höhere Mathematik, Geologie und Grundlagen der Paläontologie, aber auch Schutzmaßnahmen bei atomarer Strahlung und Sprechkultur/Rhetorik. Zu den fachlichen Grundlagen der Disziplin im Umfang von 2 076 h zählen organische und anorganische Chemie, Methodik angewandter Chemie, Chemietechnologie u.v.a. Neben obligatorischen Kursen können Wahlkurse im Umfang von etwa 230 h belegt werden, z.B. chemisches Experimentieren in der Schule, Humangenetik und/oder aktuelle Probleme der Biorhythmik. Ferner sind Praktika im Umfang von insgesamt 27 Wochen vorgeschrieben, die sich wiederum in einen fachlichen und einen unterrichtspraktischen Teil gliedern.

Das sowjetische Modell der Lehrerausbildung war charakterisiert durch eine einphasige Ausbildung in einem Unterrichtsfach. Im Rahmen der Reform der Lehrerausbildung se-

hen die neuen Studienpläne auch das Studium eines zusätzlichen Faches ergänzend zum Hauptfach vor. Für Chemielehrer ist dies in der Regel das Zusatzfach Biologie mit 1 448 h. Nach wie vor handelt es sich jedoch um eine einphasige Ausbildung. Der Übergang in den Beruf kann unmittelbar nach dem ersten Hochschulabschluß erfolgen.⁶⁴

3.8 Weiterbildung

In der Bildungspolitik wird nach wie vor das schon in der Sowjetunion angestrebte Ziel einer kontinuierlichen, lebenslangen Bildung verfolgt. Weiterbildungsmöglichkeiten existieren dementsprechend in unterschiedlichsten Formen mit einer Maßnahmendauer von wenigen Stunden bis zu mehreren Monaten, in Voll- und Teilzeit. Prinzipiell besteht auf jeder Stufe des Bildungswesens und in Institutionen jeglichen Typs die Möglichkeit, an speziellen Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen oder sich im Rahmen eines regulären Ausbildungsangebots einer höheren Stufe des Bildungswesens, aufbauend auf einer vorhandenen Qualifikation, fortzubilden. Jedes Jahr werden z.B. mehr als 2 000 Personen an beruflichen Schulen weitergebildet, teils im Rahmen staatlich geförderter Maßnahmen, aber auch auf der Grundlage direkter Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Betrieben und den betreffenden Schulen, und damit auf Kosten des Auftraggebers.

Seit der Verabschiedung des „Kooperationsaktes zwischen Arbeitsministerium und Ministerium für Bildung und Wissenschaft zur Verbesserung von Berufsbildung, Fortbildung und Umschulung von Arbeitslosen“ vom 15.1.1995 wurden 89 Bildungseinrichtungen, davon 83 berufliche Schulen in verschiedenen Regionen des Landes, als institutionelle Basis für Fortbildung und Umschulung von Arbeitslosen ausgebaut. Im Schuljahr 1995/96 nahmen auf Grundlage dieser Vereinbarung und auf Vermittlung der staatlichen Beschäftigungsdienste 559 Personen an derartigen Maßnahmen teil. 1997 belief sich ihre Zahl allein in den Monaten Januar bis Juni bereits auf 2 662 Personen.

Eine spezialisierte Institution zur Weiterbildung im postgradualen Bereich ist die *Akademie für Management*, die dem Staatspräsidenten untersteht.

3.9 Reformen

Nach intensiven Reformen in den ersten Jahren der staatlichen Unabhängigkeit läßt sich im Bildungswesen gegenwärtig eher eine Phase gedämpften Reformeifers konstatieren. Die frühzeitig beschlossene Rahmengesetzgebung forderte und förderte eine deutliche Abkehr von den zuvor herrschenden einheitlichen sowjetischen Grundsätzen. Oft unterbleibt jedoch eine Umsetzung der Reformen. Eine Ursache dafür liegt darin, daß u.a. Ausführungsgesetze für die Teilbereiche des Bildungswesens ebenso fehlen wie inhaltliche Konkretisierungen der Reformen, z.B. die staatlichen Standards für allgemeine und berufliche Bildung u.v.a. Die Nutzung bereits bestehender Freiräume und Autonomie-rechte durch einzelne Institutionen, z.B. bei der Gestaltung der schulischen Komponente des Unterrichts ist angesichts der allgemeinen finanziellen und ökonomischen Krise und

64 Vgl. dazu Kapitel 6, S. 96 ff.

der schlechten Bezahlung des Lehrpersonals, ungenügender Ausstattung der Schulen mit modernen Unterrichtsmaterialien usw. mit großen Schwierigkeiten verbunden. Zahlreiche Lehrer können aufgrund eigener finanzieller Probleme und/oder der Ausübung verschiedener beruflicher Tätigkeiten kaum das Engagement aufbringen, das für eine eigenständige und kreative Nutzung solcher Freiräume notwendig wäre.

In neueren Veröffentlichungen zur Bildungsreform wird auch wieder häufiger auf die Verdienste der sowjetischen Schule verwiesen, ohne daß diese im einzelnen genannt werden, und auf deren Erhalt gedrängt. Gleichzeitig läßt sich eine ebenfalls zunehmende Orientierung an russischen Bildungsreformen feststellen. So soll beispielsweise hinsichtlich der Standards und Rahmenstundentafeln diese Orientierung auf eine Vergleichbarkeit der Bildungswege und Abschlüsse hinauslaufen, die letztendlich einen gemeinsamen Bildungsraum und damit eine ungehinderte Mobilität der Schüler und Studierenden zwischen der *Russischen Föderation* und *Belarus* bzw. im gesamten GUS-Bereich ermöglicht. Diese deutliche Rückbesinnung auf gemeinsame Bildungswerte kann einerseits sicherlich als ein Element der von Präsident Lukaschenka beabsichtigten gesamtpolitischen Annäherung an Russland und Rückwende zu sowjetischen Idealen interpretiert werden. Andererseits sind diese Ausbildungs- bzw. Studienmöglichkeiten angesichts der geringen Größe des Landes nur zu begrüßen.

Noch immer gibt es Reformansätze im Bildungswesen, die auf eine Überwindung alter Strukturen und damit verbundener Probleme zielen. In der beruflichen Bildung gehört dazu die geplante Kooperation mit der ETF zur Gründung regionaler branchenübergreifender Ausbildungszentren, durch die sowohl das zentralistisch organisierte institutionelle Netz als auch die enge fachliche Spezialisierung der Ausbildungsgänge reformiert werden sollen, die beide als Erbe des sowjetischen Berufsbildungssystems übernommen wurden. Ausbildungsangebote sollen sich mehr am regionalen Bedarf in den jeweiligen Gebieten und der dort vorherrschenden industriellen Struktur orientieren und eine zu frühe enge Spezialisierung in kleinen Fachgebieten zugunsten der Vermittlung berufsübergreifender Schlüsselqualifikationen vermeiden. Angesichts der zunehmenden politischen Isolation von Belarus, hervorgerufen durch die Politik des Präsidenten und das Einfrieren fast aller Gelder und Kooperationsmaßnahmen seitens der EU dürfte jedoch die Realisierung dieses Reformansatzes in Frage gestellt werden. Einen weiteren Schritt auf diesem Weg stellt die Reduzierung der Ausbildungsberufe von 154 auf 116 dar.⁶⁵

65 Škljar, A.Ch. u.a, 1996, S. 50 - 65, hier S. 59 - 63.

4 Berufliches Bildungswesen

4.1 Übertritt, Verteilung, Kritik/Bedeutung und Bereiche der Berufsbildung

4.1.1 *Historische Entwicklung, Schwerpunkte, Bedeutung und Bereiche*

Beim Versuch, einen historischen Rahmen für die Entwicklung des weißrussischen Berufsbildungssystems zu identifizieren, kommt man nicht umhin, den Blick auf die Russische Föderation zu richten, mit der Weißrussland lange Zeit vereint war. Die Unterschiede in den Systemen waren nur marginal und resultierten in der Regel aus den unterschiedlichen natürlichen Voraussetzungen der beiden Gebiete. Als noch wenig entwickelter Staat profitierte Weißrussland zu Beginn des 18. Jahrhunderts in der Berufsbildung von der Entwicklung Russlands zum Weltmarkt-Produzenten. In Moskau existierte zu dieser Zeit (1701) bereits eine Schule für Mathematik- und Schiffahrtswissenschaften. Ende des 18. Jahrhunderts wurden die meisten Berufsbildungseinrichtungen den allgemeinbildenden Schulen angeschlossen und verloren ihren beruflichen Charakter.

Durch die wachsende Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand ein großer Bedarf an ausgebildeten Facharbeitern. Die schnell anwachsenden beruflichen Schulen wurden 1881 teilweise dem Ministerium für Volksbildung unterstellt. 1888 wurden neue Regelungen, im „Schema der Berufsausbildung in Russland“, über industrielle Lehranstalten, bestehend aus unteren, mittleren und gewerblichen Schulen, erlassen. In Russland entwickelte sich die berufliche Bildung viel schneller als im benachbarten Weißrussland. 1910 gab es auf dem gesamten Territorium Weißrusslands nur 25 berufliche Lehranstalten. Insgesamt erlernten dort 3 535 Jugendliche einen Beruf.⁶⁶ Im Vergleich dazu gab es in Russland an 3 036 beruflichen Lehranstalten 213 860 Schüler.

Zu dieser Zeit war das Territorium Weißrusslands noch weitestgehend agrarisch geprägt. Der Ausbildung im Agrarbereich mußte daher ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Noch bis in die achtziger Jahre dieses Jahrhunderts lebte ca. ein Drittel der Bevölkerung direkt oder indirekt von der Landwirtschaft. So waren die ersten Bildungseinrichtungen auf weißrussischem Boden auch in der Regel Schulen mit vorwiegend agrarwirtschaftlicher Prägung. 1840 wurde die erste landwirtschaftliche Lehranstalt, die Gory-Gorodskaja Schule für Bodenbearbeitung [Gory-Gorackaja zemljaroščaja škola], gegründet. Diese vermittelte in drei Jahren Kenntnisse für einfachere landwirtschaftliche Tätigkeiten, in weiteren drei Jahren bildete sie Spezialisten in den wichtigsten landwirtschaftlichen Disziplinen – Bodenbearbeitung, Tierzucht, Gartenbau und Waldbau – aus. Neben der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Bildungseinrichtung in Gory-Gorodskaja – z.B. Gründung eines neuen Fachbereichs Katasterwesen mit den Spezialisierungen Kataster, Technischer Zeichner und Walderfassung – wurden in der Folgezeit weitere sehr unterschiedliche landwirtschaftliche Lehranstalten gegründet:

⁶⁶ Vesselov, 1961, S. 17.

- Eine Realschule, die Spezialisten für den Bau, die Reparatur und die Pflege landwirtschaftlicher Maschinen und Traktoren vorbereitete;
- Spezialschulen, z.B. nur für Frauen (Milchverarbeitung) oder Gartenbau;
- Eine Gartenschule mit großem Paxisbereich für Kinder von Bauern;
- Kurse an allgemeinbildenden Lehranstalten für praktische Landwirte oder Lehrer.

Die Schulen waren grundsätzlich für alle Kinder zugänglich, sofern sie Lesen, Schreiben und einfache Mathematik beherrschten, d.h. auch für Kinder, deren Eltern keine Bauern waren. Die Schulen waren schon teilweise als Internat angelegt.⁶⁷

Während des Ersten Weltkrieges reduzierte sich die Zahl der beruflichen Schulen um die Hälfte. In den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution wurden sie ganz aufgelöst. Eine einseitige Berufsausbildung wurde hinsichtlich des Menschwerdens als völlig unvollkommen angesehen. Prägend für die weitere Entwicklung des Berufsbildungssystems waren die Schriften von Marx und Engels und deren Interpretation, insbesondere die von Lenin und Stalin. Mit der Verordnung über die Einheitsschule vom 16.10.1918 wurde der Forderung nach einer Schule, die allgemeine, polytechnische Bildung verwirklicht und den Unterricht mit der gesellschaftlichen Arbeit vereinigt, Rechnung getragen und die Voraussetzung für ein neues Berufsausbildungssystem geschaffen. Allerdings erwies sich die Umsetzung als enorm schwierig, nicht nur, weil man die Defizite in der Ausbildung der pädagogischen Kader an den beruflichen Lehranstalten als katastrophal erkannte. Stalins System der Arbeitskräftereserven, eine Art Zwangsrekrutierung von Industrie- arbeitskräften, war nur eine Antwort auf diese Mißstände und schadet aufgrund der damals durchgeführten Gewaltmaßnahmen noch bis heute dem Ansehen der beruflichen Bildung, das ohnehin nicht sonderlich hoch ist.⁶⁸

Ende der dreißiger, Anfang der vierziger Jahre entstanden in Weißrussland neue berufliche Lehranstalten. Für die Ausbildung der Metallarbeiter, Chemiker, Arbeiter der Erdölindustrie, Bergarbeiter und andere schwierige Berufe begannen zweijährige *Real-Berufsschulen* [Remeslennye učilišča, RU] ihre Arbeit aufzunehmen. Ebenfalls zwei Jahre dauerte die Ausbildung der Eisenbahner in speziellen Berufsschulen. Fabrikarbeiter wurden in nur sechs Monaten in Fabrik- und Werkschulen angelehrt. 1940 waren 15 Real-Berufsschulen, sechs Berufsschulen für Eisenbahner und 40 Fabrik- und Werkschulen in Betrieb. Zwei Drittel der Qualifizierung fand in Form von Unterricht in der Produktion statt. Die Qualität der Ausbildung litt oft an den unrealistischen und starren Forderungen in den Fünfjahresplänen nach einer bestimmten – meist zu hoch angesetzten Zahl – an ausgebildeten Fachkräften.⁶⁹

1947 bis 1949 griff ein Reformprogramm die Kernfrage nach der Abstimmung des Berufsbildungsprozesses in den Schulen und Betrieben auf. Für die Fabrik- und Werkschulen bedeutete dies eine Anpassung der Arbeitsnormen an den Ausbildungsstand der

67 Novik N.Ja.: Sel'skagaspadarčaja adukacyja darėvaljucyjnaj Belarusi, 1997, S. 96 ff.

68 Can V. In: Berufsbildung, Berlin. 24(1970)3, S. 121.

69 Masterstvo, naučno-praktičeskij žurnal professional'nogo obrazovania (1997)1/2 S. 11.

Schüler. Außerdem änderten sich in den Folgejahren die Profile der beruflichen Schulen. Es entstand eine Vielzahl von beruflichen Schulen mit landwirtschaftlichem Profil.⁷⁰

Nach der Ära Stalin und mit dem Amtsantritt von N. S. Chruščev, also mit Beginn der Tauwetterperiode, bekamen tiefgreifende Reformansätze in der beruflichen Bildung wieder eine Chance. Alte Pläne zur Verwirklichung einer lebensnahen Ausbildung wurden reaktiviert. Sie fanden im *Gesetz zu Bildungsfragen* (1958) ihren Ausdruck. Es entstanden erste Berufstechnische Schulen mit landwirtschaftlichem und Bergbauprofil. 1959 ging das System der Arbeitskräftereserven in den neu gegründeten Berufstechnischen Schulen auf. Alle Einrichtungen der Berufsbildung wurden dem Bildungsministerium unterstellt, die Ausbildung der Fachkräfte ab diesem Zeitpunkt zentral verwaltet.⁷¹

Im *Bildungsgesetz der UdSSR* (1973) wurde die Rolle der Berufsbildung aufgewertet. Besonders die stärkere Beteiligung der Betriebe, vor allem in Form von materieller Unterstützung der Berufsschulen, wurde festgeschrieben. Die Verbindungen zwischen Betrieben und Schulen waren auch Thema der Allunionskonferenz der UdSSR im Juni 1979, auf der folgende drei Schwerpunkte diskutiert wurden.⁷²

- Vervollkommen der Lehr- u. Erziehungsprozesse an den Berufsausbildungsstätten;
- Organisation und Leitung der beruflichen Bildung;
- Verstärkung der Rolle der Basisbetriebe und der Öffentlichkeit bei der Ausbildung von hochqualifizierten Facharbeitern.

Ausgangspunkt der Forderung von mehr Praxisnähe waren unter anderem auch die Ausführungen Lenins zur Gestaltung der Ausbildung:

„Die Praxis ist höher als die theoretische Erkenntnis, denn sie hat nicht nur die Würde des Allgemeinen, sondern auch der unmittelbaren Wirklichkeit.“⁷³

Grundsätzlich war in den Jahren der Existenz der Sowjetunion das System der Facharbeiteraus- und Weiterbildung in Belarus nach dem Prinzip der Planwirtschaft, das heißt mit einem hohen Maß der Leitungszentralisierung im Interesse des Staates, organisiert. Dies sollte sich nach der Erklärung der Unabhängigkeit im Jahre 1991 ändern. Als Folge der überraschend erlangten Freiheiten, schloß sich auch der Bildungsbereich dem allgemeinen Bestreben nach einer Reform von Staat und Gesellschaft an. Anfang bis Mitte der Neunziger Jahre entstanden unzählige Reformpläne, die alle Bereiche der Bildung, auch die Berufsbildung, mit einschlossen. Nur wenige dieser Reformpläne wurden tatsächlich umgesetzt, weil die politische Führung an einer zu raschen Transformation mit Rücksichtnahme auf ihre Bürger nicht interessiert war. Soziale Härten erhoffte man, durch eine Verlangsamung des Umgestaltungsprozesses vermeiden zu können. Dennoch setzten sich einige Reformpläne, wie das Modell der *kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung*, durch.

70 Masterstvo, naučno-praktičeskij žurnal professional'nogo obrazovanja, (1998)1, S. 10 f.

71 Masterstvo, naučno-praktičeskij žurnal professional'nogo obrazovanja, (1998)2, S. 8 f.

72 Heintze, K.: In: Berufsbildung, Berlin. 33(1979)11.

73 Skorodumov, N.M.: Leninsche Erkenntnistheorie und einige Fragen des Unterrichts. In: Berufsbildung, Berlin. 24(1970)12, S. 570.

4.1.2 Struktur und Lehrplangestaltung

Struktur

Im Artikel 5 des Bildungsgesetzes (29.10.1991) wird allen Einwohnern von Belarus das Recht auf gleichen Zugang zum Bildungssystem garantiert. Dieses Recht wird unter anderem durch den Erhalt einer allgemeinen und beruflichen Bildung unter Berücksichtigung nationaler Traditionen und individueller Bedürfnisse und Fähigkeiten gesichert.

Das Berufsbildungssystem ist heute ein immer noch stark von dem Bildungssystem der Sowjetunion geprägtes Gefüge. Mit Abstrichen ist es stark zentralistisch verwaltet, uniformiert und determiniert. Dies schließt auch die Ausarbeitung von neuen Curricula und die Herausgabe von Lehrbüchern mit ein. Die vom *Republik-Institut für Berufsbildung* [Respublikan'skij institut professional'nogo obrazovanija, RIPO] ausgearbeiteten Konzepte zur Rettung der positiven Eigenschaften des alten Systems, aber vor allem zur Neugestaltung hinsichtlich der negativen Elemente, wurden nur sehr selten in Gesetzestexte umgewandelt und fanden somit keine breite Umsetzung.

Trotz angekündigter Reformen ist die Struktur des beruflichen Bildungswesens weitgehend stabil geblieben. Das bedeutet, daß der Schwerpunkt der Ausbildung von Arbeitern, Facharbeitern und Führungskräften auf den drei Säulen: Technische Berufsausbildung, Mittlere Fachausbildung und Hochschulausbildung ruht, die in dem Bildungsgesetz von 1991 in den Artikeln 18, 19 und 20 behandelt werden. Die *Technische Berufsausbildung* dient der Rekrutierung des Arbeiterpersonals, die *Mittlere Fachausbildung* der Ausbildung von Spezialisten (Organisation und Leitung der Anfangsstufen der Produktion; Assistenz von Spezialisten mit höherer Qualifikation) und die *Hochschulbildung* der Ausbildung der „echten“ Spezialisten. Zwei Tendenzen der Anpassung an innovative Veränderungen in der Gesellschaft zeichnen sich dennoch ab: das Vorhandensein neuer Schulformen (z.B. Gymnasien, Lyzeen, Colleges) und die zunehmende Durchlässigkeit des Systems nach dem Prinzip der kontinuierlichen Bildung. Rückläufig entwickelt sich die noch vor wenigen Jahren stark propagierte Ausbildung am Arbeitsplatz, da die Basisbetriebe in größten ökonomischen Schwierigkeiten stecken und eine geregelte Ausbildung des Arbeiternachwuchses nicht garantiert werden kann.

Schwach entwickelt ist das Berufsbildungssystem für Behinderte, nur an 80 PTU und SSUZ findet Berufsausbildung für sie statt. Zur Systementwicklung wurde deshalb am RIPO eine Abteilung mit dem Schwerpunkt Ausbildung Behinderter eingerichtet.

Als ein strukturbeschreibendes Merkmal der beruflichen Bildung kann die weiter gültige Einteilung in Qualifikations- und Bildungsstufen⁷⁴ dienen, die 1997 als *Gesamtstaatliche Systematik der Berufe der Arbeiter und Angestellten* neu erstellt wurde. Zusammen mit dem *Einheitlichen Tarifsystem* dient sie als Grundlage für ein große Teile der Volkswirtschaft erfassendes Tarifsystem, das für die Anwender zunächst nur empfehlenden Cha-

74 Als Ergänzung zu diesem Thema siehe Kapitel 1.6, S. 29.

rakter besitzt, letztlich aber doch als Maßstab für die Einstufung von Arbeitsleistungen dient. Die berufliche Bildung richtet sich über weite Strecken nach dieser Systematik.

Tab. 15: *Bildungsstufen und Qualifikationsniveau*⁷⁵

Bildungsstufe	Berufsbildungsstufen	Allgemeine Bildungsstufe	Qualifikationsniveau
Grundbildung	-	1	-
Basisbildung	-	2	-
Mittlere Bildung	-	3	1
Lyzeum-Bildung	-	4	1
Berufsgrundbildung	1	2	2
Berufsgrundbildung mit höherer Qualifikation	1	3	3
Mittlere Berufsbildung	2	3	4
Mittlere Berufsbildung am College	2	4	5
Berufliche Hochschulbildung	3	5	6
Bakkalaureat	3	6	7
Spezial-Hochschulbildung	3	6	8
Magistratur	3	7	8
Aspirantur	4	8	9
Doktorantur	4	9	10

Den Bildungsstufen ist eine Qualifizierungsstruktur zugeordnet, die genau festlegt, wie eine zu verrichtende Arbeit bei einem bestimmten Qualifikationsniveau auszusehen hat. Die Kriterien für die Struktur sind: 1. Charakter der Arbeit, 2. Arbeitsanforderung, 3. Grad der Selbständigkeit, 4. Art der Arbeit, 5. Kreativer Charakter der Arbeit, 6. Verantwortung, 7. Charakter der Führung, 8. Verteilung der Ressourcen.

Aufbau der Lehrpläne

Die Grundkoordination der Ausarbeitung und Dokumentation von Lehrprogrammen für die Berufsausbildung leistet das RIPO. Die Lehrpläne der PTU und SSUZ setzen sich aus drei Komponenten zusammen:

- allgemeinbildende;
- allgemeine berufsbildende;
- spezielle.

Alle drei Komponenten werden so offen gestaltet, daß daneben jeweils noch Raum für regionale, schulbezogene und fachbezogene Anpassung bleibt. Außerdem können die Lernenden den tatsächlichen Ablauf noch über die Auswahl von Wahlpflicht- und Wahlfächern beeinflussen. Ein Standard-Lehrplan wird nach dem Verzeichnis der Berufe für einen Beruf oder eine Gruppe von Berufen im RIPO in Abstimmung mit dem Bildungsministerium und dem zuständigen Branchenministerium entwickelt. Der daraus abgeleitete Arbeitsplan berücksichtigt zusätzlich die regionalen Gegebenheiten am Lernort. Der

⁷⁵ Škljar A. Ch., 1997, S. 87.

Ausbildungsplan für den jeweiligen Beruf wird von den Lehrern und Meistern in der Produktion entwickelt.⁷⁶

Tab. 16: Modell eines Lehrplans für berufsbildende Schulen⁷⁷

	1. allgemeinbil- dend	2. allgemein be- rufsbildend	3. speziell (incl. Praxis)	4. Wahl- fächer	5. Leistungs- kontrollen
PTU auf der Basis der Grund- bildung mit Erhalt des mittleren Bildungs- abschlusses, 3 Jahre (1)	44	9-15	4-8	2	2,5
PTU auf der Basis der Grund- bildung mit Erhalt des mittleren Bildungs- abschlusses, 4 Jahre (2)	38	7-11	6-7	2	3-4
PTU auf der Basis der Grund- bildung ohne Erhalt des mittleren Bildungs- abschlusses (3)	22	15-17	10-11	2,5	4-5
PTU auf der Basis des mittlere- n Bildungsabschlusses (4)	14	15	12	2,5	4-5
SSUZ auf der Basis der Grundbildung (5)	44-46	20-25	14-25	-	6-7
SSUZ auf der Basis des mitt- leren Bildungsabschlusses (6)	18-22	29-31	24-31	-	5-7

Eine Sonderstellung nehmen die abgestimmten Lehrpläne der *Vereinigungen von Bildungseinrichtungen und Lehr-Produktionsanstalten* [učebnye zavedenii i učebno-proizvodstvennye ob-edinenii] ein. Dies können Regionale Zentren der Berufsausbildung und Vereinigungen von z.B. Höhere Berufsschule - Höheres College, UPK - PTU, PTU - VUZ, PTU - SSUZ, SSUZ - VUZ, PTU - SSUZ - VUZ⁷⁸ oder UPK - PTU - SSUZ sein.

Neben den sechs Abschlüssen gibt es noch spezielle Lehrplan-Modelle für geistig- oder körperlich Behinderte und für diejenigen, die ohne Pflichtschulabschluß sind.

4.1.3 Dominante Formen und Stellenwert der Berufsausbildung

Die Berufsausbildung wird von den beiden Schulformen *Beruflich-technische Schule* [PTU] und *Einrichtungen der Mittleren Fachausbildung* [SSUZ] dominiert. Während die Zahl der Jugendlichen insgesamt im Alter zwischen 15 und 19 Jahren im Jahr 1997 bei 760 800 lag, waren 125 600 Schüler an den PTU und 128 600 Schüler an den SSUZ eingeschrieben. Nur wenige Schüler sind in diesem Bildungsabschnitt jünger als 15 Jahre oder älter als 19 Jahre. Bevorzugter Bildungsweg ist nach wie vor der „Königsweg“: elf

76 Masterstvo, naučno-praktičeskij žurnal professional'nogo obrazovania (1997)1/2, S. 7 f.

77 Kalitskij, 1998, S. 31.

78 Vgl. dazu: Beispiel, S. 85 ff.

Jahre *Allgemeinbildende Mittelschule*⁷⁹ [OSS] und anschließend ein fünfjähriges Studium an einer der Hochschuleinrichtungen.

Wie im Nachbarland Russland hat die PTU ein äußerst schlechtes Ansehen, was auch durch die umgangssprachliche Bezeichnung *Chabsa*⁸⁰ zum Ausdruck gebracht wird. Die Gründe für diesen miserablen Ruf sind zunächst in Fehlern der Vergangenheit zu suchen. Die rasche Rekrutierung von Arbeitskräften, vor allem Industriearbeitern, in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg hatte die Beteiligung jedes Staatsbürgers an der Arbeiterbildung zur Folge, wobei sich die weniger qualifizierten Kräfte im Berufsbildungssystem wiederfanden. „Wer sonst nichts konnte, ging in die PTU“, so ist es noch heute oft in Belarus zu vernehmen. Darüber hinaus trugen auch zunächst positive soziale Komponenten zum schlechten Ansehen bei. Weil die meisten PTU-Einrichtungen einen Internatsbetrieb mit einschlossen, brachte der Staat dort auch die Benachteiligten unter, die sonst wenig Chancen gehabt hätten, sich in der Gesellschaft zu behaupten, u.a.: Waisenkinder, Kinder aus schwierigen familiären Verhältnissen und Behinderte. Die Versorgung mit speziellen Schulen für Behinderte war und ist äußerst schlecht. Eine Assoziation dieser gesellschaftlichen Gruppe mit den Bildungsinhalten der PTU war bei der Restbevölkerung nicht selten die Folge. Eine geringe Erhöhung der Akzeptanz der Berufsbildung wurde in den letzten Jahren mit der Gründung von höheren beruflichen Schulen und durch die hohe Anzahl von Modellen der permanenten Bildung erreicht.⁸¹

4.2 Berufliche Bildung an der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS]

Traditionell wird dem praktischen Unterricht – wegen des Anspruchs Arbeiten und Lernen sinnvoll miteinander zu verknüpfen – große Aufmerksamkeit geschenkt. Neben dem Werkunterricht im zweiten. bis neunten Schuljahr (2 - 4 WS) haben die Schüler im zehnten und elften Schuljahr die Möglichkeit, neben dem Schulbetrieb einen einfachen Beruf in den Branchen Transport und Kommunikation, Industrie, Landwirtschaft, Kommunale Dienst und Gaststätten- und Kantinengewerbe zu erlernen. Berufliche Grundkenntnisse der Ökonomie und der *Herstellung von weißrussischen Kunstgegenständen* werden in der Regel an alle Schüler vermittelt.

Die praktische Ausbildung der Schuljahre 8 bis 11 findet vorzugsweise in *Lehrproduktionskombinaten* [Učebno-proizvodstvenny kombinat, UPK] die teilweise auch *Interschulische Produktionskombinate* [Mežškol'nyj učebno-proizvodstvenny kombinat, MUPK] genannt werden, statt. Diese Einrichtungen nehmen die Schüler der umliegenden Allgemeinbildenden Mittelschulen [OSS] (ca. 30) für einen Tag zum praktischen Unterricht auf. Im achten und neunten Schuljahr sind das *Berufsschnupperkurse*, während im zehnten und elften Schuljahr eine berufliche Ausbildung durchlaufen wird, die auch in Form

79 Zum hier verwendeten Begriff *Mittelschule* vgl. S. 7.

80 Unübersetzbares Wort im Russischen, welches soviel wie „Lehranstalt für die Dummen“ bedeutet.

81 Kalickij É.M.: Professija, professiologija i professional'noe obrazovanie: metodologičeskie aspekty, 1996, S. 28.

eines Zeugnisses bescheinigt wird. Auf eigenen Wunsch können die Schüler nach der OSS mit diesem Abschluß auf den Arbeitsmarkt übergehen.⁸² Ungefähr 2 000 Schüler absolvieren jedes Jahr dieses Praktikum in den Produktionswerkstätten einer PTU.⁸³

Beispiel: Lehrproduktionskombinat [UPK] II in Grodno

Mit den OSS in Grodno arbeiten zwei UPK zusammen. Das 1978 gegründete UKP II konnte 1996/97 für 3 930 Schüler einen Praxisplatz anbieten. Das Lehrpersonal bestand zu dieser Zeit aus 40 Frauen und 24 Männern, von denen 34 Personen (53%) einen Hochschulabschluß besaßen. Die Zahl der angebotenen Fertigungsprofile, man kann in den meisten Fällen nicht von Berufen sprechen, stieg in den letzten Jahren ständig und zwar von zehn im Jahre 1978 auf 22 im Jahr 1997. Im einzelnen waren dies:

Fahrer (Führerschein für Pkw und Lkw bis 7,5t Nutzlast), Autoschlosser, Dreher, Tischler, Ober (Kulinar), Verkäufer, Kunstarbeiten mit Stroh, Künstlerisches Bemalen von Holz, Arbeiten mit Reisigholz, Zuschneider von Schuhoberteilen, Monteur von Schuhoberteilen, Monteur von Schuhen, Näherin, Häkeln mit Maschine (z.B. Wandbehänge), Computerfachmann, Krankenschwester (Gehilfin), Organisator von Arbeiten mit Kindern, Sekretärin, Kleinunternehmer und Schweißer.

Da die vom Ministerium zur Verfügung gestellten Finanzmittel in den letzten Jahren nur zur Deckung der Lohnkosten dienten, mußten Geldmittel zur Anschaffung von Lehrmaterial und zur Renovierung von Gebäuden der UPK selbst erwirtschaftet werden. Dies geschah 1997 über ein 1993 eröffnetes Geschäft mit Gaststube auf dem Gelände der UPK und sieben über die Stadt Grodno verteilten Verkaufsstellen. In dem ersten Quartal 1997 konnten bei Einkünften von 219 673 200 BRB und einem Lohnanteil von 25 468 272 BRB für die Schüler ein Gewinn von 68 375 862 BRB erzielt werden.

4.3 Beruflich-technische Schule [PTU]

4.3.1 Struktur

Die Beruflich-technische Schule [Professional'no-techničeskoe učilišče, PTU] ist eine Vollzeitschule, die häufig mit einem *Basisbetrieb* eng verbunden ist und wahlweise nur einen Beruf oder als doppelqualifizierende Ausbildung (Beruf plus mittlerer Bildungsabschluß) vermittelt. Oft wurde sofort nach dem Bau einer Fabrik eine dazugehörige PTU errichtet, um den Arbeiternachwuchs auszubilden. Für diese Schüler findet die Praxis dann in den Basisbetrieben statt. Andere PTUs haben eigene Werkstätten oder müssen mit Firmen in der Umgebung zwecks Praktikumsplätzen zusammenarbeiten. Die Praxisprogramme werden nur von den Meistern des jeweiligen Fachgebiets ausgearbeitet.

82 Masterstvo, naučno-praktičeskij žurnal professional'nogo obrazovanja, 1(1997)2, S. 6.

83 Kalitskij, 1998, S. 24.

Im Schuljahr 1996/97 betrug die Gesamtzahl der PTU 248, von denen 240 dem Bildungsministerium, sieben der Verbrauchergenossenschaft und eine dem Ministerium für Industrie untergeordnet waren. Fast alle Einrichtungen (225), die dem Bildungsministerium zugeordnet waren, boten das Lehrprogramm in Vollzeitform an, und zwar im selben Jahr insgesamt 120 202 Schülern. An 192 Einrichtungen wurden die berufsbildenden Fächer neben den allgemeinbildenden Fächern unterrichtet. Der weitaus größere Teil dieser Schüler (82%) stand in der Ausbildung auf der Basis der neunten Schulstufe der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS], nur 18% entschieden sich nach dem elften Schuljahr für die Fortsetzung ihrer Ausbildung an einer PTU. Dies ist insofern verständlich, da der Abschluß des elften Schuljahres der OSS bereits zur Bewerbung um einen Hochschulstudienplatz⁸⁴ berechtigt und damit bereits die Türen für einen weitaus angesehenen Bildungsweg offenstehen. Von den Anfängern im Jahr 1996 hatten 0,8% nicht den Abschluß des neunten Schuljahres der OSS, 65,2% den Pflichtschulabschluß (nach neun Schuljahren), 33,1% den mittleren Bildungsabschluß (nach elf Schuljahren) und 1% wurde nach dem zehnten Schuljahr der OSS aufgenommen.⁸⁵

Das Angebot, einen Beruf zu erlernen und gleichzeitig den mittleren Bildungsabschluß zu erwerben, wurde von 92% der Schüler wahrgenommen, die nach neun Schuljahren an eine PTU wechseln. Die Dauer der Ausbildung an den PTU hängt in erster Linie von der Komplexität des zu erlernenden Berufs, aber auch von dem angestrebten Abschluß ab. Neben den Vollzeitschülern werden an den PTU noch Umschüler (1996/97: 1 540) und in speziellen Einrichtungen Fernstudenten (2 397) unterrichtet.

Tab. 17: Schüler und Verweildauer 1995/96 [absolut und in %]⁸⁶

Verweildauer	Anzahl [absolut]	Verteilung [in%]
bis zu 10 Monaten	11 371	8,6
1 Jahr	45 755	34,7
2 Jahre	41 814	31,7
3 Jahre	32 415	24,7
4 Jahre	443	0,3

Die Abschlußnoten der OSS und eine Aufnahmeprüfung entscheiden über die Aufnahme an die PTU. Die Plätze für die einzelnen Berufe sind genau festgelegt, deshalb kommt es immer wieder vor, daß der gewünschte Beruf nicht erlernt werden kann. Das Verhältnis Anzahl der Bewerber/freie Plätze beträgt etwa 1,3 Schüler/Platz.

84 Vgl. dazu Kapitel 3, S. 44 ff.

85 *Ministérstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus'*, 1996 (1), S. 27.

86 Ebenda, S. 16.

Tab. 18: *Alter der Schüler bei Eintritt in die PTU Vollzeitschulen 1996/97 [in %]*⁸⁷

14 Jahre und jünger	0,3
15 Jahre	41,9
16-17 Jahre	38,2
18 Jahre	19,7

Diese Angaben beziehen sich auf 53 133 Schüler (61% männl. u. 67,2% aus städtischen Gebieten).

4.3.2 Lehrpläne

Der hier vorgestellte Lehrplan einer PTU beschreibt die traditionelle dreijährige Ausbildung zur Näherin oder zum Schneider. Diese Zeit kann sich verkürzen, wenn die entsprechende PTU Teil eines Verbundes von verschiedenen Lehreinrichtungen ist und sich an dem Projekt der *Permanenten Bildung* beteiligt. Für den beschriebenen Fall käme der Verbund von PTU-SSUZ-Staatliche Technologische Universität Vitebsk in Frage. Bei einem konsequenten Beschreiten dieses Bildungsweges würde der Schüler nach neun Schuljahren OSS zunächst nur 2,2 Jahre an der PTU, dann zwei Jahre an der SSUZ (statt 3 Jahre) und wiederum anschließend nur 3,5 Jahre an der Staatlichen Universität lernen bzw. studieren. Der Ausbildungsweg kann somit um 2,5 Jahre schneller durchlaufen werden, weist jedoch auf der anderen Seite einen extrem hohen Spezialisierungsgrad auf.

Tab. 19: *Grundlehrplan einer PTU für die Berufe Näherin und Schneider auf der Basis der Grundbildung mit Erhalt des mittleren Bildungsabschlusses*⁸⁸

Übersicht: Berufe: Näherin, Schneider; *Qualifikation:* Näherin 2 - 4, Schneider 4 - 5

Dauer der Ausbild.:	3 Jahre		
Gesamtstundenzahl:	4 752	Ferien:	11 Wochen
Theoriestunden:	2 376	Davon Sommer:	9 Wochen
Praxisstunden:	1 800	Davon Winter:	2 Wochen
Konsultationen:	3 Wochen		
Examen:	2 Wochen (2. Jahr)	2 Wochen (3. Jahr)	

Nach dem Lehrplan für die Berufe Näherin oder Schneider ist das Verhältnis von Theorie (2 376 Stunden) zu Praxis (1 800 Stunden) 57:43. Dieses Verhältnis kommt der durchschnittlichen Verteilung von 60% Theorie und 40% Praxis schon sehr nahe.

Etwas anders sieht das Verhältnis bei der drei Jahre und vier Monate dauernden Ausbildung zum Sanitärtechniker aus. Hier liegt der Praxisanteil mit 2 494 Stunden = 52% sogar über dem Theorieanteil (2 327 Stunden = 48%).⁸⁹ Allerdings muß angemerkt werden, daß die Praxiserfahrung während der Ausbildung zum Sanitärtechniker fast ausschließ-

87 Ebenda S. 28.

88 MARB: Typovy vučebny plan PTU (Švačka; kravec), 1995.

89 MARB: Typovy vučebny plan PTU (Mantažnik sanitarna-techničnych sistēm i abstaljavannja), 1994.

lich in den Werkstätten der PTU gesammelt wird, während bei den Näherinnen oder Schneidern ein Praktikum in der, meist industriellen, Produktion vorgesehen ist.

Lehrplan: Berufe Näherin und Schneider [in Gesamtstunden]

	Fächer	Unterricht	Praktische Übungen
1	<i>sozial-humanitäre Fächer</i>		
1.1	Belarussisch	68	
1.2	Belarussische Literatur	160	
1.3	Russisch	40	
1.4	Russische Literatur	136	
1.5	Geschichte Belarus	63	
1.6	Weltgeschichte	127	
1.7	Fremdsprache	90	
1.8	Geographie	45	12
1.9	Mensch und Umwelt	65	
2	<i>Naturwissenschaftlich-mathematische Fächer</i>		
2.1	Mathematik	204	
2.2	Physik	180	20
2.3	Chemie	90	18
2.4	Biologie	68	6
3	<i>Sport</i>	294	
4	<i>Militärunterricht</i>	116	
5	<i>Allg. berufsbild. Fächer</i>		
5.1	Grundlagen der Ökonomie	60	18
5.2	Grundlagen des Rechts	20	
5.3	Praktischer PC-Unterricht	54	54
6	<i>spezielle Fächer</i>		
6.1	Technik der Textilprod.	202	16
6.2	Ausstattung	75	20
6.3	Materialkunde	70	6
6.4	Entwurf von Kleidung	84	26
6.5	spezielles Zeichnen	34	20
6.6	Praxis in der Produktion	1 800	
7	<i>Wahlpflichtfächer</i>	31	
8	<i>Konsultationen</i>	350	
9	<i>Examen</i>	36	
10	<i>Wahlfächer</i>	190	
	<i>Insgesamt</i>	4 752	

4.3.3 *Zusammenarbeit mit den Unternehmen*

Heute ist es den PTU selbst möglich, Absprachen mit zugeordneten oder freien Unternehmen zu treffen, damit die zukünftigen Arbeiter vertraglich abgesichert entsprechend deren Bedarf ausgebildet werden. Auf diese Weise erhalten jedes Jahr mehr als 2 000 Arbeiter einen neuen Beruf. Diese Absprachen sind zum Teil an die Stelle der früheren Unterstützung durch die *Basisbetriebe* getreten. Nicht nur, daß die finanzielle Beteiligung durch die Unternehmen an der Ausbildung des Nachwuchses heute weitgehend weggebrochen ist, für Praktika in der Produktion außerhalb der vertraglich gebundenen Unternehmen muß die Bildungseinrichtung sogar zahlen. Die qualifizierte Ausbildung

nach curricularen Anforderungen ist in diesen Fällen mehr als gefährdet. Größere Umschulungsmaßnahmen werden mit dem Arbeitsministerium abgestimmt.

Berufsbildungsabschlüsse können auch in neugegründeten *Berufsbildungszentren (Modellzentren der ETF)* oder direkt am Arbeitsplatz, in der Produktion, erworben werden. Im Normalfall sind diese Programme mit den PTU abgestimmt oder sie finden zu großen Teilen in den PTU statt.⁹⁰

4.3.4 Übergang von den PTU auf den Arbeitsmarkt und auf weiterführende Schulen

Mit Abschlußprüfung und -zeugnis endet die Ausbildung an den PTU. Die Themen für die schriftliche Abschlußprüfung werden von den Fachgebietslehrern zusammen mit den Meistern ausgearbeitet und dann einer dem Bildungsministerium unterstellten Kommission vorgestellt, die sich mit methodischen Fragestellungen von Prüfungsaufgaben auseinandersetzt. Die praktische Abschlußaufgabe wird von einem Prorektor geprüft.⁹¹

1996 haben insgesamt 57 597 Schüler die PTU erfolgreich verlassen. Nur 0,3% der Vollzeitschüler mit einer Ausbildung an der PTU auf der Basis der vollständigen allgemeinen mittleren Bildung, also nach elf Schuljahren OSS, schafften die Abschlußprüfung nicht. Diese Rate lag mit 0,7% bei den Schülern, die nach neun Schuljahren der OSS an die PTU wechselten, etwas höher. Von der Gesamtzahl der Abgänger fanden 50,4% eine Arbeit, davon wiederum 67,4% auf Einweisung durch die PTU. 24% der Absolventen konnten zunächst nicht vermittelt werden, weil entweder keine Einweisung vorlag (72%) oder die Arbeitsstelle von den potentiellen Arbeitgebern abgesagt wurde (27,4%). Zur Weiterqualifizierung an eine Hochschule gingen 3,8%, an eine Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] 5,1%. Die restlichen 16,6% begannen den Militärdienst.⁹²

Die Ausgebildeten des Jahres 1994/95 wurden in folgenden Branchen beschäftigt: in der Industrie 25%, im Bauwesen 13,2%, in der Landwirtschaft 25%, im Transport- und Nachrichtenwesen 2,2%, im Handel 6,2%, im kommunalen Wohnungswesen 9,5% und in anderen Branchen etwa 19%.⁹³

Beispiel Landwirtschaft

An den landwirtschaftlichen PTU werden die Arbeiter für die *Kolchose*, *Sovchose* und *Fermerbetriebe* ausgebildet. Die Berufe, die erlernt werden, können dabei sehr vielfältig und speziell sein. Mit dem deutschen Landwirt ist die Ausbildung zum *Fermer*, so nennt man in Weißrussland den Privatbauern, zu vergleichen. Daneben gibt es Traktoristen, Maschinisten, Meister der Tierproduktion, Meister der Pflanzenproduktion, aber auch Ernährungsfachmann, Koch, Gartenbau, Haus und Garten (vergleichbar mit der deut-

90 Kalitskij, 1998, S. 29 f.

91 Keura S.B., Janč V.S.: Rolja majstera i organizacyi vytvorčaga navučanija i pazaklasnaj raboty in: Pytanni adukacyi i vychavannja, Grodno 1996, S. 30 ff.

92 Ministertva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus', 1996 (2), S. 56.

93 Angaben des Archivs für Verwaltung für beruflich-technische Bildung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft, des statistischen Handbuchs „PTU im Jahre 1994“.

schen Hauswirtschaftsausbildung) u.a. In Zukunft ist eine Abkehr von den als zu schmal empfundenen Berufsbildern zu erwarten. Ein Absolvent der PTU soll nach dem Willen des Landwirtschaftsministeriums drei bis vier benachbarte Berufe beherrschen.⁹⁴

In der Regel leben die Schüler in den Wohnheimen in unmittelbarer Nähe der Lehrgebäude. Eine bekannte landwirtschaftliche PTU, die sich an mehreren internationalen Projekten beteiligt, ist in Slonim. An dieser Schule werden 650 Schüler in 24 Gruppen ausgebildet. Drei bis vier dieser Gruppen sind mit Frauen besetzt, die ausschließlich Hauswirtschaft lernen. An der Schule sind 35 Lehrer für die allgemeinen Fächer und 45 Meister für die Fachausbildung beschäftigt.⁹⁵ Das Wohnheim und die Ernährung sind für die Schüler unmonst, Laboratorien und Vorlesungsräume sind vor Ort. Dazu wurde ein Übungsparcours für Fahrstunden mit Schlepper, Lkw und Auto eingerichtet.

Die PTU nimmt Schüler nach dem neunten und elften Schuljahr der OSS auf. Bei einer größeren Anzahl von Bewerbern werden die Kinder von Sovchos-Mitarbeiter bevorzugt zugelassen. Das Verhältnis Bewerber/freie Plätze liegt im Durchschnitt der letzten Jahre bei 1,5-2:1. Bereits nach dem *ersten Studienjahr* wird ein einfacher Berufsabschluß vergeben. Nach dem *zweiten Studienjahr* (z.B. Traktorist) und dem *dritten Studienjahr* (z.B. Fahrer) steigt das Niveau des Abschlusses. Im dritten Studienjahr arbeiten die Schüler auf dem zugehörigen Versuchsbetrieb (550 ha Fläche, 400 Stück Rindvieh, 53 Traktoren). Sie erhalten für ihre Arbeit auch etwas Geld, vorausgesetzt, es handelt sich um produktive Arbeit, wie z.B. Getreide- oder Kartoffelernte. Das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis im Lehrplan beträgt 60:40. In den letzten Jahren wurde der Lehrplan insofern den neuen Bedingungen angepaßt, als man darin mehr Praxis und Ökonomie findet.

4.4 Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]

4.4.1 Struktur

Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [Srednee Special'noe Učebnoe Zavedenie, SSUZ] können Technika [technikum], Colleges [kolledž], Beruflich-technische Schulen [Professional'no-techničeskoe učilišče, PTU] und Höhere Beruflich-Technische Schulen [Vysšee professional'noe učilišče, VPU] sein. Der Begriff *Technikum* drückte die Stellung dieser Einrichtungen im Bildungssystem der Sowjetunion aus.

Die Bezeichnung Technikum ist insofern irritierend, da es sich im internationalen Vergleich dabei oft um Einrichtungen des Tertiärbereichs im Bildungssystem handelt, die auf eine berufliche Erstausbildung aufbauen. Lehranstalten mit dieser Bezeichnung in Belarus vermitteln eine fundierte berufliche Erstausbildung plus Hochschulzugangsberechtigung (Doppelqualifikation). Der Ausbau der Technika in den siebziger und achtzi-

94 Ministerstvo sel'skogo chozjajctva i prodovol'stvo RB: Programma razvitiija agrarnogo obrazovanuja RB na 1997-1999 gg., 1997, S. 17.

95 Interview des Autors mit dem Direktor der PTU Karol' vom 21.04.1997.

ger Jahren war notwendig geworden, weil die Qualifikationsanforderungen – technische Modernisierung, komplexe Fertigungsprozesse – ständig stiegen.⁹⁶

Außerdem werden Abschlüsse der mittleren Fachausbildung [SSUZ] noch an 27 VPU vergeben, vorausgesetzt, die Schüler dieser Einrichtungen erreichen die zweite Stufe des Lehrprogramms und bestehen nach der fachspezifischen Lehrzeit die Abschlußprüfung.

Beteiligen sich die Lehranstalten am Programm der permanenten Bildung, wird bei erfolgreichem Abschluß dieser Ausbildung die sich anschließende Studiendauer verkürzt. Vor allem die Colleges zeichnen sich durch eine verstärkte Integration der Lehrpläne von vertraglich gebundenen Hochschuleinrichtungen in das eigene Curriculum aus. Der Unterricht findet vorwiegend in Ganztagesform statt, kann aber auch als Fern- und Abendkurs angeboten werden. An den Einrichtungen werden Berufe der mittleren Qualifikationsebene gelehrt. Beispiele dafür sind: Techniker, Meister, Krankenschwester, technische Fahrlehrer, Grundschullehrer, Kindergärtnerin u.a.

Im Schuljahr 1997/98 waren 149 staatliche und acht nichtstaatliche Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] registriert, an denen insgesamt mehr als 130 000 Lernende einen beruflichen Abschluß anstrebten.⁹⁷ Die Lehranstalten sind 16 verschiedenen Ministerien oder Ämtern untergeordnet, und zwar im einzelnen:

Tab. 20: Zuständige Ministerien und Ämter für die mittlere Fachausbildung [SSUZ]⁹⁸

Ministerium für Bildung	54
Ministerium für Landwirtschaft	30
Kultusministerium	19
Ministerium für Gesundheitswesen	18
Ministerium für Sport und Tourismus	7
Verbraucherkooperativen	6
Ministerium der Eisenbahn	3
Konzern der belorussischen Leichtindustrie	2
Ministerien der Finanzen, Fernmeldewesen, Energie, Architektur/ Bauwesen, Industrie, des Innern und Luftfahrt und die Nationalbank	Je 1 SSUZ

Seit 1993 gibt es ein neues *Berufsregister* für die mittlere Fachausbildung [SSUZ]. Im alten Register gab es 297 Berufe, im neuen sind es nur noch 134. In den letzten Jahren wurden 20 neue Berufe registriert, z.B. Bankkaufmann, Marketing, Management, Marktökonomie und Kaufmann. Die Berufe sind unter sechs Profilen zusammengefaßt:

1. Technisches Profil

Die mittlere Fachausbildung vermittelt auf dem Gebiet der Produktion für alle Bereiche, d.h. Holz-, Metall-, Kunststoffindustrie u.a., Qualifikationen im Umgang mit der Informationstechnik für die Ausbildung von Ingenieur-Technikern und Entscheidungsträgern;

96 Kuebart F.: 1989, S. 113 f.

97 Ministerstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus', 1996 (2), S. 71.

98 Ebenda, S. 4.

Schulung der Handlungsfähigkeit bezüglich schwieriger technischer und technologischer Systeme und Leitung derselben; Assistenten von Ingenieuren und Wissenschaftlern.

2. Humanitäres Profil

Im Bereich von Dienstleistungen, Handel und Sozialarbeit werden die Lernenden auf eine Tätigkeit als Großhandelskaufmann, Manager, Jurist, Konstrukteur von Haushaltswaren und Organisator der Kollektivarbeit vorbereitet.

3. Medizinisches Profil

Eine vergleichbare medizinische Ausbildung bildet zur vorärztlichen und vorbeugenden Hilfe, Krankenpflege und -aufsicht und zur Herstellung von Medikamenten aus.

4. Pädagogisches Profil

Nach Abschluß einer mittleren pädagogischen Fachausbildung hat man die Berechtigung zum Unterricht an den unteren Schulstufen der OSS oder kann als Erzieher in Vorschuleinrichtungen arbeiten. Die Absolventen der Industriepädagogischen Colleges werden vorzugsweise als Lehrer an beruflichen Schulen oder Ausbilder in Unternehmen tätig.

5. Ökonomisches Profil

Buchhalter, Wirtschaftler und Kaufmann (in Unternehmen unterschiedlichster Eigentumsverhältnisse) sind die Einsatzgebiete der ökonomischen Fachrichtung.

6. Landwirtschaftliches Profil

28 landwirtschaftliche Technika und zwei Colleges standen 1996 den 26 119 Schülern als Lehranstalt für die Ausbildung der mittleren Führungsebene zur Verfügung. Hinzu kommen noch zwei VPU mit landwirtschaftlichem Profil, die auch den Grad eines Absolventen der mittleren Fachausbildung vergeben können.

Als nachteilig wird in der momentanen Situation die ungleiche Verteilung der unterschiedlichen Spezialisierungen empfunden, welche die verschiedenen Technika anbieten. So gibt es in einem Gebiet überwiegend Pflanzenbau-Absolventen, aber es fehlt an Spezialisten für Ökonomie, in einem anderen Gebiet ist es gerade umgekehrt. Als optimal wird das Vorhandensein von vier Spezialisierungen in einer Region angestrebt:

1. Buchhaltung und Ökonomie;
2. Produktion, Lagerung und Verarbeitung von pflanzlichen Produkten;
3. Tierproduktion;
4. Landtechnik.

Das Belorussische Agrartechnikum für Fernstudenten, Minsker College der Agrarwirtschaft, Pinsker Fleisch- und Milch-Technikum und Pinsker Meliorations-Technikum bilden für den gesamten Bedarf der Republik in den jeweiligen Branchen aus.

4.4.2 Lehrpläne

Die Lehrpläne für die mittlere Fachausbildung gewährleisten einen Einblick in die curricularen Abläufe auf dieser Bildungsstufe. Beide dargestellten Lehrpläne führen zur Qualifikation eines *Ingenieurs* [Тéchnik-Тéchnолог] mit der Fachrichtung Technologie und

Entwurf von Textilien [Тэchnalogija i kanstrujavanne švejnych vyrabay] und dem Fachgebiet Technologie und Produktion von Textilien [Тэchnalogija švejnaj vytvorčasci]. Der größte Unterschied zwischen den beiden Lehrplänen besteht darin, daß *Lehrplan 2* in der traditionellen Form, das heißt ohne besondere, integrative Abstimmungen mit den Lehrplänen der PTU und der Hochschuleinrichtungen entstanden ist. *Lehrplan 3* hingegen ist auf der Basis der Reformvorhaben im Bereich Berufsbildung ausgearbeitet worden, das heißt, es handelt sich um einen nach den Prinzipien der permanenten Bildung mit den Curricula der PTU und der *Staatlichen Vitebsker Technologischen Universität*⁹⁹ abgestimmten Lehrplan. Ziel dieser Abstimmung ist ein möglichst reibungsloser Übergang von der PTU auf die SSUZ und, bei guter Leistung, auf die Universität [VUZ], verbunden mit einer Einsparung von Zeit. Das Lehrprogramm, welches direkt im dritten Studienjahr beginnt, kann bei normalem Verlauf in 22 Monaten absolviert werden. Die beiden Lehrpläne weichen daher im dritten und vierten Studienjahr stark voneinander ab.

Tab. 21: *Lehrplan der mittleren Fachausbildung*¹⁰⁰

Spezialisierung: Technologie und Entwurf von Textilien
 Spezifikation: Technologie der Produktion von Textilien
 Qualifikation: Maschinentechniker

	auf der Basis der	
	Unvollständigen mittleren Bildung (nach 9. Schuljahr)	Vollständigen mittleren Bildung (nach 11. Schuljahr)
Dauer des Lehrprogrammes	3 Jahre 9 Monate	2 Jahre 9 Monate
<i>Stundenzahl insgesamt</i>	4 360	2 750
Stundenzahl für die Staatsprüfung	13	8
Praxis Wochen	44	44
Prüfungsvorbereitung Wochen	8	8
Ferien	31	20,5

Praktika:

Praktika	Studienjahr	Wochen
<i>1. Lehrpraktikum in der Schulwerkstatt</i>		
1.1 Einführung in die Stilgeschichte	2	0,5
1.2 Verschiedene Schmucktechniken der Kleidung	2	3,0
1.3 Kleiderproduktion	2	5,0
1.4 Pflichtpraktikum (Voraussetzung für berufl. Zertif.)	3	22,5
<i>2. Technik Produktion</i>		
	4	8,0
<i>3. Abschluß-Praktikum in der Produktion</i>		
	4	5,0
<i>Insgesamt</i>		44,0

99 Vgl. Seite 67.

100 MARB: Typavy vučebny plan SSUZ (Technologija i kanstrujavanne švejnych vyravaj), 1996.

Abschlüsse: Näherin: 3.-4. Qualifikationsniveau; Schneider: 4.-5. Qualifikationsniveau

Studentenafel (1) * = Grundlagen

Fächer	Examen	Pflicht- klausuren	Unterrichtsstunden			Studienjahr			
			Insgesamt	davon Praxis	davon Hausarb.	1	2	3	4
<i>1. sozial-humanitäre Fächer</i>									
1.1 Belorussisch		2	56	40		56			
1.2 Belorus. Literatur	1/1		156			156			
1.3 Russisch		1	40	22		40			
1.4 Welt-Literatur		2	156			156			
1.5 Fremdsprache		2	78			78			
1.6 Geschichte der RB		1	56			56			
1.7 Weltgeschichte			100			100			
1.8 Sozialkunde*			120				62	58	
1.9 Wahlfächer			80			36			44
<i>2. Naturwissenschaftlich-mathematische Fächer</i>									
2.1 Mathematik	2/1	4	234			234			
2.2 Physik (+Astrolo.)	2/1	2	178	38		178			
2.3 Chemie (+Biolog.)		2	82	20		82			
2.4 Ökologie			16				16		
<i>3. Sport</i>			312			116	92	58	46
<i>4. Militärunterricht</i>			116			116			
<i>5. Allgemeine berufsbildende Fächer</i>									
5.1 Techn. Zeichnen*		2	92	92			92		
5.2 Informatik, Praxis am PC			78	78			78		
5.3 Arbeitshygiene und Arbeitsschutz	1/3	1	60	26				60	
5.4 Effekt. Energienutzung*			18					18	
5.5 Qualitätsstandard der Produktion*			58	10				58	
5.6 Ökonomie	1/4	2	144	30	20			54	90
5.7 Management*		1	60	20					60
5.8 Marketing*		1	30	8					30
5.9 Recht in der RB*		1	60	20					60
<i>6. Spezial-Fächer</i>									
6.1 Material für die Textilherstellung	1/2	2	124	38			124		

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite!

Studentafel Fortsetzung(2)

Fächer	Examen	Pflicht- klausuren	Unterrichtsstunden			Studienjahr			
			Insgesamt	davon Praxis	davon Hausarb.	1	2	3	4
<i>7. spezielle Fächer</i>									
7.1 Elektrische Einrichtung u. Automatisierung der Produktion von Textilien*		2	104	22		64	40		
7.2 Stilgeschichte der Kunst und Modelle		1	60			60			
7.3 Fachzeichnen		1	92	92		92			
7.4 Einrichtung v. Textilproduktionsstätten	1/2	1	140	38		140			
7.5 Technik der Kleidungsproduktion	2/2;3	2	240	44		200	40		
7.6 Herstellung von Kleidungsstücken	1/3	2	188	110		96	92		
7.7 Modellierung und künstlerische Gestaltung von Kleidung*	1/3	1	92	34				92	
7.8 Erfassen von technischen Abläufen		1	234	92	40			114	120
7.9 Bauwesen*			30	10					30
7.10 Zuschneiden für die Produktion*			60	22					60
<i>Zusammen</i>	<i>13</i>	<i>37</i>	<i>3744</i>	<i>906</i>	<i>60</i>	<i>1404</i>	<i>1116</i>	<i>684</i>	<i>540</i>
<i>8. Wahlfächer</i>			<i>416</i>			<i>156</i>	<i>124</i>	<i>76</i>	<i>60</i>
<i>9. Konsultationen</i>			<i>200</i>						
<i>Insgesamt</i>			<i>4360</i>						

Tab. 22: Lehrplan Mittlere Fachausbildung (für Verbund PTU-SSUZ)¹⁰¹

Spezialisierung: Technologie und Entwurf von Textilien
 Spezifikation: Technologie der Produktion von Textilien
 Qualifikation: Maschinen-Techniker

Dauer der Ausbildung auf der Basis: Berufsausbildung + mittlerer Bildungsabschluß:
 1 Jahr und 10 Monate

101 MARB: Bučébný plan SSUZ dlja ab'jadiania PTU-SSUZ (Technologija i kanstrujavanie švejnych vyravaj), 1998.

Unterrichtswochen:

Unterrichtsarten	Studienjahr				Insgesamt
	I	II	III	IV	
Theoretischer Unterricht			36,5	17	53,5
Lehrpraktikum (Werkstatt)			2		2
Technologie-Praktikum				10	10
Abschluß-Praktikum				5	5
Examenszeit			3	1	4
staatliches Abschlußexamen				1	1
Diplomarbeit				7	7
Ferien			10,5	2	12,5
<i>Insgesamt</i>			52	43	95

Praktika:

Praktikum	Studienjahr	Anzahl der Wochen
1. Praktikum in der Schulwerkstatt	III	2
2. Technik Praktikum	IV	10
3. Abschluß-Praktikum in der Produktion	IV	5
<i>Insgesamt</i>		17

Abschlüsse: Näherin: 3.-4. Qualifikationsniveau, Schneider 4.-5. Qualifikationsniveau

Lehrplan (1):

Fächer	Examen Anzahl/ Situ- ationsjahr	Anzahl der Pflicht- klausuren	Stunden insgesamt	davon praktische Aufgaben	davon Hausarbeit	3. Studien- jahr	4. Studien- jahr
<i>Allgemeinbildender Teil:</i>							
1. Sozial-humanit. Fächer		3	150			82	68
1.1 Grundl. d. Humanwiss.		3	120			82	38
1.2 Wahlfächer			30				30
2. Sport			162			110	52
<i>Insgesamt:</i>		3	312			192	120

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite!

Lehrplan (2):

Fächer	Examen Anzahl/Stu- dienjahr	Anzahl der Pflicht- klausuren	Stunden insgesamt	davon praktische Aufgaben	davon Hausarbeit	3. Studien- jahr	4. Studien- jahr
<i>Berufsbildender Teil:</i>							
3. Allg. berufsfb. Fächer	2	8	476	194	20	302	174
3.1 Technisches Zeichnen*		2	80	80		80	
3.2 Qualitätsstandard der Produktion*			50	10		50	
3.3 Informatik, PC-Praxis			60	40		60	
3.4 Arbeitsschutz	I/III	1	40	8		40	
3.5 Ökologie*			16			16	
3.6 Ökonomie*	I/IV	2	84	20	20	40	44
3.7 Management*		1	60	20			60
3.8 Marketing*		1	30	8			30
3.9 Recht in der RB		1	40	8			40
3.10 Effekt. Energienutz.*			16			16	
4. Spezialfächer	1	2	60	30		60	
4.1 Materialkunde	I/III	2	60	30		60	
5. Spezielle Fächer	4	11	1040	458	40	722	318
5.1 Elektr. Einrichtung und Automatisierung der Produktion von Textilien		2	104	22		104	
5.2 Stilgeschichte der Kunst und Modelle		1	60			60	
5.3 Fachzeichnen		1	82	82		82	
5.4 Einrichtung einer Tex- tilproduktionsstätte	I/III	1	80	34		80	
5.5 Technik der Kleidungs- produktion	I/III	2	168	82		168	
5.6 Herstellung von Klei- dungsstücken	I/III	2	130	80		130	
5.7 Modellieren und künst- lerische Gestaltung	I/III	1	92	34			92
5.8 Erfassen von techni- schen Abläufen		1	234	92	40	98	136
5.9 Bauwesen*			30	1^0			30
5.10 Zuschneiden für die Produktion von Textilien			60	22			60
6. Reservestunden			38			38	
<i>Insgesamt:</i>	7	21	1614	682	60	1122	492
<i>Zusammen:</i>	7	24	1926	682	60	1314	612
Wahlfächer			214			146	68
Konsultationen			150				

Beispiel Landwirtschaft:

Für die mittlere Fachausbildung eines Spezialisten *Mechanisierung der Landwirtschaft* hatten die Reformen konkrete Änderungen zur Folge: Eine Ausbildung an den Technika oder Colleges kann im ersten, zweiten oder vierten Studienjahr begonnen werden. Allgemein betrachtet, kommen die Curricula der mittleren Fachausbildung mit weniger Wahlfächern aus; sie sind universeller geworden. Alle Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] haben die Lizenz, einen landwirtschaftlichen Meister auszubilden.

Neu ist auch, daß die Ausbildung des Spezialisten *Mechanisierung der Landwirtschaft* in zwei Stufen stattfindet, d.h. es können zwei Qualifikationen vergeben werden. Zum einen, nach erfolgreichem Abschluß des 3. Studienjahres, die Qualifikation *Meister der landwirtschaftlichen Produktion* und zum anderen, nach dem 4. Studienjahr, der Abschluß *Mechaniker*. Die Lehrpläne des ersten Studienjahres haben sich nur unwesentlich geändert. Dies ist wichtig, weil das erfolgreiche Belegen der Fächer des 1. Studienjahres den Schülern einen vollständigen mittleren Bildungsabschluß¹⁰² ermöglicht und somit eine Option schafft, weitere zwei Jahre an einer PTU zu lernen.

Sehr effektiv gestaltet sich die Ausbildung für die Schüler, welche einen Abschluß nach dem dritten Studienjahr erhalten. Dieser Abschluß bezeichnet eine Doppelqualifikation, nämlich Berufsausbildung plus vollständiger Abschluß der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS]. Schüler, welche diesen Weg gehen sparen genau ein Jahr im Vergleich zur Variante elf Jahre Allgemeinbildende Mittelschule [OSS] plus zwei Jahre PTU.

Über die Aufnahme in das 4. Jahr an der Bildungseinrichtung entscheidet das Abschlußzeugnis des 3. Studienjahres, ein Attestat oder ein Wettbewerb. Nach dem 3. Studienjahr und der Qualifikation *Meister der landwirtschaftlichen Produktion* besteht selbstverständlich die Möglichkeit, die Ausbildung zu unterbrechen und ins Erwerbsleben einzutreten. Eine Fortsetzung der Ausbildung ist zu einem späteren Zeitpunkt jederzeit möglich. Diese Möglichkeit wurde durch die Änderung der Curricula für die Studienjahre zwei bis vier geschaffen. Das 2. und 3. Studienjahr baut weiterhin auf die vollständige mittlere Bildung auf, die Voraussetzung für die Aufnahme in das 2. Studienjahr ist. Im Vergleich zum traditionellen Lehrplan werden jedoch mehr Stunden aus dem Bereich der Fachausbildung (früher im 4. Studienjahr) bereits im 2. Studienjahr angeboten, um ein qualifiziertes Ausscheiden nach dem 3. Studienjahr zu gewährleisten. In diesem Bereich ist auch die Vermittlung der Inhalte neuer Fächer, wie z. B. Ökonomie und Verwaltung, angesiedelt. Weiterhin ist das 3. Studienjahr mit mehr praktischen Übungen angereichert. Das 4. Studienjahr zeigt sich heute vollkommen verändert. Neben einer Stundenverlagerung vom ehemals 2. Studienjahr im Bereich Agrarprofessioneller Zyklus ist ein Anwachsen der Gesamtstundenzahl von 828 auf 1 224 zu bemerken, die in der selben Zeit zu absolvieren sind.¹⁰³

102 Vgl. zum Begriff *vollständige mittlere Bildung*, S. 7.

103 MARB: *Éksperymental'ny vučebny plan (Mechanizacyja sel'ckaj gospadarki)*, 1997 und *typa-vy vučebny plan (Mechanizacyja cel'ckaj gospadarki)*, 1996.

4.4.3 Aufnahme an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]¹⁰⁴

Grundsätzlich sind alle Bürger weißrussischer und russischer Staatsangehörigkeit und Bürger, die auf dem Territorium der Republik Belarus leben, berechtigt, nach Vorlage eines medizinischen Untersuchungszeugnisses an den Aufnahmeprüfungen der SSUZ teilzunehmen, um damit kostenfreien Zugang zu den Bildungsmöglichkeiten der SSUZ zu erhalten. Schüler, die nach Abschluß einer PTU (Vollzeitform) an eine SSUZ wechseln wollen und die Aufnahmeprüfung bestehen, haben die Chance, innerhalb einer kürzeren Frist ein Diplom einer SSUZ zu erhalten.

Bestehen mehr Bewerber die Aufnahmeprüfung als freie Plätze vorhanden sind, gibt es noch die Möglichkeit gegen Studiengebühren einen Vertrag mit der SSUZ abzuschließen, der dann trotzdem die Aufnahme des Lehrprogramms ermöglicht. Die *Aufnahmeprüfungen*, an denen jeder Bewerber nur ein Mal pro Jahr teilnehmen kann, bestehen aus 2 Teilen: Wahlweise Belorussische oder Russische Sprache/Literatur und je nach Spezialgebiet Physik, Mathematik, Chemie, Biologie, Kunst u.ä.

In Ausnahmefällen können in Absprache mit dem Ministerium auch Ergebnisse von Olympiaden, anderen Wettbewerben oder Durchschnittsnoten der Allgemeinbildenden Mittelschule [OSS] als Aufnahmekriterium akzeptiert werden. Ohne an den Aufnahmeprüfungen teilnehmen zu müssen, werden Schüler:

1. mit einem vorzüglichen Abschluß des neunten Schuljahrs;
2. mit Gold- oder Silbermedaille des elften Schuljahrs;
3. mit einem vorzüglichen Abschluß der PTU (nach dem neunten Schuljahr);
4. mit dem 1., 2., oder 3. Platz bei einem Berufswettkampf an der PTU, sofern Spezialgebiet der PTU und SSUZ übereinstimmen, an die SSUZ aufgenommen.

Beträgt das Verhältnis Bewerber/freier Platz bis zu 1,5:1, können Kandidaten, die als Abschlußnoten der vorhergehenden Bildungseinrichtung nur beste Noten (Vieren und Fünfen) vorweisen, auch aufgrund eines Bewerbungsgesprächs angenommen werden.

Waisenkinder, Kinder, die sich nicht in Obhut der Eltern befinden, Behinderte, Personen, die sich für den Staat verdient gemacht haben (Krieg, Tschernobyl u.a.) und deren Kinder müssen zwar an den Aufnahmeprüfungen teilnehmen, werden aber auch bei schlechterem Abschneiden, sofern sie keine *zwei* bekommen, aufgenommen.

4.4.4 Übergang zum Arbeitsmarkt

Wie in fast allen Bereichen, ist es auch für die Absolventen einer Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] schwieriger geworden, unter den heutigen Bedingungen eine adäquate Arbeit zu finden. Waren 1995 noch 2 940 Arbeitslose unter den Abgängern von SSUZ registriert, betrug deren Zahl 1996 bereits 3 239, was einer Quote von 10% entspricht. Überdurchschnittlich hoch war die Arbeitslosenzahl in den Bereichen Buchhaltung, Analyse und Audit, Mechanisierung der Fließbandarbeit und Herstellung von

104 Gerasimovič, 1998, S. 3 ff.

Werkzeugmaschinen.¹⁰⁵ Viele Absolventen der SSUZ 1996 suchten sich Arbeit auf dem freien Arbeitsmarkt, die Mehrzahl jedoch (53,8%) bekam eine Arbeitsstelle von der SSUZ vermittelt. Im selben Jahr nahmen nach der Beendigung der SSUZ 15% ein Studium auf, 20% begaben sich zum Militär.¹⁰⁶

4.5 Anlernen im Betrieb [Obučenie na proizvodstve]

4.5.1 Struktur

Erst seit den Reformschritten von 1984, die mit der großen Perestroika einhergingen, wurde in der Sowjetunion die berufliche Ausbildung in den Betrieben als eine zum Bildungssystem gehörende anerkannt. In den Jahren davor wurde Berufsausbildung offiziell nur innerhalb des Schulwesens durchgeführt, was bei weitem jedoch nicht den Realitäten entsprach. Eine Ausbildung im Betrieb mit einer Dauer von 6 bis 12 Monaten durchliefen in den siebziger Jahren noch über die Hälfte der Arbeiter. Mit Ausbildungs- oder Anlernaufgaben waren in den Unternehmen meist erfahrene Facharbeiter, neben ihrer normalen Berufstätigkeit, betraut. Grundlage für die Tätigkeit war die „Musterordnung für die Ausbildung und Weiterqualifizierung von Arbeitern unmittelbar in der Produktion“ aus dem Jahr 1968 und ab 1980 die *Musterordnung für die berufliche Aus- und Weiterbildung der Arbeitskräfte in den Betrieben*. Unterschieden wurden:

a) Erstausbildung und Umschulung, b) Erhöhung des Qualifikationsniveaus, c) Erwerb eines Zusatzberufs, d) spezielle Lehrgänge, e) Betriebsschulen und f) Meisterausbildung.

Die finanzielle Förderung der Unternehmen und Organisationen bei der Ausbildung ihrer leitenden Angestellten ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen.

4.5.2 Anlernen von qualifizierten Arbeitern

In Unternehmen werden Arbeiter für einfache, mittlere und spezielle Tätigkeiten ausgebildet. Jede Leistungsstufe hat eigene Qualifikationscharakteristika, die den Inhalt der Arbeit und die damit verbundenen Kenntnisse und Fertigkeiten bestimmen. Gemäß dieser Charakteristika und anhand der Rahmenlehrpläne werden für die technische Ausbildung im Betrieb spezielle Lehrpläne ausgearbeitet. Die Ausbildung selbst wird durch Abteilungen der technischen Ausbildung organisiert. Sie laden für den Unterricht entsprechende Experten (Ingenieurtechniker) und erfahrene Facharbeiter ein. Die Ausbildung wird durch diese Fachkräfte in zwei Formen (Gruppen- bzw. individuelle Unterweisung) am Arbeitsplatz und in Lehrgangskombinaten, die in Großbetrieben gegründet wurden, durchgeführt. Der theoretische Unterricht findet in Lehrräumen, der praktische Unterricht unmittelbar am Arbeitsplatz statt. Die Erstausbildung im Betrieb hat eine Dauer von einem bis drei Monaten für einfachere Tätigkeiten und von sechs Monaten für

105 Kalitskij, 1998, S. 42, in russischer Fassung.

106 *Ministértstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus', Vyličal'na-Analityčny céntr: Sjarédnija specyjal'nija naučal'nija ustanovy Réspubliki Belarus', 1996.*

spezialisierte Tätigkeiten. Bis heute ist in Belarus für diesen Bereich das *Verzeichnis der Arbeiterberufe* der ehemaligen UdSSR gültig. Es enthält über 2 000 Berufe.

Die Ausbildung in Unternehmen unterscheidet sich von der vorberuflichen Schulung in der OSS nach ihren Zielen. Die Grundaufgabe der schulischen Ausbildung besteht in der beruflichen Orientierung, in der Wahl des Berufes und, wenn möglich, in der Abschlußprüfung für die erste Qualifizierungsstufe. Die Hauptaufgabe der betrieblichen Ausbildung ist die konkrete berufliche Vorbereitung auf einen bestimmten Arbeitsbereich und, wenn nötig, die Umschulung der Arbeiter oder die Erhöhung ihrer Qualifizierung. Die beruflichen Grundkurse der Schüler werden in den meisten Fällen in *Lehrproduktionskombinaten* [učebno-proizvodstvennyye kombinaty], die dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft unterstellt sind, durchgeführt. Die betriebliche Ausbildung wird durch Abteilungen der technischen Ausbildung im Betrieb selbst organisiert.

4.6 Berufsbildung im Hochschulbereich

Im Gegensatz zu den Bildungsphilosophien anderer Staaten, kann in Belarus ein akademisches Studium an einer Hochschuleinrichtung durchaus in das Berufsbildungssystem, nämlich in Form der höheren Berufsbildung, integriert werden. Beispielhaft kann dies im Folgenden anhand der Lehrpläne der Staatlichen Vitebsker Technologischen Universität dargestellt werden. Schon der traditionelle Lehrplan für das fünfjährige Studium zum Ingenieur der Kleidungsproduktion ist stark auf die Ansprüche der industriellen Produktion von Kleidung abgestimmt. In der Regel bekommen die Studenten nach Erhalt des Diploms ihren beruflichen Einsatzort zugewiesen.

Noch deutlicher wird die funktionale Ausrichtung der Curricula und die Verbindung zum Berufsbildungssystem bei dem 1997 neu entwickelten Lehrplan, der sich an das Konzept der *Permanenten Bildung* anlehnt und, bei entsprechender Vorbildung, die Verkürzung der Studienzeit auf dreieinhalb Jahre vorsieht. Voraussetzung ist, daß der Student eine Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] in einem entsprechenden Verbund von Lehrinrichtungen [PTU-SSUZ-VUZ] erfolgreich absolviert hat.

Tab. 23: *Staatliche Technologische Universität Vitebsk
Lehrplan (Arbeitsplan) zu Berufsbildung im Hochschulbereich*¹⁰⁷

Spezialisierung:	T. 17.03.00*	Technologie und Entwurf von Textilien
Spezifikation:	T. 17.03.01*	Technologie der Textilherstellung
Spezifikation:	T. 17.03.03*	Technologie der Kleidungsanfertigung auf individuelle Bestellung

* Lfd. Nummer der Qualifikationen

Tab. 24: *Qualifikation des Spezialisten: Ingenieur*

Dauer des Studiums: 5 Jahre oder 3,5 Jahre

¹⁰⁷ MARB: Učebnyj plan VUZ (Technologija i konstruirovanie švejnych izdelij), 1998.

Weißrussland

	Anzahl der Stunden, davon					<i>Insgesamt</i>
	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben	Seminare	Selbständige Arbeiteten	
Lehrveranstaltungen Dauer 5 Jahre	2 076	1 146	1 465		150	4 687
Lehrveranstaltungen Dauer 3,5 Jahre.	1 550	676	1 132			3 358

Praktika in der Produktion:

<i>5 Jahre Studium:</i>	im 6. Semester	4 Wochen
	im 8. Semester	5 Wochen
	im 10. Semester	8 Wochen
<i>3,5 Jahre Studium:</i>	im 4. Semester	2 Wochen
	im 7. Semester	4 Wochen

Tab. 25: *Studienplan Textilingenieurwesen (1)*

	Bezeichnung der Fächer	Anzahl der Stunden bei 5 Jahren davon				Anzahl der Std. bei 3,5 Jahren davon			
		<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben	<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben
1.	<i>Humanitäre und sozial- ökonomische Fächer</i>	1104	436		668	961	422	539	
1.1	Geschichte RB, Landesk.	123	53		70	88	53	35	
1.2	Geschichte der Kultur RB	54	36		18	54	36	18	
1.3	Geschichte und Theorie der Weltkulturen	52	35		17	52	35	17	
1.4	Philosophie	122	52		70	87	52	35	
1.5	Ökonomische Theorien	120	64		64	111	78	33	
1.6	Ethik	42	28		14	42	28	14	
1.7	Politik	56	28		28	42	28	14	
1.8	Rechtskunde	42	28		14				
1.9	Fremdsprache	244			244	244		244	
1.10	Weißrussisch	87			87	87		87	
1.11	Logik, Psychologie*	42	28		14	42	28	14	
1.12	Soziologie	42	28		14	42	28	14	
1.13	Wahlkurse (nach Festset- zung des Hochschulrates)								
1.13.1	Ökon. Probleme der RB	42	28		14	42	28	14	
1.13.2	Außenwirt. Beziehungen*	28	28			28	28		
1.18	Sport	520			520	408			

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite!

Studienplan Textilingenieurwesen (2)

Weißrussland

	Bezeichnung der Fächer	Anzahl der Stunden bei 5 Jahren davon				Anzahl der Std. bei 3,5 Jahren davon			
		<i>Insgesamt</i>	<i>Vorlesung</i>	<i>Labor</i>	<i>Praktische Aufgaben</i>	<i>Insgesamt</i>	<i>Vorlesung</i>	<i>Labor</i>	<i>Praktische Aufgaben</i>
2.	<i>Allgemeinbildende und allg.berufsbild. Fächer</i>	1774	767	448	559	1553	690	354	509
2.1	höhere Mathematik	388	159	36	193	388	159	36	193
2.2	Physik	242	121	69	52	242	121	69	52
2.3	Chemie	140	70	70	140	70	70		
2.4	Chemie der hochmolekularen Verbindungen	54	36	18		54	36	18	
2.5	Computer und Programmieren	123	53	70		123	53	70	
2.6	Theoretische Mechanik	88	35		53	88	35		53
2.7	Festigkeitslehre	105	53	17	35	105	53	17	35
2.8	Theorie der Maschinen, Mechanisierung und Arbeiten	69	17		52	69	17		52
2.9	Maschinendetails und Anfertigung von Entwürfen	68	36	18	14	54	36	18	
2.10	Deskriptive Geometrie und graphische Darstellung	124	36		88	124	36		88
2.11	Elektrotechnik und Grundlagen der Industrie-Elektronik	78	32	46					
2.12	Arbeitsschutz	42	28	14					
2.13	Wärmetechnik und Wärmeenergieeinsparung	56	28	28		56	28	28	
2.14	Strahlenschutz*	28	14	14		28	14	14	
2.15	Ökologie*	28	14	14		28	14	14	
2.16	Schutz der Bevölkerung und Wirtschaftsobjekte vor ungewöhnlichen Situationen	54	18		36	54	18		36
2.17	Entwurf eines Werkstücks nach Zeichnung*	87	17	34	36				

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite!

Studienplan Textilingenieurwesen (3)

	Bezeichnung der Fächer	Anzahl der Stunden bei 5 Jahren davon				Anzahl der Std. bei 3,5 Jahren davon			
		<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben	<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben
3.	<i>Spezialfächer</i>	1291	649	488	154	844	438	322	84
3.1	Werkstoffkunde der Bekleidungsindustrie	223	87	122	14	136	52	84	
3.2	Entwerfen der Textilien	72	36	36		70	28	42	
3.3	Metrologie, Standardisierung und Zertifikation	56	28	28					
3.4	Maschinen und Geräte der Produktion von Textilien	42	28	14		42	28		14
3.5	Technologie der Textilien	228	100	128		156	80	76	
3.6	Chemisierung der technologischen Prozesse in der Bekleidungsindustrie	42	28	14		42	28	14	
3.7	Material für die Herstellung von Textilien	42	28	14					
3.8	Projektierung eines Unternehmens	68	36	18	14	54	36	18	
3.9	Automatisierung der technologischen Prozesse	42	28	14					
3.10	Ökonomie der Branche	70	42		28	28	14		14
3.11	Organisation und Planung der Produktion	98	56		42	28	14		14
3.12	Kontrolle, Statistik und technisch-ökonomische Analyse der Wirtschaftsunternehmen	56	28		28	56	28		28
3.13	Wissens. Forschung*	50	18	18	14	36	18	18	
3.14	Einführung in das Fach	36	18	18					
3.15	Entwurf einer Charakteristik von Textilien	54	18	36					
3.16	Wahlkurse (nach Festsetzung des Hochschulrates)								
3.16.1	Lehrforschungsarbeit der Studenten **								
3.16.2	Patentierung, Lizenzierung	14	14			14	14		
3.16.3	Erfassen u. Optimieren der technologischen Prozesse	42	28	14		42	28	14	
3.16.4	SAPR in der Branche	28	14	14		28	14	14	
3.17	Management*	28	14		14	28	14		14

Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite!

Studienplan Textilingenieurwesen (4)

	Bezeichnung der Fächer	Anzahl der Stunden bei 5 Jahren davon				Anzahl der Stunden bei 3,5 Jahren davon			
		<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben	<i>Insgesamt</i>	Vorlesung	Labor	Praktische Aufgaben
4.	<i>Fächer der Spezialisierung</i>								
4.1	Fach: Technologie der Textilherstellung	518	224	210	84				
4.1.1	Maschinen und Geräte der Bekleidungsindustrie	98	42	28	28				
4.1.2	Technologie d. Textilhers.	168	70	70	28				
4.1.3	Entwurf von Textilien	112	42	56	14				
4.1.4	Projektierung von Unternehmen der Bekleidungsindustrie	140	70	56	14				
4.2	Fach: Technologie Kleidung nach persönlicher Bestellung	532	238	210	84				
4.2.1	Maschinen und Geräte für die individuelle Anfertigung	99	42	29	28				
4.2.2	Fach: Technologie der Kleidungsanfertigung auf individuelle Bestell.	182	84	70	28				
4.2.3	Entwerfen von Kleidung auf individuelle Bestell.	112	42	56	14				
4.2.4	Projektierung von Dienstleistungsbetrieben	140	70	56	14				

** plus 150 Stunden Selbstarbeit

4.7 Reformen

Reformansätze sind vor allem in der Curriculumentwicklung und der Etablierung neuer Berufe, z.B. Sozialarbeiter, Manager, Unternehmer, zu beobachten. Die Höhe der Arbeitslosenzahlen unter Jugendlichen nach Abschluß einer Berufsausbildung legt jedoch die Vermutung nahe, daß das System den Anforderungen des Arbeitsmarkts nicht mehr genügt. 1996 gingen 17% der PTU-Absolventen und 10% der mittleren Fachausbildung [SSUZ] zunächst direkt in die Arbeitslosigkeit über.¹⁰⁸

Ein angestrebtes Ergebnis einer Kooperation mit der *European Training Foundation* [ETF] in Turin ist die Gründung regionaler branchenübergreifender Ausbildungszentren.

108 Kalitskij, 1998, S. 11.

Durch den Aufbau dieser Zentren soll sowohl das zentralistisch organisierte institutionelle Netz als auch die überaus enge fachliche Spezialisierung der Ausbildungsgänge reformiert werden, die beide als Erbe des sowjetischen Berufsbildungssystems übernommen wurden. Ausbildungsangebote sollen sich somit einerseits mehr am regionalen Bedarf in den jeweiligen Gebieten und der dort vorherrschenden industriellen Struktur orientieren und andererseits eine zu frühe enge Spezialisierung in kleinen Fachgebieten zugunsten der Vermittlung berufsübergreifender Schlüsselqualifikationen vermeiden. Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellt auch die Reduzierung des Verzeichnisses der Ausbildungsberufe von 154 auf 116 Nennungen dar.

Nach eingehender Untersuchung muß zum jetzigen Zeitpunkt offen gesagt werden, daß sich viele Reformvorstellungen bisher nicht verwirklichen ließen. Trotz langjähriger Erfahrungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung, fehlen in der Praxis die richtigen Instrumente zur Entwicklung und Durchsetzung von Reformvorhaben. Zunächst müssen im Bereich der Berufsbildungsforschung die Grundlagen für eine wissenschaftliche Verankerung und Fundierung gelegt werden. Eine solche Basis ist vermutlich eher in der Lage, reformträge Politiker auf allen Ebenen von der Notwendigkeit der Durchführung von Reformmaßnahmen zu überzeugen. Einigkeit über eine allgemeine Reformstrategie besteht bereits. Sie berücksichtigt in erster Linie folgende Themen:

- Orientierung an den Anforderungen des Weltmarkts, am Arbeitskräfteexport ins Ausland und dem inländischen Arbeitsmarkt;
- Auseinanderfallen von großen staatlichen Industriekomplexen in kleine Unternehmenseinheiten mit unterschiedlichen Eigentumsformen;
- Änderung der Anforderungen an die Ausbildung, besonders im kaufmännischen Bereich, Computertechnologie und Informatik;
- Beteiligung der Sozialpartner an der Berufsausbildung;
- Zusammenfassung einzelner, ähnlicher Berufe in Berufsgruppen;
- Ausarbeitung und Erstellung von integrierten Lehrplänen.

4.7.1 Modell der kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung

Für den Bereich der Berufsbildung hat das RIPO parallel zum ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsprozeß das Modell der kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung ständig weiterentwickelt. Viele Bildungseinrichtungen arbeiten schon nach diesem Prinzip. Wörtlich übersetzt beschreibt die Bezeichnung schon einige der Ansprüche, die an das Modell gestellt werden: „Pausenlose und viele Niveaus abdeckende berufliche Bildung“. Hauptziele des Projekts sind tatsächlich, die Ausbildungszeit der Jugendlichen zu verkürzen und die Möglichkeit des Erhalts mehrerer qualifizierender Abschlüsse zu schaffen. Bei positivem Verlauf der Ausbildung geht damit auch eine finanzielle Einsparung individueller und gesellschaftlicher Art einher.

Um die Ausbildung der Fachkräfte rationaler zu gestalten, haben sich *Lehr-Wissenschaftliche Vereinigungen* gegründet. Dieser Verbund ermöglicht es den besten Schülern an die jeweils höher stehende Bildungseinrichtung zu wechseln und dabei die ersten Stu-

dienjahre einzusparen. Das Bildungssystem kann somit in einer kürzeren Zeit durchlaufen werden. Bestens haben sich in diesem Zusammenhang Lernorte bewährt, die zwei oder sogar drei Niveaus von Bildungsabschlüssen unter einem Dach vermitteln können, z.B. *Höhere Colleges*. In Minsk arbeiten derzeit drei Höhere Colleges nach dem Prinzip der permanenten Bildung: Fernmeldewesen, Radiotechnik und Flugtechnik.

Positive Erfahrungen hat man am *College für Bauwesen in Mogilëv* mit der *Permanente Bildung* gemacht. Nach der Einführung neuer Lehr- und Lernmethoden beobachtete man bei den Absolventen einen höheren Grad an Selbständigkeit im späteren Berufsleben und ein kooperativeres Verhalten in der Gruppe. Einen Nachteil stellt jedoch noch die mangelnde Akzeptanz dieser Ausbildung unter den potentiellen Arbeitgebern dar.¹⁰⁹

4.7.2 *Integration von Lehrplänen*

Ein noch junges Beispiel¹¹⁰ unter dieser Überschrift ist die Abstimmung der Lehrpläne zwischen den PTU und SSUZ in Vitebsk und der Staatlichen Vitebsker Technologischen Universität. In diesem Fall sind an dem Modell einer Lehr-Wissenschaftlichen Vereinigung die drei wichtigsten Arten von Bildungseinrichtungen in Belarus beteiligt, und zwar: Beruflich-technische Schule [PTU], Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] und eine Hochschuleinrichtung [VUZ].

Methodisch wird die Anpassung der Lehrpläne an die jeweils nachfolgende Bildungsstufe vom RIPO begleitet. Ein sehr aufwendig angelegtes Evaluierungsverfahren soll die tatsächlichen Möglichkeiten, die in dem Modell liegen, ausbalancieren.

4.8 **Berufsbildungsforschung**

In den letzten 20 Jahren der Existenz der Belarussischen Sozialistischen Sowjetrepublik (BSSR) wurde auf Unionsebene verstärkt Wert auf eine Entwicklung der Berufsbildungswissenschaft gelegt. Vorreiter waren hier *das Allunionsinstitut für beruflich-technische Bildung* in Leningrad und *das Forschungsinstitut für Berufspädagogik* in Kasan.

Die absolut führende Rolle in der Berufsbildungsforschung heute spielt in Belarus das im März 1993 gegründete *Republik-Institut der Berufsbildung* [RIPO] mit seinen 200 Mitarbeitern. Das Institut erforscht in erster Linie unter der Aufsicht des Bildungsministeriums wissenschaftlich-methodische Fragestellungen, betreibt wissenschaftliche Forschung und führt selbst Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen durch. Die Analyse ausländischer Bildungssysteme, das Erstellen einer Datenbank Berufsbildung und Monitoring gehören ebenfalls zu seinen Aktivitäten. Darüber hinaus hat das Institut auch die Aufgabe, die Berufsbildungsforschung in Belarus zu koordinieren.

109 Kušner, Ju. Z.: *Organizacyjnaja-pedagogičnyja osnovy vychavajčaj dzejnasci majstera PTU*. In: *Adukacyja i vychavanne*, 70(1997)11, S. 79 - 83.

110 Vgl. dazu S. 72, S. 80 f., S. 85 ff.

Neben der wissenschaftlichen Forschung nimmt das Institut als eine seiner Hauptaufgaben auch Politikberatung wahr. So werden Vorschläge und Leitlinien für die politischen Vorgaben, die für eine Entwicklung des Berufsbildungssystems von Nöten sind, ausgearbeitet. Ansonsten beschäftigt sich die Forschung mit neuen Konzepten zur Ausbildung auf jeder Bildungsstufe und mit Umschulungsmaßnahmen.¹¹¹

Eine Vernetzung von Instituten, die sich in Mittel- und Osteuropa mit Berufsbildungsforschung beschäftigen, wird über die ETF im Rahmen eines EU-Projektes angestrebt. Zunächst gilt es jedoch, in diesem Forschungsfeld beschäftigte Organisationen und Einrichtungen zu identifizieren.¹¹²

111 RIPO: Informacionno-reklamnyj spravošnik [Informationsdossier], Minsk 1996.

112 European Commission: Identifying and assessing VET research institutes in the partner countries-a discussion paper. Terms of reference. Brüssel: 1997, S 9.

5 Weiterbildung und berufliche Weiterbildung

5.1 Grundlagen

Unter Weiterbildung werden die Erwachsenenbildung, insbesondere das Nachholen von Bildungsabschlüssen, die staatlich geförderte Fortbildung der Arbeiter und Fach- und Führungskräfte, die kommerzielle, individuelle Fortbildung und die Umschulung von Arbeitslosen bzw. von Arbeitslosigkeit bedrohte Personen verstanden. Jedes Jahr durchlaufen ungefähr 400 000 Arbeiter und 150 000 Personen des Leitungspersonals diese Einrichtungen. Hervorgerufen durch den Transformationsprozess mit den parallel dazu entstandenen Phänomenen Anpassung an die Marktwirtschaft, Entstehung von neuen Berufsbildern, Arbeitslosigkeit ist in der Republik Belarus der Weiterbildungsbedarf enorm gestiegen. Im gleichen Atemzug findet Weiterbildung am Arbeitsplatz aufgrund der angespannten Situation der Betriebe praktisch kaum noch statt, Das System kann die Ausbildungslücken nicht schließen, obwohl zwischen 1992 und 1995 eine Vielzahl (ca. 50) nicht staatliche Aus- und Weiterbildungseinrichtungen eröffnet wurden. Im Jahre 1996 deckte die Gesamtzahl der Einrichtungen dieses Sektors den Bedarf nur um 50%.¹¹³

Resultierend aus dieser Erkenntnis werden von Bildungsexperten der Staatsführung Vorschläge unterbreitet, welche das Weiterbildungssystem erheblich verbessern sollen. Die führende Rolle des Staates bei der Durchsetzung dieser Forderungen wird dabei gesehen:

- Aufbau eines Netzes von Einrichtungen verschiedener Organisations- und Rechtsformen der postgradualen Ausbildung;
- staatliche Unterstützung der Träger von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fach- und Führungskräfte;
- Sicherung der Unternehmerischen Freiheit in der Sphäre der Weiterbildung;
- Prognosen und Perspektiven zur Entwicklung des Weiterbildungssystems;
- Gewährung von wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Garantien für die Entwicklung des Systems der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften.

1995 wurde am *RIPO* die Abteilung für wissenschaftlich-methodische Fragestellungen zur Ausarbeitung von Curricula der postgraduierten Aus- und Weiterbildung gegründet. Sie soll die positiven Tendenzen zur Entwicklung von regionaler Entscheidungskompetenz in der beruflichen Erstausbildung und den Anforderungen der Betriebe an die Weiterbildung zu nutzen. Wissenschaftler im *Bildungsministerium* erarbeiteten bereits Programme, Lehrbücher und Handbücher wie: Wirtschaft im Betrieb, Ethik und Psychologie der Beziehungen im Dienst, Verwaltung durch das Personal. Für die Koordinierung dieser Arbeit wurde eine Datenbank über die hochqualifizierten Fachkräfte aus allen Branchen der Wirtschaft zusammengestellt. Man bestimmte dafür etwa 200 Lehranstalten, die in nächster Zeit die Weiterbildung fördern werden. Besonderes Augenmerk unter Fachleuten wird auf das Erlernen von Fremdsprachen gelegt.

113 Carl Duisberg Gesellschaft (Hrsg.): Bildungssysteme im Wandel. 1996, S. 30.

5.2 Erwachsenenbildung

Einrichtungen der Erwachsenenbildung sollen in erster Linie der erwachsenen Bevölkerung die Möglichkeiten geben, einen qualifizierenden Abschluß nachzuholen, den sie in der vorgegebenen, zunächst eingeschlagenen Bildungslaufbahn nicht erreicht haben. Auf diese Weise können der Abschluß der vollständigen allgemeinen mittleren Bildung an einer OSS, die mittlere Fachausbildung, die Hochschulbildung in Form von Fern- und Abendkursen an Abteilungen der SSUZ und VUZ und an speziellen Fern- und Abend-SSUZ und auch eine Berufsausbildung an UZ, UKK, PTU und unmittelbar im Unternehmen nachgeholt werden.

Nach einer Analyse¹¹⁴ der Anbieter von Weiterbildungsmaßnahmen für Erwachsene zwischen 1990 und 1996 sank die Anzahl der Abendschuleinrichtungen an Allgemeinbildenden Mittelschulen [OSS] von 104 (1990) auf 82 (1996). Im selben Zeitraum ging auch die Zahl der Lernenden von 26 900 auf 20 900 zurück. 1994/95 erhielten 5689 Lernende auf diese Art die vollständige Mittelschulbildung und 2 790 Lernende die Basisbildung (unvollständige Mittelschulbildung). Eine rückläufige Tendenz ist auch an den SSUZ auszumachen. Hier sank die Zahl der Abendschüler von 5 400 (1990) auf 1 500 (1996) und die Zahl der Fernschüler von 31 100 (1990) auf 23 300 (1996). An den SSUZ boten 1996 folgende Abteilungen Weiterbildung für Erwachsene an:

- 74 Fernunterrichtsabteilungen an den SSUZ;
- 6 Abendunterrichtsabteilungen an den SSUZ;
- 1 SSUZ für den Fernunterricht;
- 1 Abendschulfiliale einer SSUZ;
- 4 Fernunterrichtsabteilungen an nichtstaatlichen SSUZ.

An den staatlichen Hochschuleinrichtungen waren 34 Fernstudienabteilungen und vier Abendschulabteilungen eingerichtet. Auf dem nichtstaatlichen Sektor lagen diese Zahlen bei 17 Fernstudienabteilungen und fünf Abendschulabteilungen.

5.3 Berufliche Weiterbildung

5.3.1 Arten der beruflichen Weiterbildung

Zu den Grundarten der beruflichen Weiterbildung gehören:

- Kurse mit neuen Zielsetzungen als Folge der marktwirtschaftlichen Reformen und Änderungen der Technologien;
- Lehrgänge für Mechaniker in landwirtschaftlichen Unternehmen;
- Umschulung in sekundäre Berufe für Fachkräfte;
- Erhöhung der Qualifizierungsstufe;
- Umschulung der Arbeitslosen;
- Lehrgänge für Nicht-Berufstätige;
- Kurse des technischen Fortschritts (Erfahrungslehrgänge).

114 Škljar A. Ch.: *Obrazovanie i perepodgotovka vzroclogo naselenija* (unveröffentl.). Minsk 1996.

1990 waren in der beruflichen Weiterbildung über 2 Mio. Personen (40% aller Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft) erfaßt; ein paar Jahre später betrug die Zahl wegen fehlender Mittel und unbestimmter Perspektiven der umgewandelten Unternehmen und Institutionen nur ein Viertel davon (etwa 500 000).¹¹⁵

5.3.2 *Lernorte und Dauer der Weiterbildung*

Die Lehrgänge für die berufliche Fortbildung und die Förderung der Qualifizierung haben eine Dauer von zwei bis sechs Monaten, andere Weiterbildungsmöglichkeiten dauern von einigen Tagen bis zu mehreren Wochen.

Die Fortbildung für Fachkräfte mit agrarbezogener Hochschulbildung findet einmal im Laufe von fünf Jahren statt; die Kurse dauern von einigen Wochen bis zu zwei bis drei Monaten. Zu Weiterbildungsveranstaltungen von mindestens zwei Wochen Dauer werden die Leiter und Spezialisten von landwirtschaftlichen Betrieben einmal in zwei bis drei Jahren eingeladen. Die Kurse schließen mit einer Prüfung und dem Anfertigen einer schriftlichen Arbeit ab. Die Arbeit muß beim Verwaltungsinstitut des Agrar-Industriellen-Komplexes abgegeben werden. Eine weitere Art der Fortbildung ist die Teilnahme an praktischen Seminaren in Lehrzentren oder Kombinatn einmal pro Jahr.¹¹⁶

Viele Lehrgangskombinate und Ausbildungszentren bestehen wegen der Knappheit der Finanzmittel nicht mehr. Die verbliebenen Lehrgänge haben ihre Ausbildungsdauer reduziert, manche Lehrräume werden an Firmen verpachtet. Problembereiche sind die fehlende Sanierung und Modernisierung der Lehrräume/Werkstätten und die Erneuerung der Lehrpläne, Lehr- und Handbücher. In den Unternehmen und Institutionen sind viele Lernorte in ihren Kapazitäten reduziert worden.

5.4 **Umschulung**

Umschulungsmaßnahmen gewinnen mehr und mehr an Bedeutung, was auf die zunehmend angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Nach Angaben des staatlichen Arbeitsamtes waren 1992 insgesamt 1 667 Umschüler zu verzeichnen. Diese Zahl stieg bis 1997 (nur die Monate Januar-September) auf 14 609, also auf das Zehnfache, an. Für die Kurse stehen 120 Lehrdienststellen zur Verfügung, die Kenntnisse in mehr als 160 Spezialgebieten und Berufen vermitteln. Von diesen Dienststellen sind die meisten (80) in ZU, UKK der jeweiligen Ministerien und sonstigen Ämtern, Unternehmen und Organisationen angesiedelt. Die inhaltlich wichtigeren Maßnahmen werden an jeweils 16 Weiterbildungsinstituten und Abteilungen der Hochschulen angeboten.¹¹⁷

115 Nach Angaben der amtlichen Statistik der Verwaltung für Weiterbildung der Fachkräfte des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft (Stand: 01.01.1995).

116 Ministerstvo sel'skogo chozajstva i prodovol'stvo RB: Programma razvitija agrarnogo obrazovanija RB na 1997-1999 gg., 1997, S. 12.

117 Škljar A.Ch.: Obrazovanie i perepodgotovka bzcrologo naselenija, a.a.O.

6 Personal im beruflichen Bildungswesen

6.1 Ausbildung der Lehrer aller Stufen

Die Lehrkräfte sollen bei der Umgestaltung von Wirtschaft, Kultur und Sozialstruktur eine führende Rolle spielen. Im Schuljahr 1997/98 waren 146 731 Lehrkräfte an den allgemeinbildenden Schulen tätig. In dieser Zahl sind auch die Schulleiter, Sozialpädagogen, Psychologen und andere Bedienstete enthalten. Von dieser Gesamtzahl waren 82,6% Frauen und 17,4% Männer; 80,7% hatten einen Hochschulabschluß.¹¹⁸ An den 22 Hochschuleinrichtungen, die dem Bildungsministerium unterstehen waren im selben Jahr 10 882 Lehrkräfte beschäftigt. Davon hatten 519 Personen den Grad eines Doktors der Wissenschaft und 5 125 den Grad eines Kandidaten der Wissenschaft. 44,3% der an den Hochschuleinrichtungen Lehrenden waren Frauen.¹¹⁹

Die Lehrkräfte werden ausgebildet:

- in pädagogischen Klassen der allgemeinbildenden Sekundarschulen; in der Oberstufe erwerben sie eine vorberufliche pädagogische Bildung, danach werden Pädagogische Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] und Hochschulen hinzugezogen;
- in pädagogischen Gymnasien, in Schulen mit pädagogischer Fachrichtung;
- in Lyzeen, die Pädagogischen Hochschulen angeschlossen sind;
- in pädagogischen Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]; man bildet hier die Lehrer für die Primarstufe bis zum Unterricht im 4. Schuljahr sowie Erzieherinnen und Kindergärtnerinnen aus;
- in Pädagogischen Hochschulen und an den Universitäten; sie bilden die Lehrer für allgemeinbildende Schulen des Sekundarbereichs, für berufliche und fachliche Schulen sowie auch für die Hochschulen (zur Abhaltung der dort vorgeschriebenen allgemeinbildenden Kurse) aus;
- in Industriepädagogischen Technika und Colleges; man bildet hier Meister und Betriebsinstrukteure (Ausbilder) mit mittlerer Fachausbildung heran;
- an Ingenieur-pädagogischen Fakultäten der Hochschulen mit technischen Berufsabschlüssen; sie bilden Lehrer für PTU, Technika und Hochschulen aus;
- an Universitäten und in Akademien. In diesen Einrichtungen werden Lehrer für alle Stufen herangebildet;

In Zukunft wird auf Anregung der Belorussischen Staatlichen Pädagogischen Universität in Minsk eine ganzheitliche Pädagogikausbildung in drei Stufen angeboten. Einen wichtigen Abschnitt nehmen dabei die kontinuierlich zu absolvierenden Praktika ein.¹²⁰

118 MARB: Vyličal'na-analityčny céntr: Pedahahičnyja kadry ahul'naadukacyjnych škol pa stanu na 1 kastryčnika 1997 hoda (statystyčny davednik), Minsk 1997.

119 MARB: Vyličal'na-analityčny céntr: Profesarska-vykladčyckija rabotniki vyšejšykh navučal'nych ustanou ministérstva adukacij pa stanu na 1 studzenja 1997 hoda (statystyčny davednik), Minsk 1997.

120 Bodar, V.A.: Arbeitspapier zur wissenschaftlichen Tagung „Reform der Lehrerbildung in der Folge der politischen und gesellschaftlichen Transformation“: Tendenzen der Entwicklung pädagogischer Bildung in der RB (Arbeitsübersetzung von Wolfgang Thiem), Berlin 1997.

Erste Stufe:

1. Semester: Einführung in die Pädagogik (Exkurs in das Entstehen, die Entwicklung und die aktuelle Situation der Pädagogik)
 2. Semester: Grundlegende Aspekte der pädagogischen Tätigkeit (Betonung von drei Aspekten: Sprache der Pädagogen; Umgang mit den Schülern; pädagogische Führung der Tätigkeit der Schüler)
 - 1./2. Semester: Besuch von Schulen und Treffen mit Lehrern
 3. Semester: Grundlagen der Didaktik (geistige Entwicklung der Schüler; Logik und Mittel des Unterrichts; Vorbereitung auf lebenslanges Lernen und Selbstbildung)
 4. Semester: Prozeß der Persönlichkeitsentwicklung (Erziehung als ganzheitlicher Prozeß mit dem Kernstück der moralischen Erziehung)
 - 3./4. Semester: inneruniversitäre Praxis in Form von außerunterrichtlicher erzieherischer Arbeit; 4-wöchiges Schulpraktikum
1. Semester: Steuerung des Bildungssystems
 2. Semester: Geschichte pädagogischer Systeme
 3. Semester: sechswöchiges Unterrichts- und Erziehungspraktikum in der Schule.

Zweite Stufe:

1. Semester: Theorie des Unterrichts und der Entwicklung
2. Semester: Theorie der Erziehung und Selbsterziehung
 - 1./2. Semester: individuelles Praktikum bei einem Lehrer/Dozenten eines Technikums
 - 3./4. Semester: Spezialkurse zur Auswahl, z.B. Pädagogische Ethik, Sozialpädagogik
3. Semester: 4-wöchiges Praktikum in der Schule

Dritte Stufe:

- 1./2. Semester: Wissenschaftliche Grundlagen des Prozesses der Herausbildung der Persönlichkeit; Methodik der pädagogisch-wissenschaftlichen Forschung
- 1./2. Semester: Untersuchung schulischer Probleme; unterstützende Kooperation mit einem Lehrer; experimentelle Arbeit in der Schule

6.2 Lehrpersonal in der beruflichen Bildung¹²¹

Bezogen auf die Lehrtätigkeit an den PTU wird zwischen Lehrmeistern, Lehrern und Fachlehrern unterschieden. Die Gesamtzahl der an den PTU Lehrenden, den *Ingenieur-Pädagogen*, lag 1996/97 bei 14 168. 54% von ihnen hatten Hochschulbildung, 1,6% abgebrochene Hochschulbildung, 40,7% den Abschluß einer Einrichtung der mittleren Fachausbildung [SSUZ] und 3,5% die vollständige mittlere Bildung. Der Anteil der mit Hochschulbildung arbeitenden Lehrer hängt dabei in erster Linie von den Positionen in der Bildungseinrichtung ab. So haben z.B. alle 240 Direktoren der PTU eine Hochschulbildung (33,8% Ingenieur-Pädagogen; 45,4% Pädagogen), während dieser Anteil bei den

121 Ministerstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus⁴, Vyličal'na-Analityčny céntr: Sjarédnija specyjal'nyja navučal'nyja ustanovy Réspubliki Belarus⁴, 1996 (2);
Ministerstva adukacyi i navuki Réspubliki Belarus⁴, Vyličal'na-Analityčny céntr: profesijnajatechničnyja bučyliščy, 1996 (1).

Lehrmeistern nur bei 22,7% liegt. Die Lehrmeister an den PTU haben vorwiegend (70,7%) einen Abschluß des mittleren Bildungsniveaus, z.B. Techniker. Sie werden in *Ingenieur-Pädagogischen Schulen* und einigen *Technischen Hochschulen* ausgebildet. Die 3 906 Lehrer (1996/97) für die allgemeinbildenden Fächer und die 1 535 Lehrer für den berufsbezogenen Unterricht haben fast alle Hochschulbildung (96,4 bzw. 93,7%).

Industrie-Pädagogische Einrichtungen der mittleren Fachausbildung befinden sich für die drei Bereiche Bauwesen, Leichtindustrie und Landwirtschaft in Witebsk, Minsk und Pinsk. Die Curricula fördern die sekundäre Spezialbildung (psychologisch-pädagogisch) und vermitteln eine hohe berufliche Qualifikation. Die Abgänger dieser Schulen arbeiten vorwiegend als Ausbilder der Ausbilder. Zu bemerken sei an dieser Stelle, daß sowohl die Ausbilder, also die Lehrmeister in den Betrieben, als auch die Ausbilder derselben ernannt werden. Eine Tätigkeit dieser Kategorie setzt zwar ein gewisses Bildungsniveau voraus, entsprechende Abschlußzertifikate sind jedoch nicht zwingend erforderlich. Von den 11 000 Lehrern an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] hatten im Schuljahr 1996/97 fast alle, nämlich 93,9% eine Hochschulbildung.

Berufspädagogische Hochschulbildung, die Ausbildung zum *Ingenieur-Lehrer*, wird an drei Hochschulen vermittelt: der Polytechnischen Akademie in Minsk, dem Staatlichen Pädagogischen Institut in Mozar und der Belorussischen Agrartechnischen Universität in Minsk. Die Fachausbildung wird an diesen Einrichtungen mit psychologisch-pädagogischen und ingenieur-technischen Elementen verknüpft. Die Vorbereitung der Lehrkräfte geschieht innerhalb verschiedener Berufsfelder: Mechanik und Metallbearbeitung, Bauwesen, Landwirtschaft, usw.

Eine pädagogische Ausbildung für die höhere Berufsbildung findet praktisch nicht statt, da die Weiterqualifizierung nach dem Studium im Rahmen einer Aspirantur oder Doktorantur eher der wissenschaftlichen Karriere dient.

Wie oben bereits erwähnt, hat sich ein Technikum in Pinsk auf die Qualifikation von Lehrern im Ausbildungssektor Agrar spezialisiert. In dieser Form ist es einzigartig in der Republik Belarus. Die Lehrmeister in den PTU müssen sich heute den neuen Anforderungen bei der Vermittlung von Fachwissen stellen. Das Bildungsniveau dieser Personengruppe war bisher sehr heterogen, meist besuchten sie Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ]. In den PTUs – Nr. 123 in Mogiljov und Nr. 73 in Bobruisk – werden Eigeninitiativen von Meistern in der Ausbildung gefördert, die autonom Unterrichtsmodelle entwickelt haben, welche geeignet sind, neue Bereiche, wie z.B. soziale Verantwortung unter den Bedingungen der Marktwirtschaft, zu erschließen.

Zukünftig soll ein neues Ausbildungssystem für Lehrkräfte die Möglichkeit schaffen, die Zahl des wissenschaftlich-pädagogisch geschulten Personals an den Bildungseinrichtungen zu erhöhen. Im Agrarsektor bedeutet dies, daß jährlich 70 Aspiranten, 75 wissenschaftliche Pädagogen und 500 Personen in Form von Weiterbildungsmaßnahmen ausgebildet werden.

6.3 Ausbildung der Lehrkräfte im Betrieb

Eine geregelte Ausbildung der Lehrkräfte in den Betrieben findet kaum statt, sieht man einmal von den zur pädagogischen Ausbildung gehörenden Praxiselementen ab. Wie weiter vorn bereits erwähnt, wird der Lehrmeister in den Betrieben in der Regel von der Betriebsleitung bestimmt. Voraussetzungen sind ein entsprechendes Bildungsniveau (für Lehrmeister ein Abschluß der mittleren Fachausbildung) und Erfahrung und Bewährung am Arbeitsplatz.

In den letzten Jahren ist die Ausbildung im Betrieb wegen der Knappheit der Finanzmittel wesentlich reduziert worden. Kenntnisse über neue Techniken und andere Innovationen eignen sich die sogenannten Ausbilder selbst an. Zur pädagogischen Fortbildung werden sie, koordiniert direkt vom Bildungsministerium] oder vom RIPO, ungefähr einmal in drei Jahren zu ein- bis zweiwöchigen Kursen nach Minsk eingeladen.

7 Länderübergreifende Mobilität, Internationale Berufsbildungszusammenarbeit

7.1 Anerkennung von Abschlüssen

Der Wichtigkeit der internationalen Zusammenarbeit wird zunächst in Artikel 38 des Bildungsgesetzes Rechnung getragen. Demnach sollen im Rahmen einer Kooperation auf dem Gebiet der Bildung die Voraussetzungen für eine gegenseitige Anerkennung von Dokumenten über die Bildung geschaffen werden. Alle Zeugnisse und Diplome werden nach erfolgreich abgelegten staatlichen Qualifikationsprüfungen ausgestellt. Sie sind auf dem ganzen Territorium in Belarus gültig.

Nicht staatliche Lehranstalten müssen sich einem Lizenzierungsverfahren des Staates stellen, um die Vergleichbarkeit mit den Staatsprüfungen zu gewährleisten. Sie erhalten so das Recht, Zeugnisse und Diplome auszustellen, die den staatlichen Unterlagen gleichwertig sind.

Für die Anerkennung weißrussischer Berufsabschlüsse in den meisten GUS-Staaten gelten bi- und multinationale Regierungsvereinbarungen. Wenn solche Verträge fehlen, müssen weißrussische Diplome und Zeugnisse im Ausland ein Anerkennungsverfahren durchlaufen.

7.1.1 Anerkennung von Berufsbildungsabschlüssen, z.B. in Deutschland

Bei dem Anerkennungsverfahren belorussischer Berufsbildungsabschlüsse werden grundsätzlich zwei Ebenen, Qualifizierter Arbeiter und Meister, unterschieden. Diese Einteilung wurde schon zu Zeiten der Sowjetunion vorgenommen.

Der *Qualifizierte Arbeiter* hat seinen Abschluß entweder auf der unteren Qualifikationsebene (Ausbildung im Betrieb, an den Allgemeinbildenden Mittelschulen [UPK] oder an einigen Beruflich-technischen Schulen [PTU]) oder auf der mittleren Qualifikationsebene (PTU, Höhere Beruflich-technische Schule [VPU] und betriebliche Weiterbildung) erworben. Der Meister zeichnet sich dagegen durch ein erfolgreiches Absolvieren einer Ausbildung der oberen Qualifikationsebene (Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] oder entsprechende betriebliche Weiterbildung) aus.

Die Ausbildungsgänge der unteren Ebene schließen in der Regel mit einer Prüfung, bestehend aus einem praktischen Teil, einer mündlichen Prüfung und der Auswertung und Kontrolle der Betriebspraktika und des Berichtsheftes, ab. Auf der mittleren Ebene verlangt man zusätzlich eine schriftliche Arbeit, die einen Nachweis der Übertragungsfähigkeit von der Theorie auf eine Situation in der Praxis erbringen soll.

Nach eingehender Prüfung der verlangten Kenntnisse und Leistungen kann ein Abschluß der mittleren Qualifikationsebene durchaus mit dem eines deutschen Facharbeiters gleichgesetzt werden, was für die untere Qualifikationsebene gleichermaßen nicht zu-

trifft. In diesem Fall kommt das Abschlußniveau nicht über die Stufe eines Anlernens hinaus.

Eine Anerkennung als Meister wird in vielen Fällen den Absolventen der mittleren Fachausbildung zugeordnet, obwohl strukturell wie auch inhaltlich deutliche Unterschiede verglichen mit einem deutschen, z.B. Industriemeister, auszumachen sind. Entscheidend wirkt sich in diesem Fall der spätere Einsatz im Betrieb aus, der eine eindeutige Führungsrolle vor der oben genannten mittleren Ebene vorsieht.¹²²

7.2 Internationale Bildungszusammenarbeit

Zu Beginn der neunziger Jahre haben sich in der Republik Belarus eine Vielzahl von neuen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Ausland entwickelt. Die Einbindung in multilaterale Organisationen schuf auch auf dem Gebiet der Bildung Plattformen für den internationalen Austausch. Hier sind zunächst die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die Vereinten Nationen (UNO) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) zu nennen, die in erster Linie dafür sorgen, daß die Weltöffentlichkeit Informationen und verlässliche statistische Angaben erhält. Leider war deren Arbeit in den letzten Jahren starken Einschränkungen unterworfen, da sich die politische Führung des Landes einem ungehemmten Informationsfluß entgegenstellt.

Internationale Kooperation in vielfältiger Art hat sich seit 1985 aus einem unglücklichen Ereignis heraus ergeben: der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Aus dieser Notsituation entwickelten sich nicht nur kurzfristige Hilfsprojekte, sondern darüber hinaus auch langfristig angelegte Projekte der Zusammenarbeit, z. B. im Bereich der UNESCO und UNICEF Zentren für soziale und psychologische Rehabilitation, Bildungsmaterial und Ausstattung, Fremdsprachenunterricht für Tschernobyl-Spezialisten. In besonderem Maß hat sich Deutschland bei der Tschernobyl-Hilfe hervorgetan. In den Jahren 1991 - 1996 kamen allein 40% der ausländischen Unterstützung zur Bewältigung der Folgen des Atomunfalls aus Deutschland.¹²³

Die EU hat im Bildungsbereich zur Unterstützung des Transformationsprozesses in Belarus zahlreiche Programme aufgelegt, die über die Europäische Kommission von der Europäischen Stiftung für Berufsbildung (ETF), die auch eigene Programme finanziert, von Turin aus koordiniert werden. Die Projekte werden in der Regel aus dem Tacis-Gesamtprogramm oder dem Tacis-Tempus-Programm, das der Förderung der Entwicklung der Hochschulbildung dient, finanziert.¹²⁴ Der Gesamtbetrag der Unterstützung aus dem Tacis-Gesamtprogramm von 1991-1995 betrug 51,55 Mio. ECU, von denen der größte Anteil, 21,82 Mio. ECU der Umstrukturierung von Staatsunternehmen und der Entwicklung des privaten Sektors dienen; für die Reform der öffentlichen Verwaltung,

122 Göring Hans: Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen. Berufliche Bildung und berufliche Qualifikation in der UdSSR, Hrsg: Bundesinstitut für Berufsbildung, Berlin 1992.

123 UN-Report Belarus, Minsk 1996.

124 Europäische Kommission: Tacis-Programm Jahresbericht 1996.

soziale Dienste und Bildungswesen wurden 1,68 Mio. ECU im selben Zeitraum aufgewendet. Die Förderung im Rahmen des Tempus-Programmes, sie lag monetär in den Jahren 1993-1996 bei 5,677 Mio. ECU für 35 Projekte, dient unter anderem der Umstrukturierung der Hochschulbildung zu einem dreistufigen System: Bakkalaureat – Magister – Kandidat der Wissenschaft. Für die Jahre 1998/99 wurden als Prioritäten Recht, incl. Europäisches Recht, Sozialarbeit, Europäische Studien, Ökonomie und Lehrerausbildung ausgegeben. Weggelassen auf der Prioritätenskala ist der Bereich Landwirtschaft/Agrarwirtschaft, der 1996/97 noch eine große Rolle spielte.¹²⁵ Ein Großprojekt zur Reformierung der Curricula in der Agrarausbildung auf allen Ebenen des Bildungssystems ist inzwischen installiert worden.

Der stellvertretende Rektor der landwirtschaftlichen Akademie in Gorki hat bereits in mehreren Artikeln auf die Wichtigkeit von Auslandsaufenthalten für die Entwicklung von Forschung und Lehre, auch im Hinblick auf das Tacis-Projekt, hingewiesen.¹²⁶ Die Eröffnung neuer Fachrichtungen ist praktisch nur unter Zuhilfenahme der detaillierten Hilfe von Experten aus anderen Ländern möglich, die entsprechende Erfahrungen gemacht haben. Verbindungen ins Ausland helfen auch bei der Entscheidungsfindung auf Ministerial- und Hochschulebene, und nicht zuletzt ist auch finanzielle Unterstützung zu erwarten, solange die ökonomische Lage in Belarus noch angespannt ist (z.B. Tacis, Tempus etc.). Folgende Aufgaben können ohne den Ausbau von Auslandskontakten praktisch nicht bewältigt werden:

- Austausch der Lehrerfähigkeiten mit traditionsreichen Universitäten der Welt, Analyse der Lehrpläne und Arbeitsprogramme für alle Disziplinen, auf dieser Basis Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen für neue Spezialgebiete, die eröffnet werden sollen;
- Entwurf neuer Basisrichtlinien der Agrarausbildung;
- Aspiranten und Doktoranden haben die Chance, ihren Abschluß im Ausland zu machen und lernen so neue Richtungen kennen (in Dresden, Stuttgart und Toulouse ist dies bereits möglich);
- Einladen von ausländischen Spezialisten zur Durchführung von Seminaren oder ganzen Kursen an Universitäten in Belarus;
- Erhalten von Lehrbüchern und wissenschaftlichen Artikeln;
- Ausstattung der Fachgebiete mit Computertechnik u.a., evtl. mit ehemaliger Programm-Technik der Projektpartner (Tacis, Tempus usw.);
- Berufs- und Sprachausbildung der Studenten im Ausland, Praktika;
- Seminare, Symposien und Konferenzen, um wissenschaftliche Informationen auszutauschen;
- Organisation von Dienstreisen für weißrussische Wissenschaftler ins Ausland zur Teilnahme an der westlichen Forschung;
- Erschließung von weltweiten Informationssystemen, z.B. Internet;

125 ETF: Fact-sheet Tempus in Belarus, Turin 1998.

126 Kartaševič A.N., Noskova S.A.: Rol' meždunarodnogo sotrudničestva pri podgotovke spetsialistov dlja agrarnogo sektora in: Sel'skoe chozjajstva segodnja 36(1997)2, S. 16 - 17.

- Weiterbildung der Lehrer für Fremdsprachen bei einer Partnerinstitution, z.B. Goethe-Institut.

Seit 1996 hat sich, aufgrund der politisch zweifelhaften Situation in Belarus, die Förderpolitik der EU und Deutschlands grundlegend geändert. Finanzmittel aus dem Tacis-Programm werden nur noch für Projekte bewilligt, die der Entwicklung von Demokratie, Pressefreiheit und Menschenrechten dienen. Da der Hochschulsektor hier eine entscheidende Rolle spielt, ist das Tempus-Programm sogar finanziell noch besser ausgestattet worden. Ein Tacis Richtprogramm für die Jahre 1996 - 1999 konnte nicht ausgehandelt werden.

7.3 Internationale Berufsbildungszusammenarbeit

Wichtige Aktivitäten auf dem Gebiet der Berufsbildung, die von der ETF selbst oder aus dem Tacis Programm finanziert werden, sind:

- Einrichten von nationalen Beobachtungsstellen, welche die Entwicklung des Berufsbildungssystems beobachten, analysieren und beschreiben. In Belarus ist die nationale Beobachtungsstelle am RIPO angesiedelt.
- Personalentwicklungsprogramm: Aufgabe dieses Programmes ist die bessere Abstimmung von Berufsbildung und Arbeitsmarkt zur effektiveren Anpassung an die nationalen Notwendigkeiten.
- Sprachausbildung: eng angelehnt an das Tempus-Programm wird die Fremdsprachenausbildung in den Teilnehmerländern gefördert. Inhaltlich richten sich die Maßnahmen an einen Personenkreis, der sich mit internationaler Kooperation, technischer Hilfe u.ä. beschäftigt.

Sehr erfolgreich arbeitet seit seiner Gründung in Ungarn im Jahr 1995 der *Club für Berufsbildung in Mittel- und Osteuropa*. Der Club, in dem die unterschiedlichsten Institutionen des Berufsbildungsbereichs aus vielen Ländern des Einflussbereichs der ehemaligen Sowjetunion zusammenarbeiten, bietet eine hervorragende Chance, sich über die ähnlich gelagerten Probleme auszutauschen. Zusammenkünfte, die einmal im Jahr stattfinden sollten, werden heute in der Regel von den teilnehmenden Ländern selbst finanziert, während die Gründung des Clubs vom BIBB und der ETF mit einer Anschubfinanzierung bedacht wurde.¹²⁷ Im Jahr 1997 fand das Treffen des Clubs in Minsk statt, wo es vom belorussischen Clubmitglied RIPO organisiert wurde.

7.4 Bildungs- und Berufsbildungszusammenarbeit mit Deutschland

Aus deutscher Sicht muß dem Transform-Programm des BMBF erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Für die Durchführung der Berufsbildungsprojekte auf der Ebene der Fachkräfteaus- und -weiterbildung, die aus Mitteln dieses Programms finanziert werden, zeigt sich in der Regel das BIBB in Bonn verantwortlich. Im Rahmen der Projektgestal-

127 Bundesinstitut für Berufsbildung, ETF; Nemzeti Szakképzési Intézet: Klubs für Berufsbildung in Mittel- und Osteuropa. VET Systems Qualifikationen Datenbank. Budapest: 1996, S. 110.

tung hat sich die Zusammenarbeit des BIBB mit dem Bildungsministerium und dem RIPO in Minsk bewährt. 1997 konnten folgende Projekte durch- bzw. weitergeführt werden:¹²⁸

- Kaufmännische Übungsfirmen in Minsk und Vitebsk (Bereich: kaufmännisch-verwaltend);
- Zusammenarbeit in der Berufsbildungsforschung (für Experten der Berufsbildung);
- Kfz-Modellzentrum Bobruisk (gewerblich-technisch/Kfz-Bereich). Vorbereitend für das Modellzentrum wurden von weißrussischen und deutschen Experten gemeinsam neue Lehrpläne für den Beruf des Kfz-Servicetechnikers entwickelt.
- Modellhafte Bankenberufsbildung (kaufmännisch-verwaltend/Banksektor);
- SPS-Modell-Labor (gewerblich-technisch).

Neben diesen größeren Projekten werden über das Transform-Programm auch kleinere und Kleinstprojekte abgewickelt. In diesem Zusammenhang sind einige Bundesländer besonders aktiv. In Sachen Bildungsreform wird Belarus von den Ländern Hamburg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen unterstützt. Niedersachsen und Sachsen engagieren sich verstärkt auf dem Gebiet der Aus- und Weiterbildung von belarussischen Fach- und Führungskräften.¹²⁹

Die meisten dieser Kooperationsprojekte werden über die Kreditanstalt für Wiederaufbau finanziert. In den Jahren 1996 und 1997 wurden die Maßnahmen der Berufsbildungszusammenarbeit von der Bund-Länder-Kommission (BLK) erfaßt und dokumentiert. Demnach betrug 1996 die Anzahl der Projekte mit Belarus im Bereich der beruflichen Bildung 37 und ein Jahr später 29.¹³⁰

Auf der Hochschulebene sind 1994 von der Hochschulrektorenkonferenz 24 Kooperationsprojekte zwischen Deutschland und Belarus registriert worden, die teilweise vom Tempus-Projekt der EU unterstützt wurden. Auf belarussischer Seite sind die Staatliche Polytechnische Akademie und die Staatliche Universität in Minsk hervorzuheben, die sich besonders kooperationsfreudig zeigen.¹³¹

Aus der Bildungslandschaft in Deutschland ragen dementsprechend zwei Einrichtungen heraus. Das *Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management der Universität Bremen* unterhält hervorragende Beziehungen zu der oben bereits erwähnten Staatlichen Polytechnischen Akademie in Minsk und führt in diesem Zusammenhang Austauschprogramme für Studenten durch. Ähnlich gestaltet sich die Arbeit des Fachbereichs *Wirt-*

128 Bundesinstitut für Berufsbildung: Berufsbildung in Mittel- und Osteuropa. Grundlagen, Aufgaben, Maßnahmen und Projekte, Berlin 1997.

129 Bundesministerium für Wirtschaft: Die Beratung Mittel- und Osteuropas beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Konzept und Beratungsprogramme der Bundesregierung, Bonn 1997.

130 Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Kooperationen des Bundes und der Länder mit MOE-/NU-Staaten im Bereich der beruflichen Bildung. Bonn: 1996, S. 4 und 1997, S. 4.

131 Hochschulrektorenkonferenz: Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen in Belarus. Materialien zur Hochschulkooperation, Bonn 1994.

schaft an der Fachhochschule Osnabrück, der darüber hinaus noch DAAD-Stipendiaten aus der Republik Belarus in Deutschland betreut.

Eine Koordinierungsstelle für Projekte der Bildungszusammenarbeit ist die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte in Minsk, die in Zusammenarbeit mit weißrussischen Partnern von dem *Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB)* in Dortmund errichtet wurde. Sie dient sowohl als Anlaufstelle als auch als Veranstaltungsort für Tagungen, Seminare und Konferenzen und ist in seiner Form einzigartig in der weißrussischen Hauptstadt. Das IBB zeigt sich auch verantwortlich für die Herausgabe der *Belarus-News*, einer Zeitung, die Vierteljährlich über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Weißrussland berichtet.

Insgesamt werden zur Zeit 30% der offiziellen belarussischen Kooperationsprojekte im Bildungsbereich – d.h. vom Bildungsministerium unterzeichnet – mit deutschen Bildungseinrichtungen und ähnlichen Organisationen durchgeführt.

Nicht zu vergessen sind die unzähligen Fachkontakte, die noch zu Zeiten der Existenz der DDR und der Sowjetunion geknüpft wurden und heute enorm zum besseren Verständnis der jeweiligen Bildungssysteme beitragen.

8 Zusammenfassung

Die Republik Belarus befindet sich auch neun Jahre nach Erklärung ihrer Unabhängigkeit noch in einer schwierigen Umstrukturierungsphase. Einerseits möchte das Land die neu gewonnenen Möglichkeiten nutzen und an der gesamteuropäischen Entwicklung im Bildungsbereich partizipieren, andererseits hat sich die politische Führung in den meisten politischen und gesellschaftsrelevanten Fragen für eine Ostorientierung und eine autokratische Staatsführung entschieden, was diese Einbindung erheblich erschwert.

Seit dem von internationalen Beobachtern als unrechtmäßig eingestuften Referendum im November 1996, welches dem derzeitigen Präsidenten Lukaschenka fast uneingeschränkte Macht einräumte, hat die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Weißrussland wieder ein Niveau erreicht, welches eher an die Zeiten des kalten Krieges erinnert, als Hoffnung für ein konstruktives Zusammenwachsen zuließe. Bis auf Weiteres sind fast sämtliche Bemühungen zur konkreten Zusammenarbeit auf politischer und ökonomischer Ebene eingestellt worden.

Weißrusslands Wirtschaft geht es schlecht, auch wenn Statistikinstitute aus der Hauptstadt Minsk das Gegenteil signalisieren. Das Land braucht dringend internationale Unterstützung, man denke nur an die Beseitigung der Folgeschäden der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.

Bei der Anpassung des Berufsbildungssystems an die Herausforderungen einer neuen gesellschaftlichen und politischen Ordnung ist das Vorhandensein eines Minimums an finanzieller Ressource dringend von Nöten. Internationale Projekte, die im Ansatz einen positiven Ausgang versprochen, konnten oft nicht fortgesetzt oder umgesetzt werden, weil dazu keine Geldmittel vorhanden waren. Ein weiterer Grund für das Scheitern internationaler Kooperationen ist das gestiegene Mißtrauen in Weißrussland gegenüber dem Westen.

Nichtsdestotrotz findet eine Entwicklung im Bereich der Berufsbildung statt. Die Notwendigkeit der besseren Abstimmung von Maßnahmen der beruflichen Bildung und dem Arbeitsmarkt sind schon zu Beginn der neunziger Jahre erkannt worden. Um die Effizienz der Berufsbildung zu steigern, wird die Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungseinrichtungen untereinander, auch im Hinblick auf die wechselseitige Abstimmung der Curricula gefördert. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang das Modell der *kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung*, das vom Republik-Institut für Berufsbildung [RIPO] ausgearbeitet und teilweise bereits umgesetzt wurde.

So soll als Voraussetzung für gut ausgebildete Arbeitskräfte Schritt für Schritt ein entwickeltes System der Erst-, und Weiterbildung der Facharbeiter entstehen. Gleichzeitig erfordern die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Reformen eine Neubestimmung der Grundziele, der Struktur und der Methodologie des beruflichen Bildungswesens. Das ist unter anderem durch die Reduzierung der Beschäftigungszahlen in staatlichen Großbetrieben und Behörden und durch das Anwachsen der Erwerbstätigen in Mittel- und

Kleinbetrieben und im informellen Sektor bedingt, deren Arbeitgeber an einem flexiblen, hochqualifizierenden Ausbildungssystem interessiert sind. Es wächst die Betriebsmobilität und persönliche Verantwortung jedes erwerbstätigen Menschen für die Lösung der Probleme der eigenen Arbeitsvermittlung.

Hervorgerufen durch die gesellschaftlichen Veränderungen, verschärfte sich in den ersten Jahren der Transformation das Problem der Arbeitslosigkeit. Von diesem Phänomen waren zunächst die traditionellen Arbeitsverfahren betroffen, was dazu führte, daß mehr als die Hälfte der Mitarbeiter in der Industrie Fort- oder Weiterbildung erhalten mußten. Mitte des Jahres 1997 lag die offizielle Arbeitslosenquote bei 3,4%.

Grundsätzlich muß das berufliche Bildungswesen offener und flexibler werden. Das heute gültige Gesetz *Über Bildung in der Republik Belarus'* kann nicht mehr die vielseitigen Verflechtungen des sozialen und wirtschaftlichen Komplexes im Rahmen der Umschulung und der Weiterbildung der Fachkräfte regulieren. Diese Realitäten fordern entsprechende Veränderungen im Gesamtkomplex der Gesetzgebung in Belarus'.

Aus diesem Grund ist Mitte der neunziger Jahre ein Entwurf des *Gesetzes über die Berufsbildung* ausgearbeitet worden. Das Projekt sah eine einheitliche, staatliche berufliche Bildungspolitik vor, die dynamisch und flexibel auf die Veränderungen in Technologien und in der Betriebsverwaltung reagiert und mehr Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung für alle Bevölkerungsschichten unter neuen marktwirtschaftlichen Gegebenheiten garantiert. Es wurden Grundbegriffe wie Beruf, berufliches Bildungswesen, beruflich-technisches Bildungswesen, System des beruflichen Bildungswesens, Berufsfeld, berufliche Fort- und Weiterbildung, Qualifizierung, Stufen der Berufsbildung, Standard des beruflichen Bildungswesens usw. formuliert.

Bis heute ist das Berufsbildungsgesetz nicht verabschiedet worden und die bildungspolitischen Leitlinien deuten auch nicht auf eine verstärkte Beschäftigung mit diesem Thema in naher Zukunft hin.

Die Berufsbildung findet daher trotz aller Reformbemühungen immer noch traditionell auf den drei Ebenen Beruflich-technische Bildung [PTU], Berufsbildung an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung [SSUZ] und berufliche Hochschulbildung statt. Auch wenn das System auf den ersten Blick flexibler und durchlässiger geworden ist, neue Schulformen entstanden sind und die Zusammenarbeit mit dem Ausland sich positiv entwickelt hat, darf dies nicht darüber hinweg täuschen, daß nur wenig Bürger Weißrusslands an diesen Innovationen teilhaben.

9 Literatur

9.1 Weiterführende Literatur

Diese Literaturhinweise sollen dabei helfen, das Feld der beruflichen Bildung weiter zu erschließen. Es handelt sich um eine Auswahlbibliographie der wichtigsten deutsch- und englischsprachigen Literatur seit dem Erscheinungsjahr 1990. Für bedeutende Standardwerke gilt jedoch diese zeitliche und sprachliche Begrenzung nicht.

- Andreev, Vladimir: Die Bildungsreform in der Republik Belarus – Entwurf und Realisierung. In: Schmidt, Gerlind (Hrsg.): *Bildungsentwicklung nach dem Zerfall der Sowjetunion*. Kasachstan, Belarus, Litauen, Russische Föderation, Frankfurt a. M.: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung 1995, S. 43-60.
- Avis, George: Problems of Educational Change in Belarus. In: *Education in Russia, the Independent States and Eastern Europe*, 16 (1998) 2, S. 51-62.
- Belarus. In: *Mittel- und osteuropäische Bildungssysteme. Kurzdarstellungen*. 3., erw. und aktual. Aufl., Wien: Institut für Vergleichende Bildungs- und Hochschulforschung 1996, S. 21-41.
- Brauer, Ute/Nolden, Hans-Peter: Weißrußland. Qualifizierung von Multiplikatoren, Fachschul- und Berufsschullehrer(innen). In: *Kaufmännische Qualifizierung – Voraussetzung für eine erfolgreiche Umstrukturierung der Volkswirtschaften in Mittel- und Osteuropa*, Nürnberg: BW, Bildung und Wissen, Verlag und Software 1994, S. 217-227.
- Bugrova, Irina: Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime. Mannheim: Universität, Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa 1998. 44 S. (Untersuchungen des FKKS. 1998, 18)
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): *Berufsbildung in Mittel- und Osteuropa. Grundlagen, Aufgaben, Maßnahmen und Projekte*. Berlin: BIBB 1997. 111 S. (TRANSform Mittel- und Osteuropa Berufsbildung. Materialien)
- Carl-Duisberg-Gesellschaft (Hrsg.): *Bildungssysteme im Wandel. Führungskräfteweiterbildung im Transformationsprozeß der mittel- und osteuropäischen Reformstaaten mit Beiträgen aus Belarus, Lettland, Polen, Rußland und der Ukraine*. Köln: CDG 1996. 186 S.
- Göring Hans: Anerkennung von Aussiedlerzeugnissen. Berufliche Bildung und berufliche Qualifikation in der UdSSR. Berlin/Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung 1992. 350 S.
- Gribow, Grigorij/Wenskowitsch, Michail: Weißrussische und deutsche Studenten über Lebenswerte. Ergebnisse einer Befragung. In: *Bildung und Erziehung*, 49 (1996) 1, S. 71-76.
- Hochschulrektorenkonferenz (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit mit Hochschulen in Belarus*. Bonn: HRK 1994. 59 S. (Materialien zur Hochschulkooperation)
- Institute for Comparative Education Research (Hrsg.): *Zakon Respubliki Belarus' 598. Ob obrazovannii v Respublike Belarus' (1991) / Law No. 598 of the Republic of Belarus. „On Education in the Republic of Belarus“ (1991) / Gesetz Nr. 598 der Republik Belarus „Über die Bildung in der Republik Belarus“ (1991)*. Vienna: ICER 1996. 64 S. (C.E.U.S Data and Document Series. 1)
- Kalitskij, Édvard Mechislavovič u. a.: *The VET System in the Republic of Belarus. Recent Changes, Challenges and Reform Needs*. Minsk: Republican Institute of Vocational Education, National Observatory Network, National Observatory of Belarus 1998. V, 106 S. (National Observatory Stocktaking Report. Working Report)

- Kuebart, Friedrich: Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. In: Technisch-ökonomischer Wandel und Reformen in der Berufs- und Allgemeinbildung sozialistischer Staaten. Deutsche Demokratische Republik, Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei. Bochum: Arbeitsstelle für Vergleichende Bildungsforschung der Ruhr Universität 1989, S. 81-170.
- Lindner, Rainer: Nationsbildung durch Nationalgeschichte. Probleme der aktuellen Geschichtsdiskussion in Weißrußland. In: Osteuropa, 44 (1994) 6, S. 578-589.
- Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Republik Belarus. Komitee für Wissenschaft und Technologie (Hrsg.): Wissenschaft und Technik in der Wirtschaft der Republik Belarus (Weißrußland). Minsk: MBW 1996. 72 S.
- Ministerstva Statstiki i Analiza Respubliki Belarus' (Hrsg.): Respublika Belarus' v Cifrach. Kratkij Statističeskij Sbornik 1998 = Republic of Belarus in Figures. Statistical Abstract. Minsk: MSARP 1998. 87 S.
- Ministry of Education of the Republic of Belarus (Hrsg.): Education Development. National Report of the Republic of Belarus. International Education Conference, 44th Session, Geneva, 1994. Minsk: MERB 1994. 132 S.
- Randall, David: Higher Education Reform. An Interim Consideration of Some Experience from Hungary and Belarus. In: The Bulletin of the Study Group on Education in Russia, the Independent States and Eastern Europe, 13 (1995) 2, S. 50-57.
- Schneider, Eberhard: Gewerkschaften in Rußland, der Ukraine und in Belarus. Ergebnisse einer Fact-Finding Mission. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1992. (Berichte. 1992, 45)
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Länderbericht Weißrußland 1994. Stuttgart: Metzler-Poeschel 1994. 128 S.
- Titarenko, Larissa: The Value Orientations of Belarus Youth. In: Riordan, James/Williams, Christopher/Ilynsky, Igor (Hrsg.): Young People in Post-Communist Russia and Eastern Europe, Aldershot / Brookfield, Vt.: Dartmouth 1995, S. 117-124.
- Tomiak, Janusz J.: Education in the Baltic States, Ukraine, Belarus' and Russia. In: Comparative Education, 28 (1992) 1, S. 33-44.
- Tomiak, Janusz J.: Erziehung, kulturelle Identität und nationale Loyalität in neu entstehenden Staaten. Die Fälle Ukraine und Belarus. In: Bildung und Erziehung, 46 (1993) 4, S. 393-409.

9.2 Benutzte Literatur

Die sonstige benutzte deutsch-, englisch- und weissrussischsprachige Literatur und andere Quellen sind hier aufgenommen, soweit sie nicht in den Fußnoten ausführlich zitiert sind.

- Alexandrova, Olga/Timmermann, Heinz: Die Union Rußland – Belarus im Kontext der Intra-GUS-Beziehungen. T. 1. Kontroversen in Moskau über den Vertrag mit Minsk. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1997. 5 S. (Aktuelle Analysen. 1997, 15)
- Alexandrova, Olga/Timmermann, Heinz: Die Union Rußland – Belarus im Kontext der Intra-GUS-Beziehungen. T. 2. Verstärkte Differenzierungsprozesse in der GUS. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1997. 5 S. (Aktuelle Analysen. 1997, 16)

- Belarus-News. Dortmund: Internationales Bildungs- und Begegnungswerk 1998 ff. [Zeitschrift mit chronologisch geordneten Informationen über die Ereignisse in Belarus im vergangenen Quartal; ausführliche Hintergrundberichte zu den Bereichen: belarussische Innen- und Außenpolitik, Wirtschaft, Initiativen und Kultur; erscheint vierteljährlich]
- Belorusskaja Sovetskaja Ėnciklopedija (Hrsg.): 2000 professij, special'nostej, dolžnostej [2000 Berufe, Fachgebiete und Anforderungen]. Minsk. BSĖ 1986. 412 S.
- Bieder, Hermann: Sprachenpolitische Tendenzen in Weißrußland. In: Wodak, Ruth / Cillia, Rudolf de (Hrsg.): Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa, Wien: Passagen-Verlag 1995, S. 29-35.
- Bögenhold, Jens: Das Bankwesen der Republik Belarus. Bremen: Universität 1996. 39 S. (Berichte aus dem Weltwirtschaftlichen Colloquium der Universität Bremen. 41)
- Bundesanstalt für Arbeit (Hrsg.): Aufbau und Reform ausländischer Arbeitsverwaltungen. Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit in den MOE-Staaten. Nürnberg: BfA 1997. 77 S.
- Bundesministerium für Wirtschaft (Hrsg.): Die Beratung Mittel- und Osteuropas beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft. Konzept und Beratungsprogramme der Bundesregierung. Bonn: BfW 1997. 161 S.
- Gerasimovič, F. T. u. a.: Davednik dlja pastupajučych u sjarédnija specyjal'nyja navučal'nyja ustanovy RB u 1998 godze [Handbuch für die Aufnahme an Einrichtungen der mittleren Fachausbildung der RB für das Jahr 1998]. Minsk: Vyš. Šk. 1998. 163 S.
- Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Negative Konsequenzen der Reformrückschritte werden sichtbar. Kiel: IfW 1997. 18 S. (Kieler Diskussionsbeiträge. 295)
- Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum endet in der Währungskrise. Kiel: IfW 1998. 18 S. (Kieler Diskussionsbeiträge. 314)
- Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Verordnetes Wachstum ohne Perspektive? Kiel: IfW 1997. 26 S. (Kieler Diskussionsbeiträge. 307)
- Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.): Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus. Weitere Restauration der Planwirtschaft. Kiel: IfW 1998. 23 S. (Kieler Diskussionsbeiträge. 327)
- Kalitskij, Ė. M.: Professija, professiologija i professional'noe obrazovanie. Metodologičeskie aspekty [Beruf, Beruflichkeit und Berufsbildung. Methodologische Aspekte]. Minsk: Respublikan'skij Institut Professional'nogo Obrazovanija 1996. 37 S.
- Kalitskij, Ė. M./Kričevskij, Ju. I.: Novye professii. Podgotovka molodeži k predprinimatel'skoj dejatel'nosti [Neue Berufe. Vorbereitung der Jugend auf unternehmerische Tätigkeiten]. Minsk: Respublikan'skij Institut Professional'nogo Obrazovanija 1996. 55 S.
- Libava, R. D./Gaponava, N. S.: Davednik dlja pastupajučych u profesijsna-techničnyja navučal'nyja ustanovy RB u 1998 godze [Handbuch für die Aufnahme an beruflich-technische Schulen der RB für das Jahr 1998]. Minsk: IMCĕtr 1998. 136 S.
- Lisejčikov, O. E./Krot, M. S./Gladkov, Ju. I.: Konceptual'nye podchody k proektirovaniju i obnovleniju soderžanija obščego srednego obrazovanija v reformiruemoj škole [Konzeptionelle Wege der Projektierung der Reform der Inhalte der allgemeinen mittleren Bildung in der reformierten Schule]. In: Ministerstvo Obrazovanija Respubliki Belarus' / Nacional'nyj Institut Obrazovanija (Hrsg.): Na puti k reforme školy. Struktura i soderžanie obrazovanija [Auf dem Weg zur Schulreform. Die Struktur und die Erneuerung der Bildung]. Minsk: MORB / NIO 1997, S. 29-66.

- Ministerstva Adukacyi Rěspubliki Belarus'/Nacyjanal'ny Instytut Adukacyi (Hrsg.): Časovy dzjaržaŭny standart asnoŭnaj ahuł'naj adukacyi. Praekt [Staatlicher Stundenplan der allgemeinen mittleren Bildung]. Minsk: MARB / NIA 1998.
- Ministerstva Adukacyi Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-Analityčny Centr (Hrsg.): Ahuł'naadukacyjnaja školy pa stanu na 6 verasnja 1997 hoda. Statystyčny davednik [Allgemeinbildende Mittelschulen in der Republik Belarus im Schuljahr 1997/98. Statistisches Handbuch]. Minsk: MARB (1997) 1.
- Ministerstva Adukacyi i Navuki Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-Analityčny Cėntr (Hrsg.): Profesijna-techničnyja bučylišcy [Beruflich-technische Schulen]. (1996) 1. 121 S.
- Ministerstva Adukacyi Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-Analityčny Centr (Hrsg.): Profesijna-techničnyja bučylišcy. Pa stanu na pačatak 1997/98 navučal'naha hoda. Statystyčny davednik [Beruflich-technische Schulen im Schuljahr 1997/98. Statistisches Handbuch] Minsk: MARB (1997) 2.
- Ministerstva Adukacyi i Navuki Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-Analityčny Cėntr (Hrsg.): Sjarėdnija specyjal'naja navučal'naja ustanovy Rěspubliki Belarus' [Einrichtungen der mittleren Fachausbildung der Republik Belarus]. (1996) 2. 113 S.
- Ministerstva Adukacyi Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-analityčny Centr (Hrsg.): Sjarėdnija specyjal'naja navučal'naja ustanovy Respubliki Belarus'. Pa stanu na pačatak 1997/98 navučal'naha hoda. Statystyčny davednik [Einrichtungen der mittleren Fachausbildung der Republik Belarus im Schuljahr 1997/98. Statistisches Handbuch]. Minsk: MARB (1997) 3.
- Ministerstva Adukacyi Rěspubliki Belarus'. Vyličal'na-Analityčny Centr (Hrsg.): Vyšėjšaja navučal'naja ustanovy RB: Pa stanu na pačatak 1997/98 navučal'naha hoda. Statystyčny davednik [Hochschuleinrichtungen der RB im Schuljahr 1997/98. Statistisches Handbuch]. Minsk: MARB 1997. 79 S.
- Republican Institute of Vocational Education (Hrsg.): The Role of Vocational Education and Training in the Process of Social and Economic Transformation of Republic of Belarus. Materials of the International Conference 12-13 March 1996. Minsk: RIPO 1996. 116 S.
- Republik-Institut für Berufsbildung (Hrsg.): Informationsdossier. Minsk: RIPO 1996. 15 S.
- Sahm, Astrid: Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse. Mannheim: Universität, Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa 1995. 31 S.
- Škljar, A. Ch.: Pedagogičeskaja sistema proizvodstvennogo obučenija v uslovijach nepereryvnoj mnogourovennoj podgotovki [Das pädagogische System des Unterrichts in Unternehmen unter den Bedingungen der kontinuierlichen, mehrstufigen Bildung]. Minsk: Respublikan'skij Institut Professional'nogo Obrazovanija 1997. 235 S.
- Škljar, A. Ch. u. a.: Proekt „Sovremennyj professionalizm“ kak osnova naučnogo soprovoždenija processov reformirovanija professional'nogo obrazovanija v Respublike Belarus' Das Projekt „Moderne Professionalisierung“ als Grundlage der wissenschaftlichen Erneuerung der Reformprozesse der beruflichen Bildung in der Republik Belarus]. In: Respublikan'skij Institut Professional'nogo Obrazovanija (Hrsg.): Materialy meždunarodnoj konferencii 12-13 marta 1996 goda, Minsk, Respublika Belarus'. Minsk: RIPO 1996, S. 50-65.
- Sokolova, G. N.: Struktura zanjatosti i bezroboticy. Problemy i tendencii [Struktur der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Probleme und Tendenzen]. In: Sociologičeskie Issledovanija, 22 (1996) 2, S. 17-24.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch für das Ausland 1998. Berlin: 1998.
- Strazev, V. I.: Reforma školy. Izmenenija, preobrazovanija, pereustroistvo [Schulreform. Veränderungen, Neugestaltung, Umbau]. In: Ministerstvo Obrazovanija Respubliki Bela-

rus'/Nacional'nyj Institut Obrazovanija (Hrsg.): Na puti k reforme školy. Struktura i soderžanie obrazovanija [Auf dem Weg zur Schulreform. Die Struktur und die Erneuerung der Bildung], Minsk: MORB/NIO 1997, S. 3-8.

Strunk, Stefan u. a.: Belarus. In: Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung (Hrsg.): Soziale Sicherung in West-, Mittel und Osteuropa, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft 1994, S. 200-212.

Timmermann Heinz: Politische Konfrontation in Belarus. Risiken und Chancen der weiteren Entwicklungen. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1996. 6 S. (Aktuelle Analysen. 1996, 59)

Timmermann Heinz: Das Verhältnis Belarus-Rußland. Ein widersprüchliches Beziehungsgeflecht. Köln: Bundesinstitut für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien 1998. 6 S. (Aktuelle Analysen. 1998, 2)

United Nations Office in Republic of Belarus (Hrsg.): Belarus. Environment for People. Minsk: UNORP 1996. 192 S.

United Nations Office in Republic of Belarus (Hrsg.): Belarus. State, Governance, People. Minsk: UNORP 1998. 113 S.

United Nations Office in Republic of Belarus / Unicef (Hrsg.): Children and Women of Belarus. Minsk: UNORP 1995. 112 S.

Vesselov, A. N.: Professionalno-techničeskoe obrazovanje v SSSR [Berufstechnische Bildung in der UdSSR]. Moskau: 1961. 467 S.

Weißenburger, Ulrich: Umweltprobleme und Umweltschutz in Weißrußland. In: Osteuropa-Wirtschaft, 40 (1995) 1, S. 13-23.

10 Dokumente, Rechtsgrundlagen

10.1 Gesetze, Verordnungen

Auszug aus dem Gesetz Nr. 598 der Republik Belarus: Über die Bildung in der Republik Belarus¹³²

Absatz II: Das nationale Bildungssystem der Republik Belarus

Artikel 18: Beruflich-technische Bildung

Die beruflich-technische Bildung hat die Ausbildung von Arbeitern, den Erhalt von Arbeits- und professionellen Fertigkeiten in Verbindung mit der Allgemeinbildung sowie geistige und körperliche Entwicklung zum Ziel.

Die beruflich-technische Bildung wird auf der Grundlage der vollständigen mittleren Bildung, auf der Grundlage der neunjährigen Basisbildung bei gleichzeitigem Erhalt der vollständigen mittleren Bildung oder mit Erhalt eines Berufsabschlusses verwirklicht.

Die Bürger erhalten eine Berufsausbildung in beruflich-technischen Lehranstalten. Die Berufsausbildung kann auch in Lehr- und Produktionskombinaten, -zentren und anderen Lehranstalten oder unmittelbar in der Produktion durchgeführt werden. Den Abschluß bilden Prüfungen, bei deren erfolgreicher Absolvierung eine entsprechende Qualifikation und ein dazugehöriges Dokument verliehen werden.

Artikel 19: Mittlere Fachausbildung

Die mittlere Fachausbildung hat das Ziel der Ausbildung von Spezialisten der mittleren Ebene, und zwar von unmittelbaren Organisatoren und Leitern von Anfangsstufen der Produktion, Assistenten von Spezialisten höchster Qualifikation und Personen, die eine bestimmte qualifizierte Arbeit, die nicht nur Berufskennnisse und -fertigkeiten, sondern auch eine entsprechende theoretische Ausbildung erfordert, selbständig ausführen kann.

Die mittlere Fachausbildung wird mit einer weiteren allgemeinbildenden Ausbildung und der geistigen und körperlichen Entwicklung der Schüler verbunden.

Die mittlere Fachausbildung wird in Technika, höheren Beruflich-technischen Schulen, Colleges und anderen Einrichtungen der mittleren Fachausbildung durchgeführt, darunter in denen, die mit Einrichtungen anderer Typen verbunden sind [z.B. Lernortverbund PTU – SSUZ].

132 Institute for Comparative Education Research (Hrsg.): Zakon Respubliki Belarus' 598. Ob obrazovannii v Respublike Belarus' (1991), 1996. S. 50 f.

Die mittlere Fachausbildung wird von den Absolventen mit Qualifikationsprüfungen bei Anfertigung eines Diplomprojekts oder anderer Formen der Abschlußbewertung der Schüler beendet. Personen, die erfolgreich eine mittlere Fachausbildung abgeschlossen haben, wird eine entsprechende Qualifikation zuerkannt und ein Diplom festgelegter Form ausgehändigt.

Artikel 20: Höhere Bildung

Die höhere Bildung hat das Ziel, Spezialisten für Produktion und Sozialwesen auszubilden, die über eingehende allgemeinwissenschaftliche und spezielle Kenntnisse (in Verbindung mit einer humanistischen, sozialpolitischen und ökonomischen Ausbildung) sowie über die nötigen praktischen Fertigkeiten auf dem gewählten Tätigkeitsfeld verfügen müssen.

Die Ausbildung von Spezialisten mit höherer Bildung wird auf der Basis der vollständigen mittleren Bildung, einer Berufsausbildung (plus vollständige mittlere Bildung) oder einer mittleren Fachausbildung in Universitäten, Akademien, Instituten und anderen Lehranstalten verwirklicht.

Für Auslese und Ausbildung der Jugend für das Studium an höheren Lehranstalten können Lyzeen, Colleges, Beruflich-technische Schulen, Vorbereitungsabteilungen und Kurse sowie andere Einrichtungen und Lehranstalten gegründet werden.

Die Ausbildung an höheren Lehranstalten wird auf der Basis der Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik, unter den Bedingungen einer engen Integration des Lehrprozesses und der wissenschaftlichen und praktischen (schöpferischen) Tätigkeit der Studenten und Lehrer durchgeführt. Mit diesem Ziel werden in oder bei den höheren Lehranstalten entsprechende wissenschaftliche Forschungsanstalten, Laboratorien, wissenschaftliche Produktions- und Forschungsunternehmen, Projekt-, Konstruktions- und Technologiebüros, Werkstätten oder andere Unternehmen und Organisationen zur Ausbildung von Fachkräften geschaffen.

Das Studium in den höheren Lehranstalten wird mit dem Staatsexamen im Spezialgebiet und/oder der Verteidigung eines Diplomprojekts (einer Diplomarbeit) beendet. Personen, die einen bestimmten Zyklus von Disziplinen erfolgreich abgeschlossen haben, kann entsprechend den Resultaten der Grad eines Bakkalaureats verliehen und ein entsprechendes Dokument ausgehändigt werden. Personen, die erfolgreich eine höhere Lehranstalt abgeschlossen haben, wird der Grad eines Magisters und/oder eine entsprechende Qualifikation zuerkannt, es wird ein Diplom bestimmter Form ausgehändigt.

10.2 Ausbildungsordnungen, sonstige Unterlagen:

10.2.1 Berufsbild des Nähers¹³³

In Textilbetrieben wird das Nähen von Erzeugnissen für den tagtäglichen und den technischen Bedarf auf Nähmaschinen unterschiedlicher Systeme (universale, spezielle) in der Fließbandmethode durchgeführt, die Einzelteile werden mit Hilfe einer Transporteinrichtung in einer bestimmten Abfolge von einer Maschine zur anderen geführt.

Der Näher führt in Abhängigkeit von der Technologie des Nähens und von der im Betrieb üblichen Arbeitsteilung verschiedene und im Schwierigkeitsgrad unterschiedliche Arbeiten aus: von der Bereitstellung weichen Verpackungsmaterials und dem Ansteppen der Firmenmarke bis zum Einsetzen von Ärmeln in den Ärmelausschnitt, von Unterkragen und Kragen. Bei der Arbeit überprüft er die Qualität des Zuschnitts, die Farbübereinstimmung von Kleinteilen, der Fäden, Knöpfe und der Hilfsmaterialien.

Er kontrolliert die Qualität der Naht, reguliert die Spannung des Fadens und die Festigkeit der Naht, entfernt Reste des Fadens, wechselt Spulen. Er erfüllt auch verschiedene Handarbeiten. Er heftet Einsätze verschiedener Konfiguration ein, Ärmel in den Ärmelausschnitt, Unterkragen in den Halsausschnitt usw. Er befestigt den Kragen am Unterkragen, die Patten und den Rückengürtel.

Der Näher steppt Falten, Schlitze, Reliefs, Stickereien. Er befestigt Häkchen, Ösen, Knöpfe, stellt Knopflöcher her und befestigt Applikationen an den Produkten. Er steppt Nähte, Schlaufen, befestigt Knöpfe, bezieht kartonierte Mützenschirme mit Segeltuch.

Der Näher kämmt das Fell von Mützen, befestigt Riemchen, Gummibändchen und erfüllt andere Aufgaben. Er muß kennen: die Eigenschaften des Stoffes, der Trikotagen, des Pelzes; das Sortiment des Nähzubehörs und die Methoden ihrer Verarbeitung; die technischen Bedingungen der auszuführenden Arbeiten; die Abfolge der Bearbeitungsschritte am Fließband.

Der Beruf hat Kategorien¹³⁴: in der Textilproduktion 1 bis 5, in der Pelzverarbeitung 1 bis 4, in der Trikotagenherstellung, in der textilen Kurzwarenherstellung und in anderen Produktionsbereichen der Textilindustrie 1 bis 3 Kategorien.

10.2.2 Qualifikationscharakteristik eines Nähers, Schneiders und Ingenieurs der Bekleidungsindustrie

Der Näher der 2. Kategorie (an PTU und andern Einrichtungen) muß können:

das Anfertigen von Teilstücken, von Teilen mit gerader Kante und mit Ecken; das Herstellen von Details aus verschiedenen Materialien; das Herstellen von Schlaufen und Knopflöchern; das Berücksichtigen von Kreideaufrißsen; das Abtrennen von Nähresten;

133 Belorusskaja Sovetskaja Ėnciklopedija: 2000 professij, special'nostej, dolžnostej. Minsk. 1986. S. 412.

134 Kategorie = Qualifikationsniveau siehe S. 66.

das Umnähen von Öffnungen mit der Hand für die Anbringung von Details und analoge Arbeiten; das Ankleben von Teilstücken, das Auftrennen von Nähten, das Zusammenfügen von Hemden; das Entfernen von Fäden provisorischer Nähte; das Verbinden von Aufhängern mit den Teilen, das Verbinden des Gürtels mit dem Kleidungsstück von Hand, das Verbinden der Enden von Gummibändern, der Enden von Borten, der Webkante mit Verzierungen, das Anbringen von Etiketten; das Zusammenziehen des Fadens für die Bildung von Falten nach dem Abnähen; das Reinigen von Teilen und dem ganzen Kleidungsstück mit Spezialgeräten oder chemischen Mitteln; die Kontrolle des Zuschnitts und der Übereinstimmung der Hilfsmaterialien gegenüber dem Produkt nach Farbe und Bestimmung; die Entfernung von Fadenresten, das Wechseln von Spulen; die Regulierung der Fadenspannung und der Festigkeit der Naht.

Der Näher der 3. Kategorie (an PTU und anderen Einrichtungen) muß können:

Er muß die Aufgaben der 2. Kategorie erfüllen können und darüber hinaus:

das Befestigen von Aufsätzen, Knöpfen und Hohlrieten, das Anzeichnen des Platzes von Druckknöpfen, Knöpfen und Knopflöchern auf Teilstücken; das Säumen von Öffnungen, Knopflöchern, das Anfertigen von Teilstücken mit einer speziellen Naht und mit einem Umschlag, das Anfertigen von genähten Details und ganzen Stücken; die Bearbeitung von anzubringenden Einzelteilen (Patten, Rückengürteln, Aufsätzen usw.); die Numerierung von Teilen; das Zusammenfügen von Teilen des Produktes, von Hilfsmaterialien mit der Hand, von einzelnen Zubehörteilen mit dem ganzen Stück, von Reißverschlüssen mit Einzelteilen; die Kontrolle der Farbübereinstimmung von Teilstücken, verwendeter Materialien und Fäden.

Der Schneider der 4. Kategorie (Einrichtungen der mittleren Fachausbildung) muß können:

Über die Arbeiten der 3. Kategorie hinaus:

1. Das Nähen unter Arbeitsteilung und die Änderung von Röcken, Hosen, Kombinationen, Oberhemden mit dabei enthaltenen Arbeitsschritten wie: Bearbeitung von Borten, Revers, Kragen, Halsausschnitten, Ärmellöchern, Taschenöffnungen, Säumen von Knopflöchern, das Anfertigen von Vorderteilen, von Schulterstücken; das Verbinden des Kragens mit dem Schulterstück, das Befestigen der Ärmel am Ärmelloch; das Nähen von Knopflöchern von Hand; die Prüfung des Sitzes der eingesetzten Ärmel, der gehefteten Schulterteile, des Kragenoberteils; das Dämpfen der betreffenden Erzeugnisse.
2. Die Bearbeitung der Einzelteile des Erzeugnisses;
3. Das Dämpfen der Einzelteile und ihre Reinigung;
4. Die Durchführung von Reparaturen durch Kleben, Einsetzen, Aufsetzen;

5. Das Anbringen von Zusätzen, Ansatzstücken, Applikationen (Knieschützer usw.) beim Nähen und bei der Änderung von Erzeugnissen.

Der Schneider der 5. Kategorie (Einrichtungen der mittleren Fachausbildung) muß können:

Er muß die Arbeiten der 3. bis 4. Kategorie erledigen können und:

1. Näharbeit nach individuellem Auftrag erfüllen, das Nähen von Modellen und Mustern, Änderung/Reparatur von Röcken, Hosen, Kombinationen, Oberhemden aus verschiedenen Materialien auf Maschinen oder per Hand ohne Arbeitsteilung oder mit Aufteilung in der Brigade bei Vorhandensein von Arbeitsschritten wie Wiederherstellung von angezeichneten Linien nach dem Anprobieren, Ausschneiden von Einzelteilen mit provisorischer Anzeichnung, die Anbringung von Aufsätzen und Ärmeln in entsprechende Öffnungen und das Dämpfen der Kleidung.
2. Näharbeiten mit Arbeitsteilung und Änderung/Reparatur von Erzeugnissen des zu bezahlenden Bereiches (außer Oberhemden, Hosen und Kombinationen).
3. Das Anfertigen von Applikationen und anderer Arten von einzelnen Arbeiten, wie Falten, Plissee, Rüschen, Volants, Anbringen von Spitzen, Bändern, Borten.

Aufgabenstellung des Textilingenieurs:

Der Spezialist wird ausgebildet für eine produktions-technologische, organisatorisch-leitende, projekt- und konstruktionsbezogene und wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Ausarbeitung von Technologien von Näherzeugnissen mit industrieller Herstellung (T.17.03.01) und ihre Herstellung und Reparatur auf Bestellung der Bevölkerung (T.17.03.03).

Der Spezialist wird für die Arbeit in Industriebetrieben (T.17.03.01), in Dienstleistungseinrichtungen, in Schneiderateliers (T.17.03.03), in wissenschaftlichen und Konstruktionsorganisationen in anfänglichen Dienststellungen eingesetzt, die für die Ersetzung von Spezialisten mit Hochschulbildung in standardisierten Nomenklatur-Dienststellungen vorgesehen sind.

Der Textilingenieur muß können:

- Das Berechnen und Ausarbeiten einer rationalen Technologie der Herstellung von Textilerzeugnissen aus qualitativen und perspektivreichen Materialien, die eine Produktion mit den erforderlichen Nutzungsparametern gewährleistet; die Organisation und Planung der technologischen Prozesse bei der Massenproduktion von Bekleidung von vielfältigem Sortiment; die Auswahl der optimalen Bedingungen für die Durchführung dieser Prozesse und ihrer Leitung unter Anwendung von Automatisierungsmitteln; die Nutzung von fortschrittlichen Kontrollmethoden der technologi-

sehen Abläufe, der Qualität der Rohstoffe, der Zwischenprodukte und der fertigen Erzeugnisse unter Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen an Bekleidung als auch der verwendeten materiellen, arbeitskräftemäßigen und anderen Mittel;

- das Erstellen der technologischen Anforderungen an die Projektierung und das Projektieren der technologischen Prozesse, der Maschinen und Ausrüstungen für die Betriebe des Zweiges unter Erstellung aller notwendigen Berechnungen und unter Verwirklichung der Autorenaufsicht bei der Verwirklichung der Projektentscheidungen; die Auswahl der standardgemäßen und der Hilfsausrüstung, die Gewährleistung ihrer Auslastung, ihrer technischen Betreuung und ihrer effektiven Nutzung; das Analysieren der Arbeitsbedingungen und der Auslastung der technologischen Maschinen und Mechanismen, die Bewertung des Niveaus der Automatisierung und Mechanisierung der Produktion;
- die Ermittlung der wirtschaftlichen Effektivität der eingeführten technologischen Lösungen und Projekte; die Durchführung von wissenschaftlichen Forschungen auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Technologie der Herstellung von genähten Erzeugnissen; die Verarbeitung und Analyse der erhaltenen Resultate;
- die Nutzung der modernen Rechentechnik;
- die selbständige Entschlußfassung; die Ausarbeitung und Betreuung der technologischen Dokumentation; die Organisation der Weiterbildung der Arbeiter; die Unterstützung bei der Entwicklung der Effektivität der Unternehmen;
- die Umsetzung von Maßnahmen zur Verhinderung von Produktionsausfällen und von Berufskrankheiten;
- das Beherrschen von rationalen Herangehensweisen an die Suche und an die Nutzung von wissenschaftlich-technischen Informationen;
- die Berechnung der Produktionsfläche, der Anforderungen an die Menge der Ausrüstungen und Arbeitskräfte für unterschiedliche technologische Prozesse, das Ausarbeiten von Planungsentscheidungen und ihre Analyse unter dem Gesichtspunkt der Effektivität;
- die Bestimmung des Umsetzungsgrades der Dienstleistungen bei der Herstellung und Reparatur von Bekleidung unter Berücksichtigung der Entwicklungsperspektiven des Industriezweiges und der Nachfrage der Bevölkerung (T. 17.03.03);
- das Beherrschen der allgemeinen Fragen der Soziologie und Psychologie der Dienstleistungen, der Organisation der Dienstleistungen für die Bevölkerung (T.17.03.03).

10.3 Anschriften

Republik-Institut für Berufsbildung

Ul. K. Libknechta, 32
220004 Minsk
Tel.: 00375/172/207446

Bildungsministerium

Abteilung Beruflich-technische Bildung [PTU]
Ul. Sovetskaja, 9
220010 Minsk
Tel.: 00375/172/209414

Nationales Bildungsinstitut

Ul. Korolja, 16
220004 Minsk
Tel.: 00375/172/265139

Nationales Institut für Hochschulbildung

Ul. Moskovskaja, 15
220001 Minsk
Tel.: 00375/172/242555

Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk

Ul. Rumjanceva, 15
220005 Minsk
Tel.: 00375/172/333713

Büro der Vereinten Nationen

Ul. Kirova, 17
220000 Minsk
Tel.: 00375/172/278149

Nationale Beobachtungsstelle der European Training Foundation (ETF)

Ul. K. Libknechta, 32
220004 Minsk
Tel.: 00375/172/201180
Fax: 00375/172/200992/209952
e-mail: kalitsky@open.by

Diese Anschriften sind eine wertvolle Hilfe für diejenigen, die sich intensiv in die berufliche Bildung von *Weißrussland* einarbeiten wollen. Für die Nutzer des *Internationalen Handbuchs der Berufsbildung (IHBB)*, die mehr an Einzelaspekten interessiert sind und auf aufbereitete Informationen nicht verzichten wollen, bietet die *Arbeitsgruppe AIBB*

(Arbeitsgruppe Internationale Berufliche Bildung) im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) als Serviceleistung eine einführende Beratung unter folgender Adresse an:

Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung/
German Institut for International Educational Research/
Institut Allemand de Recherche Pédagogique International
Schloßstraße 29
D-60486 Frankfurt am Main
Tel.: 49 (0)69/2 47 08-0, (Lauterbach),
Telefax: 49 (0)69/2 47 08-444,
E-mail: IHBB@dipf.de
Internet: DIPF Ffm, Internet: <http://www.dipf.de>

Als Experte für die berufliche Bildung in Weißrussland/Belarus kann auch angesprochen werden:

Wolfgang Hellwig: Tel.: 069/2 47 08-0/209 (Durchwahl), Telefax: 069/2 47 08 444,
E-Mail: hellwig@dipf.de

Register

Die im Register vorhandenen *englischen* oder *weißrussischen Bezeichnungen* wurden aufgenommen, um einen Zugang zur Begrifflichkeit des Bildungswesens in Weißrussland zu ermöglichen. Die sachliche Erschließung – teilweise im Sinne eines Glossars – erfolgt durch die deutschen Einträge. **Personennamen** sind fett gekennzeichnet.

- Abend- und Fernunterrichtswesen 57
- Abendschule 94
- Akademien der Wissenschaft 59
- Akademija* 58
- Allgemeinbildende Mittelschule → *OSS*
- Alphabetisierung 47
- Amtssprachen 15
- Anerkennung allgemeiner und beruflicher Abschlüsse 100
- Anerkennung beruflicher Abschlüsse Deutschland 100
- Anlernen 84
- Arbeitslehre 54, 69
- Arbeitslose 24
- Arbeitslosenquote 20, 24, 26
 - Frauen 25
- Arbeitslosenunterstützung 26, 33
- Arbeitslosigkeit 40, 107
 - Frauen 20
 - Jugendliche 40
 - Langzeitarbeitslose 40
 - Schulabgänger, berufliche Bildung 89
 - SSUZ 83
 - Umschulung 43, 60
 - Weiterbildung 93, 94
- Arbeitsmarkt
 - Struktur 21, 26
- Arbeitsministerium 40, 60, 73
- Arbeitsverwaltung 40
 - Beschäftigungsförderungsprogramme 40
- Aspirantur* 59
- Assoziation unabhängiger Gewerkschaften 27
- Ausbilder 76, 96, 99
- Ausbildungsberufe
 - Verzeichnis 40
- Bakkalaureat 12, 32, 49, 58, 66, 114
- Bankenwesen 23
- Bekleidungsindustrie 71, 72, 78, 80, 115
- Belaruskij Narodny Front, BNF* 18
- Belarussische Patriotische Organisation der Jugendlichen 50
- Belorusskij Kongress Demokratičeskich Profsjusov* 27
- Benachteiligte 68
- Berechtigungswesen 29
- Beruflich-technische Schule → *PTU*
- Berufsberatung 40
- Berufsbildung
 - Abschlüsse 67
 - Anlernen 84
 - Anlernen-Weiterbildung 84
 - Ansehen 38
 - Betrieb 84
 - Betrieb, qualifizierte Facharbeiter 84
 - Finanzierung 41, 42, 43, 69
 - Gesetze 37
 - Gleichwertigkeit mit Allgemeinbildung 68
 - Hochschulbereich 85
 - Kompetenzen 40
 - Lehrpläne, Abstimmung 91
 - mehrstufig 90
 - OSS 68
 - PTU 69
 - Reform 37, 89, 106

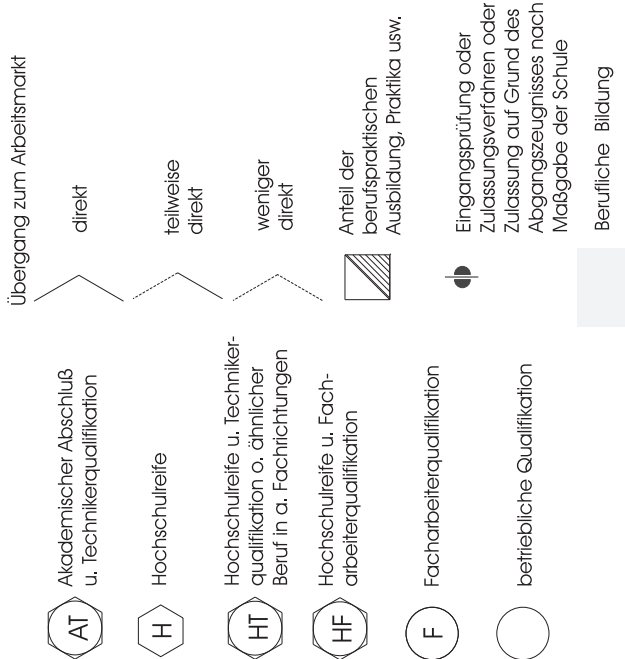
- Berufsbildung (Fortsetzung)
- schulisch 70
 - Selbstfinanzierung 43, 69
 - Struktur 37, 57, 67
 - UPK 69
 - Verbund (PTU-SSUZ-Universität) 71
 - Verbund von Lehreinrichtungen (PTU, SSUZ, VUZ) 85
- Berufsbildungsforschung 91
- Berufsbildungsgesetz 36, 37, 41, 54, 107
- Berufsbildungszusammenarbeit 101
- Berufsvorbereitung
- Praktikum 69
- Beschäftigungsfonds 43
- Bevölkerung
- Ethnien 14
- Bildungsgesetz, 1991 11, 35, 36, 37, 38, 41, 48, 49, 50, 51, 52, 58, 65, 100, 107
- berufliche Bildung 37, 113
- Bildungsgesetz, 1995 36
- Bildungsgesetz, UdSSR, 1985 36
- Bildungsgesetz, UdSSR, 1993 64
- Bildungsministerium [MARB] 37, 38, 39, 40, 42, 43, 52, 54, 55, 58, 60, 64, 66, 70, 73, 91, 93, 96, 99, 104, 105
- Bildungsstufen 31
- Bildungswesen
- Allgemeinbildende Schulen 49
 - Curriculum 52
 - Dezentralisierung 40
 - Ethnien 47
 - Finanzierung 38, 41
 - Grundsätze 35, 38
 - historische Entwicklung 47
 - Reformen 47, 60
 - Situation 38
 - Statistik 45, 57
 - Struktur 36, 48
 - Träger 38
 - Übergänge 38
 - Verbundeinrichtungen 57
 - Verfassung 35, 36
 - Werte 37
 - Zuständigkeiten 36
- Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) 9, 103, 104
- College 49, 54, 55, 57, 65, 82
- allgemeinbildend 54, 56
- berufsbildend 57, 66, 74
 - berufsbildend, Fachrichtungen 58
 - Hochschuleinrichtung 75
 - höheres 58, 67, 91
 - industriepädagogisches 76, 96
 - landwirtschaftliches 76
- Deputiertenräte 40
- Detskie sady* 51
- Deutschland 16, 17, 27, 73, 100, 101, 103, 104, 105
- Doppelqualifikation 56, 70, 82
- Einheitsschule 7, 48
- Einkommensstruktur 28
- Einrichtung der mittleren Fachausbildung → *SSUZ*
- Erzieher in Vorschuleinrichtungen 76, 96
- EU 101
- European Training Foundation* 12, 61, 90, 92, 101, 103, 119
- Modellausbildungszentrum 73
- Fachschulwesen 48
- Federacija Profsojusov v Belarusi* 27
- Frauen
- Arbeitslosigkeit 20
 - Berufsbildung, PTU 20
 - Rolle in der Gesellschaft 20
- Geographie 13
- Gewerkschaften 26, 27, 41
- Gewerkschaftsgesetz, 1992 26
- Gimnasija* 49
- Gosudarstvennaja Programma po privatizacii* 23
- Gymnasium 53, 54, 56
- Habilitation 59
- historische Entwicklung 16
- Hochbegabte 47
- Hochschulwesen
- Aufnahmekriterien 58
 - Struktur 49, 57
 - Studiengänge 59
- Höhere beruflich-technische Schule → *VPU*
- ILO 101
- Ingenieur 117
- Ingenieurausbildung 86

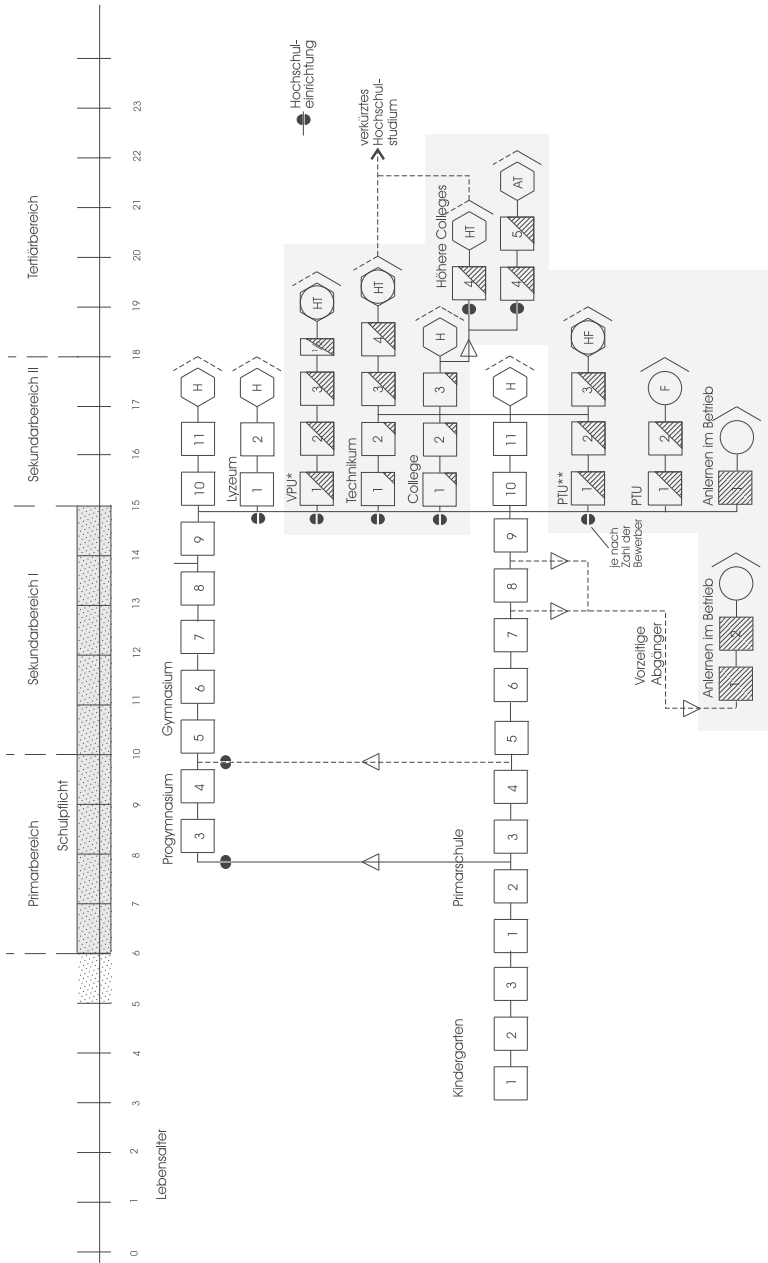
- Ingenieur-Pädagogen 97
Institut 58
Jasli 51
Jelzin 20
 Kammern 40
 Kindergarten 51
 Kindergärtnerin 96
 Kinderkrippe 51
Konstitucija Rěspubliki Belarus' 20
 Krankenversicherung 33
 Landwirtschaft 21, 25
 Lehrer
 allgemeine Bildung 96
 berufliche Bildung 76, 96, 97
 Lehrerausbildung 60
 beruflicher Bereich 96
 Lehrmeister 67, 70, 73, 74, 75, 96, 97, 98
 Ernennung 99
Licej 49
Lukaschenka 15, 17, 18, 19, 20, 22, 23,
 26, 34, 40, 50, 61, 106
 Lyzeum 54, 56
 Magister 12, 49, 50, 59, 102
 Medien 19
 Meister 100
 Ernennung 98, 101
 Meister der landwirtschaftlichen Produktion
 82
Mestnye organy upravlenija 38
*Mežskol'nyj učebno-proizvodstvennyj
 kombinat, MUPK* 68
Ministerstva adukacyi Rěspubliki Belarus'
 → Bildungsministerium [MARB]
Nacional'nyj Institut Obrazovanija, NIO
 37, 39, 51, 52
 Näher/Näherin 71, 72, 78, 80, 115
 Nationaler Rat für Arbeit und soziale Fragen
 40
 Notensystem 7
Oblasti 18
Obščėobrazovatel'naja srednaja škola 7
Obščėobrazovatel'naja srednaja škola →
 OSS
- Obučenie na proizvodstve* 84
 OECD 101
 Öffentliche Meinung 19
 Ökologie 13
 OSS 42, 47, 51, 54, 55, 56, 71, 73, 83, 94
 Abendschule 94
 Abschlüsse 7
 Begriff 7
 Berufsbildung 69
 berufsorientierend 55
 hochschulpropädeutische 55
 Primarbereich 48
 Primarbereich – Sekundarbereich I 53
 Reform 51
 Schwerpunkte 55
 Sekundarbereich I 48, 54
 Sekundarbereich II 48, 49, 54
 Statistik 46, 53
 Stellenwert 68
 Stufen 48
 vorberufliche Bildung 85
Palata Predstavitelej 34
 polnische Schulen 48
 Pressefreiheit 19
 Primarbereich 48, 52
 private Hochschulen 48
 Privatschule 48
 Professional'no-techničeskoe učilišče →
PTU
 Promotion 59
 PTU 43, 55, 67, 68, 69, 70, 71, 73, 74, 77,
 79, 82, 83, 85, 91, 94, 96, 97, 98, 100
 Abschlüsse 67
 Abschlußprüfungen 73
 Absolventen 57
 Ansehen 68
 Aufnahmeverfahren 70
 Ausbildungsplan, betrieblich 67
 Basisbetriebe 72
 Behinderte 65
 Benachteiligte 68
 Doppelqualifikation 49
 Fachrichtungen 73
 Finanzierung 43
 Frauen 20

- PTU (Fortsetzung)
 Hochschulwesen, Übergang 48
 Hochschulzugangsberechtigung 38
 landwirtschaftlich 73
 Lehrpläne 71
 Neueintritte 55
 OSS 69, 70
 praktische Ausbildung 72
 Selbstfinanzierung 43
 SSUZ 38, 49
 Statistik 46, 55, 70
 Struktur 56, 69
 Stufen der Ausbildung 67
 Unternehmen 72
 VPU 38
- Qualifizierungssystem 31
- Rayons* 18
- Regionale Zentren der Berufsausbildung 67
- Religion 15
- Religionszugehörigkeit 15
- Rentenversicherung 33
- Respublikan'skij Institut Professional'nogo obrazovanija, RIPO* 36, 39, 65, 66, 90, 91, 93, 99, 103, 104, 106
- Rußland 12, 15, 17, 18, 19, 22, 25, 26, 27, 35, 61, 62, 68
- Sanitärtechniker 71
- Sberbank* 23
- Schneider/Schneiderin 71, 72, 78, 80, 115
- Schulgeld 42, 43
- Schulpflicht 37, 51, 52, 54, 55
- Sekundarbereich I 48, 53
 Curriculum 53, 54
 Differenzierung 54
- Sekundarbereich II 48
 Abschluß 56
 Abschlußprüfungen 56
 Differenzierung 55
 Schulformen 54
 Statistik 56
- Sovet Respubliki* 34
- Sowjetunion 21, 27, 28, 33, 34, 37, 105
 Bildungswesen 36, 38, 39, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 54, 58, 59, 60, 61, 64, 65, 74, 90, 91, 100
- Sozialpartner 40
- Sozialversicherungssystem 33
- Spezialschulen
 Hochbegabte 47
- Srednee Special'noe Učebnoe Zavedenie → SSUZ*
- SSUZ 37, 38, 39, 41, 42, 46, 48, 49, 56, 57, 65, 67, 71, 73, 77, 79, 83, 84, 85, 91, 94, 96, 97, 98, 100, 107
 Arbeitslosigkeit 83
 Aufnahmeverfahren 83
 Berufsregister 75
 College 74
 Fachrichtungen 75
 Finanzierung 43
 Ingenieurausbildung 76
 landwirtschaftlich 82
 Lehrpläne 66, 76
 PTU 74
 Statistik 75
 Technika 74
 VPU 74
 Zuständigkeiten 75
- Staatsaufbau 16, 35
- Staatsbetriebe 23
- Stalin** 20
- Studenten 7
- Studiengebühren 42
- Svaboda* 19
- Tacis 9, 17, 101, 102, 103
- Tarifsystem 29
- Technika 57, 74, 82
 industriepädagogisches 96
 landwirtschaftliches 76
- Technikerabschluß 57
- Technikum* 74
- Tempus 101, 102, 103, 104
- Textilindustrie 115
- Transformation 11, 12, 20, 23, 25, 30, 34, 50, 59, 64, 90, 93, 101, 106, 107
- Transformations-Unterstützungsprogramme 17, 101
 Transform (Deutschland) 17, 103, 104
- Tschernobyl 13, 21, 43, 101
- Übergang
 Berufsbildung – Allgemeinbildung 57
 Berufsbildung (PTU) – Arbeitsmarkt, Schul- und Hochschulwesen 73

- Berufsbildung (SSUZ) – Arbeitsmarkt,
Hochschulsystem 83
- College – Hochschulwesen 75
- Primarbereich – Sekundarbereich 53
- Primarbereich – Sekundarbereich I 52
- PTU – Hochschulbereich 56
- PTU – höhere Berufsbildung, höhere
Allgemeinbildung 38
- Sekundarbereich I – Sekundarbereich II
54, 55
- Sekundarbereich I – Sekundarbereich II,
Zulassung 51
- Sekundarbereich II – Arbeitsmarkt,
Berufsbildung, Hochschulwesen 56
- Sekundarbereich II – Hochschulwesen
48, 55
- Učebno-proizvodstvennyye kombinaty, UPK*
68, 85
- Učebnyye zavedenii i učebno-
proizvodstvennyye ob-edinenii* 67
- Umschulung 95
- Umwelt 13
- UNESCO 101
- UNICEF 101
- Universitet* 58
- UNO 101
- Unternehmerverbände 41
- Unterrichtssprachen 35
- unvollständige mittlere Bildung* 7, 54, 55
- UPK 67
- Verbraucherpreise 22, 28
- Verfassung 16, 17, 20, 26, 27, 34, 35, 36,
38
- Verwaltungsstruktur 18
- vollständige mittlere Bildung 7, 35, 56, 73,
82, 94
- Vorschule 48
- VPU 38
- Abschlüsse 75
- Anerkennung Deutschland 100
- Doppelqualifikation 56
- landwirtschaftlich 76
- mittlere technische Fachausbildung 74
- Statistik 57
- VUZ 67, 94
- Vysšee kolledž* 58
- Vysšee professional'noe učilišče* → VPU
- Wahlrecht 17
- Weiterbildung 60
- berufliche 60, 95
- Reform 93
- Struktur 94
- Träger 95
- Werkmeister 73
- Wirtschaft
- Strukturwandel 23
- Transformationsprozeß 23, 25, 30, 50,
59, 64, 93
- Wirtschaftsindikatoren 22
- Wirtschaftssektoren 21
- Wirtschaftsstruktur 21, 26
- Zakon O Sobstvennosti Belarusskoj SSR* 23
- Zentralbankgesetz, 1990 23

Organigramm Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungswesen





* VPU = Höhere berufliche Lehnanstalt
 ** PTU = Beruflich-technische Lehnanstalt

